

Gesetzentwurf der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 15. Mai 2014 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Polen über die Zusammenarbeit der Polizei-, Grenz- und Zollbehörden

A. Problem und Ziel

Mit dem am 15. Mai 2014 in Zgorzelec, der polnischen Nachbarstadt von Görlitz, unterzeichneten Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Polen wird das Ziel verfolgt, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Polizei- und Zollbereich fortzuentwickeln und zu erweitern. Das Abkommen stellt eine Vertiefung der Zusammenarbeit im Rahmen der bestehenden bi- und multilateralen Rechtsbeziehungen der Bundesrepublik Deutschland sowie der Übereinkommen und Rechtsakte im Rahmen der Europäischen Union dar.

B. Lösung

Durch das Vertragsgesetz sollen die Voraussetzungen nach Artikel 59 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes für das Inkrafttreten des Abkommens geschaffen werden.

C. Alternativen

Keine.

D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Mehrausgaben sowie ein entsprechender Mehrbedarf an Stellen beziehungsweise Planstellen sollen finanziell und stellenmäßig im jeweiligen Einzelplan ausgeglichen werden.

Fristablauf: 22. 01. 15

E. Erfüllungsaufwand

E.1 Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger

Für Bürgerinnen und Bürger entsteht kein Erfüllungsaufwand.

E.2 Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft

Für die Wirtschaft entsteht kein Erfüllungsaufwand.

E.3 Erfüllungsaufwand der Verwaltung

Für die Verwaltung entsteht kein Erfüllungsaufwand.

F. Weitere Kosten

Sonstige Kosten, insbesondere für die Wirtschaft und die sozialen Sicherungssysteme, entstehen nicht. Auswirkungen auf die Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten.

Gesetzentwurf
der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes
zu dem Abkommen vom 15. Mai 2014
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Polen
über die Zusammenarbeit der Polizei-, Grenz- und Zollbehörden

Bundesrepublik Deutschland
Die Bundeskanzlerin

Berlin, den 11. Dezember 2014

An den
Präsidenten des Bundesrates

Hiermit übersende ich gemäß Artikel 76 Absatz 2 des Grundgesetzes den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 15. Mai 2014 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Polen über die Zusammenarbeit der Polizei-, Grenz- und Zollbehörden

mit Begründung und Vorblatt.

Federführend ist das Bundesministerium des Innern.

Dr. Angela Merkel

Entwurf**Gesetz****zu dem Abkommen vom 15. Mai 2014
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Polen
über die Zusammenarbeit der Polizei-, Grenz- und Zollbehörden****Vom**

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Zgorzelec am 15. Mai 2014 unterzeichneten Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Polen über die Zusammenarbeit der Polizei-, Grenz- und Zollbehörden wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 46 Absatz 1 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf das Abkommen findet Artikel 59 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 84 Absatz 1 des Grundgesetzes erforderlich, weil das Abkommen im Bereich der Gefahrenabwehr auch das Verwaltungsverfahren von Landesbehörden regelt und insoweit für abweichendes Landesrecht keinen Raum lässt. Die Zustimmung des Bundesrates ist zudem nach Artikel 74 Absatz 2 in Verbindung mit Artikel 74 Absatz 1 Nummer 25 des Grundgesetzes erforderlich, weil das Abkommen eine Regelung der Staatshaftung enthält.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, zu dem das Abkommen nach seinem Artikel 46 Absatz 1 in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Schlussbemerkungen

Das Abkommen verfolgt das Ziel, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen im Polizei- und Zollbereich vor allem in grenznahen Gebieten zu verbessern. Damit wird die Kriminalitätsbekämpfung verbessert und das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung erhöht. Das Abkommen steht im Einklang mit dem Ziel einer nachhaltigen Entwicklung – insbesondere im Bereich des Nachhaltigkeitsindikators Nummer 15 – und passt sich in die Nationale Nachhaltigkeitsstrategie ein.

Mehrausgaben sowie ein entsprechender Mehrbedarf an Stellen beziehungsweise Planstellen sollen finanziell und stellenmäßig im jeweiligen Einzelplan ausgeglichen werden. Erfüllungsaufwand für die Bürgerinnen und Bürger sowie für die Wirtschaft und für die Verwaltung fällt nicht an. Sonstige Kosten, insbesondere für die Wirtschaft und die sozialen Sicherungssysteme, entstehen nicht; Auswirkungen auf die Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten.

Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Polen
über die Zusammenarbeit der Polizei-, Grenz- und Zollbehörden

Umowa
między Rządem Republiki Federalnej Niemiec
a Rządem Rzeczypospolitej Polskiej
o współpracy służb policyjnych, granicznych i celnych

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Republik Polen,
im Folgenden „Parteien“ genannt –

Rząd Republiki Federalnej Niemiec
i
Rząd Rzeczypospolitej Polskiej,
zwane dalej „Stronami”,

in dem Bestreben, die beiderseitigen Beziehungen im Geiste des Vertrages vom 17. Juni 1991 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit weiterzuentwickeln,

in dem Wunsch, die Zusammenarbeit weiterzuentwickeln und die freundschaftlichen Beziehungen zu festigen,

in der Überzeugung, dass die Zusammenarbeit der Polizei-, Grenz- und Zollbehörden für die Gewährleistung der Sicherheit der Bürger von wesentlicher Bedeutung ist,

in dem Bestreben, optimale Grundsätze, Formen und Verfahren der operativen Zusammenarbeit und der Prävention der genannten Behörden einzuführen,

unter Berücksichtigung und Erweiterung der internationalen Verpflichtungen, des Rechts der Europäischen Union, darunter des Schengener Besitzstandes, insbesondere des Übereinkommens vom 19. Juni 1990 zur Durchführung des Übereinkommens von Schengen vom 14. Juni 1985 zwischen den Regierungen der Staaten der Benelux-Wirtschaftsunion, der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik betreffend den schrittweisen Abbau der Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen (im Folgenden „Schengener Durchführungsübereinkommen“ genannt) sowie der innerstaatlichen Rechtsordnung ihrer Staaten,

in der Überzeugung, dass die Zusammenarbeit für die wirksame Bekämpfung der Kriminalität, insbesondere der organisierten Kriminalität, sowie des Terrorismus von wesentlicher Bedeutung ist,

unter Nutzung der bisherigen Erfahrungen in der gegenseitigen Zusammenarbeit,

geleitet von den Grundsätzen der Gleichheit, Gerechtigkeit, Gegenseitigkeit und des beiderseitigen Nutzens –

sind wie folgt übereingekommen:

Kapitel I
Gegenstand und
Anwendungsbereich des Abkommens

Artikel 1
Umfang der Zusammenarbeit

(1) Die Parteien verpflichten sich, bei der Verhütung, Aufdeckung und Bekämpfung von Straftaten und Verfolgung der

– dając do dalszego rozwoju dwustronnych stosunków w duchu Traktatu między Republiką Federalną Niemiec a Rzeczpospolitą Polską o dobrym sąsiedztwie i przyjaznej współpracy z dnia 17 czerwca 1991 roku,

– powodowane pragnieniem dalszego rozwoju współpracy i utrwalania stosunków przyjaźni,

– przekonane o istotnym znaczeniu współpracy służb policyjnych, granicznych i celnych dla zapewnienia bezpieczeństwa obywateli,

– dając do ustanowienia optymalnych zasad, form i sposobów współpracy operacyjnej i działań prewencyjnych wymienio-nych służb,

– uwzględniając i rozszerzając zobowiązania międzynarodowe, prawo Unii Europejskiej, w tym dorobek Schengen, w szczególności Konwencję wykonawczą z dnia 19 czerwca 1990 roku do Układu z Schengen z dnia 14 czerwca 1985 roku między Rządami Państw Unii Gospodarczej Beneluxu, Republiki Federalnej Niemiec oraz Republiki Francuskiej w sprawie stopniowego znoszenia kontroli na wspólnych granicach, zwaną dalej „Konwencją wykonawczą do Układu z Schengen” oraz wewnętrzny porządek prawny swoich Państw,

– przekonane o istotnym znaczeniu współpracy dla skutecznego zwalczania przestępczości, w szczególności przestępczości zorganizowanej, jak również terroryzmu,

– korzystając z dotychczasowych doświadczeń we wzajemnej współpracy,

– kierując się zasadami równości, sprawiedliwości, wzajemności i obustronnych korzyści,

uzgodniły, co następuje:

Rozdział I
Przedmiot i
zakres stosowania Umowy

Artykuł 1
Zakres współpracy

1. Strony zobowiązują się do współpracy w zapobieganiu, wykrywaniu i zwalczaniu przestępstw oraz ściganiu ich sprawców

Täter von Straftaten nach dem innerstaatlichen Recht beider Parteien zusammenzuarbeiten, dabei durch die zuständigen Behörden nach Artikel 2 Absatz 1 einander Hilfe zu leisten sowie bei der Verhütung und Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung zusammenzuwirken.

(2) Die Parteien verpflichten sich ebenfalls, dass die zuständigen Behörden nach Artikel 2 Absatz 1 bei

1. der Fahndung nach vermissten Personen,
2. Ermittlungen zur Identifizierung von Personen mit nicht festgestellter Identität und von unbekanntem Toten

zusammenarbeiten.

(3) Die Parteien verpflichten sich, bei der Verhütung, Aufdeckung und Bekämpfung von solchen Taten zusammenzuarbeiten und durch ihre zuständigen Behörden nach Artikel 2 Absatz 4 einander Hilfe zu leisten, die nach dem innerstaatlichen Recht beider Parteien als folgende Ordnungswidrigkeit bzw. nach dem innerstaatlichen Recht einer Partei als folgende Ordnungswidrigkeit und zugleich nach dem innerstaatlichen Recht der anderen Partei als eine beliebige Straftat gelten:

1. Diebstahl oder Unterschlagung,
2. Beschädigung oder Zerstörung von Vermögen,
3. Verursachung einer Sicherheitsgefahr im Straßenverkehr,
4. Führen eines Fahrzeugs ohne Berechtigung,
5. Führen eines Fahrzeugs ohne Dokumente,
6. Vorschriftswidriger Grenzübertritt,
7. Aufenthalt eines Ausländers im Hoheitsgebiet einer Partei ohne Rechtstitel,
8. Nichterfüllung der Pflicht zum Verlassen des Hoheitsgebietes einer Partei durch einen Ausländer,
9. Illegale Ein-, Durch- und Ausfuhr von Waren, die aus Gründen der öffentlichen Sittlichkeit, Ordnung oder Sicherheit zum Schutze der Gesundheit und des Lebens von Menschen, Tieren oder Pflanzen, des nationalen Kulturguts von künstlerischem, geschichtlichem oder archäologischem Wert oder des gewerblichen und kommerziellen Eigentums Verboten und Beschränkungen unterliegen,
10. Einfuhr oder vorschriftswidriges Verbringen von Waren unter Verletzung von Zoll- oder Verbrauchsteuervorschriften.

Artikel 2

Zuständige Behörden

(1) Zuständige Behörden für die Zusammenarbeit sind die zentralen Behörden sowie die Grenzbehörden.

(2) Die zentralen Behörden sind

1. auf Seiten der Republik Polen
 - a) der zuständige Minister für öffentliche Finanzen,
 - b) der zuständige Minister des Innern,
 - c) der Hauptkommandant der Polizei,
 - d) der Hauptkommandant des Grenzschutzes,
 - e) der Chef der Agentur für Innere Sicherheit,
 - f) der Chef des Zolldienstes;
2. auf Seiten der Bundesrepublik Deutschland
 - a) das Bundesministerium des Innern,
 - b) das Bundesministerium der Finanzen,
 - c) das Bundeskriminalamt,
 - d) das Bundespolizeipräsidium,
 - e) das Zollkriminalamt.

w rozumieniu prawa wewnętrznego obu Stron, w tym wzajemnego udzielania pomocy przez właściwe organy, o których mowa w artykule 2 ustęp 1, oraz współdziałania w zapobieganiu i przeciwdziałaniu zagrożeniom bezpieczeństwa i porządku publicznego.

2. Strony zobowiązują się także do współpracy właściwych organów, o których mowa w artykule 2 ustęp 1, w zakresie:

- 1) poszukiwania osób zaginionych;
- 2) czynności związanych z identyfikacją osób o nieustalonej tożsamości i nieznanym zwłok.

3. Strony zobowiązują się do współpracy, w tym wzajemnego udzielania pomocy przez organy, o których mowa w artykule 2 ustęp 4, w zapobieganiu, wykrywaniu i zwalczaniu czynów zabronionych, które uznawane są za następujące wykroczenia według prawa wewnętrznego obu Stron lub uznawane są za następujące wykroczenia według prawa wewnętrznego jednej Strony, a zarazem jakiegokolwiek przestępstwo według prawa wewnętrznego drugiej Strony:

- 1) kradzież lub przywłaszczenie;
- 2) uszkodzenie lub zniszczenie mienia;
- 3) spowodowanie zagrożenia bezpieczeństwa w ruchu drogowym;
- 4) prowadzenie pojazdu bez uprawnień;
- 5) prowadzenie pojazdu bez dokumentów;
- 6) przekroczenie granicy państwowej wbrew przepisom;
- 7) przebywanie na Terytorium Strony cudzoziemca bez tytułu prawnego;
- 8) niewykonanie przez cudzoziemca obowiązku opuszczenia Terytorium Strony;
- 9) nielegalny przywóz, przewóz i wywóz towarów, objętych zakazami i ograniczeniami wynikającymi ze względów moralności publicznej, porządku publicznego, bezpieczeństwa publicznego, ochrony zdrowia, życia osób i zwierząt lub ochrony roślin, ochrony dóbr narodowych mających wartość artystyczną, historyczną lub archeologiczną albo ochrony własności przemysłowej i handlowej;
- 10) przywóz lub wprowadzenie do obrotu towarów z naruszeniem przepisów celnych lub akcyzowych.

Artykuł 2

Właściwe organy

1. Właściwymi organami do współpracy są organy centralne oraz organy przygraniczne.

2. Organami centralnymi są:

- 1) po stronie Rzeczypospolitej Polskiej:
 - a) minister właściwy do spraw finansów publicznych,
 - b) minister właściwy do spraw wewnętrznych,
 - c) Komendant Główny Policji,
 - d) Komendant Główny Straży Granicznej,
 - e) Szef Agencji Bezpieczeństwa Wewnętrznego,
 - f) Szef Służby Celnej;
- 2) po stronie Republiki Federalnej Niemiec:
 - a) Federalne Ministerstwo Spraw Wewnętrznych,
 - b) Federalne Ministerstwo Finansów,
 - c) Federalny Urząd Kryminalny,
 - d) Prezydium Policji Federalnej,
 - e) Kryminalny Urząd Celny.

- (3) Grenzbehörden sind
1. auf Seiten der Republik Polen
 - a) in Bezug auf die Polizeibehörden
 - der Woiwodschafskommandant der Polizei in Landsberg/Warthe (Gorzów Wielkopolski),
 - der Woiwodschafskommandant der Polizei in Stettin (Szczecin),
 - der Woiwodschafskommandant der Polizei in Breslau (Wrocław);
 - b) in Bezug auf die Behörden des Grenzschutzes
 - der Kommandant der See-Grenzschutzabteilung,
 - der Kommandant der Grenzschutzabteilung Oder;
 - c) in Bezug auf die Zollbehörden
 - der Direktor der Zollkammer in Reppen (Rzepin),
 - der Direktor der Zollkammer in Stettin (Szczecin),
 - der Direktor der Zollkammer in Breslau (Wrocław);
 2. auf Seiten der Bundesrepublik Deutschland
 - a) in Bezug auf die Polizeibehörden
 - der Polizeipräsident in Berlin,
 - das Polizeipräsidium des Landes Brandenburg,
 - das Landeskriminalamt Mecklenburg-Vorpommern, das Polizeipräsidium Neubrandenburg, das Polizeipräsidium Rostock und das Landeswasserschutzpolizeiamt Mecklenburg-Vorpommern,
 - das Landeskriminalamt Sachsen, die Polizeidirektion Görlitz, die Polizeidirektion Dresden, die Polizeidirektion Leipzig, die Polizeidirektion Zwickau, die Polizeidirektion Chemnitz und das Präsidium der Bereitschaftspolizei in Leipzig;
 - b) in Bezug auf die Grenzschutz- bzw. Bundespolizeibehörden
 - das Bundespolizeipräsidium,
 - die Bundespolizeidirektion Berlin,
 - die Bundespolizeidirektion Bad Bramstedt im Rahmen ihrer sachlichen Zuständigkeit für das Land Mecklenburg-Vorpommern,
 - die Bundespolizeidirektion Pirna im Rahmen ihrer sachlichen Zuständigkeit für den Freistaat Sachsen;
 - c) in Bezug auf die Zollbehörden
 - das Hauptzollamt Stralsund,
 - das Hauptzollamt Berlin,
 - das Hauptzollamt Potsdam,
 - das Hauptzollamt Frankfurt (Oder),
 - das Hauptzollamt Dresden,
 - das Hauptzollamt Erfurt,
 - das Zollfahndungsamt Hamburg,
 - das Zollfahndungsamt Berlin-Brandenburg,
 - das Zollfahndungsamt Dresden.
- (4) Die für die Zusammenarbeit nach Artikel 1 Absatz 3 zuständigen Behörden sind
1. auf Seiten der Republik Polen
 - a) für die in den Nummern 1 bis 5 genannten Fälle der Hauptkommandant der Polizei, und wenn die Zusammenarbeit die Grenzgebiete betrifft, der Woiwodschafskommandant der Polizei in Stettin (Szczecin), der Woiwodschafskommandant der Polizei in Landsberg/Warthe
3. Organami przygranicznymi są:
 - 1) po stronie Rzeczypospolitej Polskiej:
 - a) w odniesieniu do organów Policji:
 - Komendant Wojewódzki Policji w Gorzowie Wielkopolskim,
 - Komendant Wojewódzki Policji w Szczecinie,
 - Komendant Wojewódzki Policji we Wrocławiu,
 - b) w odniesieniu do organów Straży Granicznej:
 - Komendant Morskiego Oddziału Straży Granicznej,
 - Komendant Nadodrzańskiego Oddziału Straży Granicznej,
 - c) w odniesieniu do organów Służby Celnej:
 - Dyrektor Izby Celnej w Rzepinie,
 - Dyrektor Izby Celnej w Szczecinie,
 - Dyrektor Izby Celnej we Wrocławiu;
 - 2) po stronie Republiki Federalnej Niemiec:
 - a) w odniesieniu do organów policyjnych:
 - Prezydent Policji w Berlinie,
 - Prezydium Policji Kraju Związkowego Brandenburgii,
 - Krajowy Urząd Kryminalny Meklemburgii-Pomorza Przedniego, Prezydium Policji w Neubrandenburgu, Prezydium Policji w Rostoku i Krajowy Urząd Policji Wodnej Meklemburgii-Pomorza Przedniego,
 - Krajowy Urząd Kryminalny Saksonii, Dyrekcja Policji w Görlitz, Dyrekcja Policji w Dreźnie, Dyrekcja Policji w Lipsku, Dyrekcja Policji w Zwickau, Dyrekcja Policji w Chemnitz i Prezydium Oddziałów Prewencji Policji w Lipsku,
 - b) w odniesieniu do organów Straży Granicznej lub Policji Federalnej:
 - Prezydium Policji Federalnej,
 - Dyrekcja Policji Federalnej w Berlinie,
 - Dyrekcja Policji Federalnej w Bad Bramstedt w ramach swojej właściwości rzeczowej dotyczącej Kraju Związkowego Meklemburgii-Pomorza Przedniego,
 - Dyrekcja Policji Federalnej w Pirnie w ramach swojej właściwości rzeczowej dotyczącej Wolnego Państwa Saksonii,
 - c) w odniesieniu do organów celnych:
 - Główny Urząd Celny w Stralsundzie,
 - Główny Urząd Celny w Berlinie,
 - Główny Urząd Celny w Poczdamie,
 - Główny Urząd Celny we Frankfurcie nad Odrą,
 - Główny Urząd Celny w Dreźnie,
 - Główny Urząd Celny w Erfurcie,
 - Śledczy Urząd Celny w Hamburgu,
 - Śledczy Urząd Celny Berlin-Brandenburgia,
 - Śledczy Urząd Celny w Dreźnie.
 4. Organami właściwymi do współpracy, o której mowa w artykule 1 ustęp 3 są:
 - 1) po stronie Rzeczypospolitej Polskiej:
 - a) w sprawach wskazanych w punktach 1 – 5 Komendant Główny Policji, a gdy współpraca dotyczy terenów przygranicznych Komendant Wojewódzki Policji w Szczecinie, Komendant Wojewódzki Policji w Gorzowie Wielkopolskim lub Komendant Wojewódzki Policji we Wrocławiu,

(Gorzów Wielkopolski) bzw. der Woiwodschaftskommandant der Polizei in Breslau (Wrocław), je nach örtlicher Zuständigkeit,

- b) für die in den Nummern 6 bis 8 genannten Fälle der Hauptkommandant des Grenzschutzes, und wenn die Zusammenarbeit die Grenzgebiete betrifft, der Kommandant der See-Grenzschutzabteilung bzw. der Kommandant der Grenzschutzabteilung Oder, je nach örtlicher Zuständigkeit,
 - c) für die in den Nummern 9 und 10 genannten Fälle der Chef des Zolldienstes, und wenn die Zusammenarbeit die Grenzgebiete betrifft, der Direktor der Zollkammer in Stettin (Szczecin), der Direktor der Zollkammer in Reppen (Rzepin) bzw. der Direktor der Zollkammer in Breslau (Wrocław), je nach örtlicher Zuständigkeit;
2. auf Seiten der Bundesrepublik Deutschland
- a) das Bundespolizeipräsidium,
 - b) die in Absatz 3 Nummer 2 Buchstabe a genannten Behörden,
 - c) für die in den Nummern 9 und 10 genannten Fälle die in Absatz 3 Nummer 2 Buchstabe c genannten Behörden.

Artikel 3

Grenzgebiete

Grenzgebiete im Sinne dieses Abkommens sind

- 1. auf Seiten der Republik Polen
die Gebiete der örtlichen Zuständigkeit der Grenzbehörden;
- 2. auf Seiten der Bundesrepublik Deutschland
die Länder Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und der Freistaat Sachsen.

Kapitel II

Allgemeine Bestimmungen

Artikel 4

Unmittelbare Zusammenarbeit

- (1) Die zentralen Behörden können unmittelbar miteinander zusammenarbeiten.
- (2) Die Grenzbehörden können nach Maßgabe ihres innerstaatlichen Rechts unmittelbar miteinander zusammenarbeiten, soweit es sich um Kriminalität von regionaler Bedeutung im Grenzgebiet handelt oder wenn ein Ersuchen nicht rechtzeitig über die zentralen Behörden gestellt werden kann. Sie können ferner mit vorheriger Zustimmung der entsprechenden zentralen Behörde unmittelbar miteinander zusammenarbeiten.

Artikel 5

Ersuchen

- (1) Die Zusammenarbeit der zuständigen Behörden erfolgt auf der Grundlage von Ersuchen. Diese Ersuchen werden an die Behörden der anderen Partei gemäß ihrer Zuständigkeit übermittelt.
- (2) Das Ersuchen wird schriftlich erstellt und unter Nutzung der verfügbaren technischen Mittel übermittelt. Bei besonderer Dringlichkeit kann das Ersuchen mündlich übermittelt und unverzüglich schriftlich nachgereicht werden.
- (3) Das Ersuchen enthält den Namen der ersuchenden Behörde, die Beschreibung des Gegenstandes des Ersuchens und dessen Begründung. Im Falle der Übermittlung von Informationen beinhaltet die Begründung insbesondere den Zweck und die geplante Art und Weise der Nutzung der übermittelten Informationen. Dem Ersuchen sollten die damit im Zusammenhang stehenden erforderlichen Dokumente beigelegt werden.

w Zależności od właściwości miejscowej,

- b) w sprawach wskazanych w punktach 6 – 8 Komendant Główny Straży Granicznej, a gdy współpraca dotyczy terenów przygranicznych Komendant Morskiego Oddziału Straży Granicznej lub Komendant Nadodrzańskiego Oddziału Straży Granicznej, w zależności od właściwości miejscowej,
 - c) w sprawach wskazanych w punktach 9 i 10 Szef Służby Celnej, a gdy współpraca dotyczy terenów przygranicznych Dyrektor Izby Celnej w Szczecinie, Dyrektor Izby Celnej w Rzepinie lub Dyrektor Izby Celnej we Wrocławiu, w zależności od właściwości miejscowej;
- 2) po stronie Republiki Federalnej Niemiec:
- a) Prezydium Policji Federalnej,
 - b) organy wymienione w ustępie 3 punkt 2 litera a,
 - c) w sprawach wskazanych w punktach 9 i 10 organy wymienione w ustępie 3 punkt 2 litera c.

Artykuł 3

Tereny przygraniczne

Terenami przygranicznymi w rozumieniu niniejszej Umowy są:

- 1) po stronie Rzeczypospolitej Polskiej:
obszary właściwości miejscowej organów przygranicznych;
- 2) po stronie Republiki Federalnej Niemiec:
kraje związkowe Berlin, Brandenburgia, Meklemburgia-Pomorze Przednie i Wolne Państwo Saksonia.

Rozdział II

Postanowienia ogólne

Artykuł 4

Współpraca bezpośrednia

- 1. Organy centralne mogą współpracować ze sobą bezpośrednio.
- 2. Organy przygraniczne mogą współpracować ze sobą bezpośrednio zgodnie ze swoim prawem wewnętrznym, w sprawach dotyczących przestępczości o znaczeniu regionalnym na obszarze przygranicznym lub jeżeli nie może zostać na czas złożony wniosek za pośrednictwem organów centralnych. Mogą ponadto współpracować ze sobą bezpośrednio za uprzednią zgodą odpowiedniego organu centralnego.

Artykuł 5

Wnioski

- 1. Współpraca właściwych organów odbywa się na podstawie wniosków. Wnioski te są przekazywane organom drugiej Strony zgodnie z ich właściwością.
- 2. Wniosek sporządzany jest na piśmie i przekazywany z wykorzystaniem dostępnych środków technicznych. W szczególności pilnym przypadku wniosek może zostać przekazany ustnie i niezwłocznie dostarczony na piśmie.
- 3. Wniosek zawiera nazwę organu wzywającego, opis przedmiotu wniosku i jego uzasadnienie. W przypadku przekazywania informacji uzasadnienie zawiera w szczególności cel i planowany sposób wykorzystania przekazanych informacji. Do wniosku powinny być dołączone niezbędne, związane z nim dokumenty.

(4) Dem Ersuchen und der diesbezüglichen Antwort wird eine Übersetzung in die Amtssprache der ersuchten Partei oder in die englische Sprache beigefügt, es sei denn, es werden zweisprachige Formulare verwendet, die zwischen den zuständigen Behörden der Parteien abgestimmt wurden. Auf die Übersetzung kann auch verzichtet werden, wenn das Ersuchen unter Vermittlung des Gemeinsamen Zentrums, einer Stelle der Zusammenarbeit nach Artikel 28 oder einer Grenzbehörde nach Artikel 2 Absatz 3 übermittelt wird.

(5) Wird das Ersuchen an eine für dessen Bearbeitung unzuständige Behörde übermittelt, leitet diese Behörde das Ersuchen an die zuständige Behörde bzw. an eine andere in Kapitel IV genannte Behörde weiter und informiert darüber die ersuchende Behörde. Die Behörde, der das Ersuchen zuständigkeitshalber übermittelt wurde, bearbeitet das Ersuchen und antwortet unmittelbar der ersuchenden Behörde.

(6) Ist die Bearbeitung des Ersuchens gemäß den darin festgelegten Bedingungen ganz oder teilweise unmöglich, wird die ersuchende Behörde von der ersuchten Behörde unverzüglich benachrichtigt.

(7) Sofern die übermittelnde Behörde zum Zeitpunkt der Übermittlung von Informationen, einschließlich personenbezogener Daten, ihre Zustimmung erteilt hat, können sie als Beweismittel in dem Strafverfahren, im Rahmen dessen sie übermittelt wurden, verwendet werden.

4. Do wniosku i odpowiedzi na niego dołącza się tłumaczenie na język urzędowy Strony wezwanej albo na język angielski, chyba że stosuje się formularze dwujęzyczne, uzgodnione pomiędzy właściwymi organami Stron. Z tłumaczenia można także zrezygnować w przypadku, gdy wniosek jest przekazywany za pośrednictwem centrum współpracy, punktu współpracy, o którym mowa w artykule 28, lub organu przygranicznego, o którym mowa w artykule 2 ustęp 3.

5. Jeżeli wniosek zostaje przekazany do organu niewłaściwego do jego realizacji, to ten organ przekazuje go organowi właściwemu lub innemu organowi, o którym mowa w rozdziale IV, i informuje o tym organ wzywający. Organ, któremu przekazano wniosek zgodnie z właściwością realizuje go i odpowiada bezpośrednio organowi wzywającemu.

6. W przypadku całkowitej lub częściowej niemożności realizacji wniosku zgodnie z określonymi w nim warunkami, organ wezwany niezwłocznie powiadamia o tym organ wzywający.

7. Jeśli organ przekazujący w momencie przekazania informacji, w tym danych osobowych, udzielił zgody, mogą być one wykorzystane jako dowody w postępowaniu karnym, w ramach którego zostały przekazane.

Kapitel III

Allgemeine Formen der Zusammenarbeit

Artikel 6

Informationsaustausch

(1) Im Rahmen der Zusammenarbeit nach Artikel 1 Absätze 1 und 2 werden die zuständigen Behörden nach dem Grundsatz der Gegenseitigkeit und unentgeltlich auf Ersuchen insbesondere

1. die erforderlichen Informationen übermitteln, die zur Verhütung, Aufdeckung und Bekämpfung von Straftaten sowie zur Verfolgung von Straftätern beitragen können, darunter Informationen über
 - a) Straftäter oder der Begehung von Straftaten verdächtiger Personen,
 - b) Personen, die sich an der Begehung von Straftaten beteiligen,
 - c) wesentliche Umstände wie Zeit, Ort, Art und Weise der Begehung der Straftat, Gegenstand und besondere Merkmale der Straftat sowie verletzte Rechtsvorschriften,
 - d) bereits ergriffene Maßnahmen und ihr Ergebnis, soweit das innerstaatliche Recht der ersuchten Partei nicht entgegensteht,
 - e) Täterverbindungen,
 - f) Strukturen, Organisation sowie Methoden des Vorgehens von kriminellen Vereinigungen oder von Tätergruppen,
 - g) typische Verhaltensmuster einzelner Täter, krimineller Vereinigungen oder Tätergruppen;
2. erforderliche Informationen übermitteln betreffend
 - a) Eigentümer, Halter und Führer von Verkehrsmitteln,
 - b) Angaben zur Identifizierung von Verkehrsmitteln,
 - c) Dokumente über die Berechtigung zum Führen von Verkehrsmitteln,
 - d) Dokumente zu Verkehrsmitteln,

Rozdział III

Ogólne formy współpracy

Artykuł 6

Wymiana informacji

1. W ramach współpracy, o której mowa w artykule 1 ustępy 1 i 2, właściwe organy, na zasadzie wzajemności i nieodpłatnie, będą na wniosek, w szczególności:

- 1) przekazywać niezbędne informacje mogące przyczynić się do zapobiegania, wykrywania, zwalczania przestępstw oraz ścigania ich sprawców, w tym informacje dotyczące:
 - a) sprawców przestępstw lub osób podejrzanych o ich popełnienie,
 - b) osób uczestniczących w popełnieniu przestępstwa,
 - c) istotnych okoliczności, takich jak czas, miejsce, sposób popełnienia przestępstwa, przedmiot i cechy szczególne przestępstwa oraz naruszonych przepisów prawnych,
 - d) podjętych już czynności i ich wyniku, o ile prawo wewnętrzne Strony wezwanej nie stanowi inaczej,
 - e) powiązań między sprawcami,
 - f) struktur, organizacji oraz metod działania zorganizowanych grup albo związków mających na celu popełnianie przestępstw,
 - g) typowych wzorców zachowań poszczególnych sprawców, zorganizowanych grup albo związków mających na celu popełnianie przestępstw;
- 2) przekazywać niezbędne informacje dotyczące:
 - a) właścicieli, posiadaczy i osób kierujących środkami transportu,
 - b) danych identyfikujących środki transportu,
 - c) dokumentów potwierdzających prawo do prowadzenia środków transportu,
 - d) dokumentów środków transportu,

- e) Feststellung der Wohnadresse, des Aufenthaltsortes und des Aufenthaltsstatus sowie die Ergebnisse der Überprüfung der Aufenthaltsgenehmigung,
- f) Anschlussinhaber und Nutzer von Telekommunikations- und Datennetzen,
- g) Daten aus Informationssystemen, Registern und sonstigen Datensammlungen, die nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts der betreffenden Partei geführt werden,
- h) Befragungen von Personen,
- i) Identitätsüberprüfungen und -feststellungen von Personen,
- j) Planung, Vorbereitung und Durchführung von Fahndungsmaßnahmen,
- k) Inaugenscheinnahme, Sicherung und Dokumentation von Spuren;
3. Informationen über den illegalen Verkehr mit Betäubungsmitteln, Psychotropika sowie Grundstoffen, über Orte und Methoden ihrer Herstellung und Aufbewahrung sowie über ihre Bestimmungsorte übermitteln;
4. Proben von neuen Betäubungsmitteln, Psychotropika und von Grundstoffen sowie anderen gefährlichen Substanzen zur Verfügung stellen;
5. Informationen über Rechtsvorschriften und Erfahrungen im Bereich der Überwachung des legalen Verkehrs mit Betäubungsmitteln, Psychotropika und Grundstoffen austauschen;
6. Informationen über den illegalen Verkehr mit verbrauchssteuerpflichtigen Waren, über Orte und Methoden ihrer Herstellung und Aufbewahrung sowie über ihre Bestimmungsorte übermitteln;
7. Informationen über Muster von Dokumenten, insbesondere diejenigen, die zur Einreise und zum Aufenthalt berechtigen, Dokumente zu Verkehrsmitteln und Dokumente über die Berechtigung zum Führen von Verkehrsmitteln übermitteln;
8. Informationen über die Routen und das Ausmaß illegaler Migration sowie über Migrationsphänomene und die damit verbundenen Rechtsvorschriften übermitteln;
9. erforderliche Informationen, die zur Identifizierung von Sachen insbesondere Waffen, Munition und Sprengstoffen beitragen oder über ihre derzeitigen und vormaligen Eigentümer oder Besitzer, sowie Proben von Sprengstoffen und sonstigen gefährlichen Materialien übermitteln;
10. Informationen über geplante und verübte Terroranschläge, über Vorgehensmethoden und Einsatztechniken der Attentäter bzw. der Anschlagverübung verdächtiger Personen sowie über terroristische Gruppierungen, die Straftaten mit terroristischem Hintergrund planen bzw. begehen, austauschen.
- (2) Die zuständigen Behörden einer Partei können Informationen aus eigener Initiative nach Maßgabe ihres innerstaatlichen Rechts übermitteln.
- (3) Sind im Rahmen der Zusammenarbeit unrichtige Informationen übermittelt worden, ist die Behörde, die sie erhalten hat, unverzüglich darüber zu informieren, und es sind die richtigen Informationen zu übermitteln. In diesem Fall ist die Behörde, die diese Informationen erhalten hat, verpflichtet, diese unverzüglich zu korrigieren.
- (4) Sind im Rahmen der Zusammenarbeit Informationen übermittelt worden, die nicht hätten übermittelt werden dürfen, ist die Behörde, die sie erhalten hat, unverzüglich darüber zu informieren. In diesem Fall ist diese Behörde verpflichtet, diese Informationen unverzüglich zu löschen oder zu vernichten.
- e) ustalenia adresu zamieszkania, miejsca pobytu i statusu pobytu oraz wyników kontroli legalności pobytu,
- f) abonentów i użytkowników sieci telekomunikacyjnych i teleinformatycznych,
- g) danych z systemów informacyjnych, rejestrów i innych zbiorów danych prowadzonych zgodnie z prawem wewnętrznym danej Strony,
- h) rozpytania osób,
- i) sprawdzenia i ustalenia tożsamości osób,
- j) planowania, przygotowywania i przeprowadzania czynności poszukiwawczych,
- k) oględzin, zabezpieczania i dokumentacji śladów;
- 3) przekazywać informacje o nielegalnym obrocie środkami odurzającymi, substancjami psychotropowymi oraz prekursorami, o miejscach i metodach ich wytwarzania i przechowywania oraz o miejscach ich przeznaczenia;
- 4) udostępniać próbki nowych środków odurzających, substancji psychotropowych i prekursorów oraz innych niebezpiecznych substancji;
- 5) wymieniać informacje o przepisach prawnych i doświadczeniach w zakresie nadzoru nad legalnym obrotem środkami odurzającymi, substancjami psychotropowymi i prekursorami;
- 6) przekazywać informacje o nielegalnym obrocie towarami akcyzowymi, o miejscach i metodach ich wytwarzania i przechowywania oraz o miejscach ich przeznaczenia;
- 7) przekazywać informacje dotyczące wzorów dokumentów, w szczególności uprawniających do wjazdu i pobytu, dokumentów środków transportu i potwierdzających prawo do prowadzenia środków transportu;
- 8) przekazywać informacje o szlakach i skali nielegalnej migracji oraz o zjawiskach migracyjnych i związanych z tym przepisach prawnych;
- 9) przekazywać niezbędne informacje przyczyniające się do identyfikacji rzeczy, w szczególności broni, amunicji i materiałów wybuchowych, lub o ich aktualnych i poprzednich właścicielach lub posiadaczach oraz próbki materiałów wybuchowych i innych materiałów niebezpiecznych;
- 10) wymieniać informacje o planowanych i popełnionych zamachach terrorystycznych, o metodach i technikach działania sprawców tych zamachów lub osób podejrzanych o ich popełnienie oraz o ugrupowaniach terrorystycznych planujących popełnienie lub popełniających przestępstwa o charakterze terrorystycznym.
2. Właściwe organy Strony mogą przekazywać informacje z własnej inicjatywy zgodnie ze swoim prawem wewnętrznym.
3. Jeżeli w ramach współpracy zostały przekazane informacje niewłaściwe, niezwłocznie informuje się o tym organ, który je otrzymał i przekazuje mu informacje właściwe. W takim przypadku organ, który otrzymał te informacje, jest zobowiązany do niezwłocznego ich skorygowania.
4. Jeżeli w ramach współpracy zostały przekazane informacje, których nie wolno było przekazać, niezwłocznie informuje się o tym organ, który je otrzymał. W takim przypadku organ ten jest zobowiązany do niezwłocznego usunięcia lub zniszczenia tych informacji.

Artikel 7**Informationsaustausch
in Ordnungswidrigkeitsangelegenheiten**

Im Rahmen der Zusammenarbeit nach Artikel 1 Absatz 3 werden die zuständigen Behörden auf Ersuchen unentgeltlich die erforderlichen Informationen übermitteln, die zur Aufdeckung von Ordnungswidrigkeiten sowie zur Ermittlung von deren Betroffenen oder von der Begehung einer Ordnungswidrigkeit verdächtigen Personen beitragen können. Die Übermittlung umfasst die Informationen, die im Besitz der ersuchten Partei sind. Artikel 6 Absätze 3 und 4 gelten entsprechend.

Artikel 8**Informationsaustausch
zwischen den Zollbehörden**

Unbeschadet der Bestimmungen dieses Abkommens und anderer Rechtsvorschriften tauschen die Zollbehörden der Parteien Informationen im Zusammenhang mit der Aufgabenerfüllung im Rahmen ihrer Zuständigkeiten aus. Der Informationsaustausch kann über das Gemeinsame Zentrum erfolgen. Der Informationsaustausch zwischen den Zollbehörden ist nicht auf den räumlichen Geltungsbereich nach Artikel 3 beschränkt.

Artikel 9**Gemeinsame Streifen**

(1) Die zuständigen Behörden können gemeinsame Streifen bilden; die Grenzbehörden können gemeinsame Streifen in den Grenzgebieten bilden.

(2) Einer gemeinsamen Streife gehört mindestens ein Beamter jeder Partei an. Die Beamten unterstehen während der Durchführung einer gemeinsamen Streife der Führung des Beamten der Partei, in deren Hoheitsgebiet die Streife durchgeführt wird.

(3) Während der Durchführung einer gemeinsamen Streife im Hoheitsgebiet der anderen Partei ist der Beamte gemäß dem innerstaatlichen Recht der Partei, in deren Hoheitsgebiet die Streife durchgeführt wird, befugt,

1. die Maßnahmen zu ergreifen, die zur Feststellung der Identität einer Person erforderlich sind, und deren Personalien aufzunehmen,
2. Kontrollen der Identitätsnachweise, der Führerscheine, der Fahrzeugscheine, der Fahrzeugversicherungen und anderer Dokumente durchzuführen,
3. zollrechtliche Kontrollen durchzuführen,
4. eine Person vorläufig festzunehmen und sie einem Beamten der anderen Partei zu übergeben,
5. sonstige notwendige Maßnahmen durchzuführen, zu denen er von dem Beamten der Partei hinzugezogen wurde, in deren Hoheitsgebiet die Streife durchgeführt wird.

(4) Während der Durchführung der gemeinsamen Streife im Hoheitsgebiet der anderen Partei ist der Beamte befugt, die Staatsgrenze an beliebiger Stelle zu übertreten; dies gilt auch für den Fall der vorübergehenden Wiedereinführung von Grenzkontrollen.

(5) Die Beamten, die eine gemeinsame Streife durchführen, können erforderliche Informationen im Zusammenhang mit ihrer Durchführung austauschen, einschließlich der Personalien der kontrollierten Personen, sofern dies mit den Zielen dieses Abkommens vereinbar ist.

Artikel 10**Maßnahmen
in besonderen Gefahrensituationen**

(1) Im Fall des Auftretens einer gegenwärtigen Gefahr für Leib oder Leben oder das Vermögen im Hoheitsgebiet der jeweils anderen Partei, sind die Beamten der zuständigen Behörden ver-

Artykuł 7**Wymiana informacji w sprawach o wykroczenia**

W ramach współpracy, o której mowa w artykule 1 ustęp 3, właściwe organy będą, na wniosek, nieodpłatnie przekazywać niezbędne informacje mogące przyczynić się do ujawnienia wykroczeń oraz wykrycia sprawców wykroczeń lub osób podejrzanych o ich popełnienie. Przekazywanie obejmuje informacje będące w posiadaniu Strony wezwanej. Artykuł 6 ustępy 3 i 4 stosuje się odpowiednio.

Artykuł 8**Wymiana informacji między służbami celnymi**

Nie naruszając postanowień niniejszej Umowy i innych przepisów prawa, służby celne Stron dokonują wymiany informacji związanych z wykonywaniem zadań w ramach ich kompetencji. Wymiana informacji może odbywać się za pośrednictwem centrum współpracy. Wymiana informacji między służbami celnymi nie jest ograniczona do zasięgu terytorialnego określonego w artykule 3.

Artykuł 9**Wspólne patrole**

1. Właściwe organy mogą tworzyć wspólne patrole; organy przygraniczne mogą tworzyć wspólne patrole na terenach przygranicznych.

2. W skład wspólnego patrolu wchodzi co najmniej jeden funkcjonariusz każdej ze Stron. Funkcjonariusze podczas wykonywania wspólnego patrolu podlegają kierownictwu funkcjonariusza Strony, na której Terytorium patrol jest wykonywany.

3. Podczas wykonywania na Terytorium drugiej Strony wspólnego patrolu funkcjonariusz jest uprawniony, zgodnie z prawem wewnętrznym Strony, na której Terytorium prowadzony jest patrol, do:

- 1) podjęcia czynności niezbędnych do ustalenia tożsamości osoby i spisania jej danych,
- 2) przeprowadzania kontroli dokumentów tożsamości, praw jazdy, dowodów rejestracyjnych, ubezpieczeń pojazdów i innych dokumentów,
- 3) przeprowadzania kontroli celnych,
- 4) ujęcia osoby i przekazania jej funkcjonariuszowi drugiej Strony,
- 5) przeprowadzania innych niezbędnych czynności, do których zostanie przybrany przez funkcjonariusza Strony, na której Terytorium patrol jest wykonywany.

4. Podczas wykonywania na Terytorium drugiej Strony wspólnego patrolu funkcjonariusz jest uprawniony do przekraczania granicy państwowej w dowolnym miejscu; dotyczy to także przypadku tymczasowego przywrócenia kontroli granicznej.

5. Funkcjonariusze wykonujący wspólny patrol mogą wymieniać niezbędne informacje związane z jego wykonywaniem, w tym dane kontrolowanych osób, o ile jest to zgodne z celami niniejszej Umowy.

Artykuł 10**Działania w sytuacjach
szczególnego niebezpieczeństwa**

1. W przypadku wystąpienia na Terytorium drugiej Strony bezpośredniego niebezpieczeństwa dla życia lub zdrowia albo mienia, funkcjonariusze właściwych organów są zobowiązani do

pflichtet, alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, damit die zuständige Behörde der Partei, in deren Hoheitsgebiet diese Gefahr besteht, umgehend darüber informiert wird.

(2) Bei Gefahr im Verzug sind die Beamten der zuständigen Behörden befugt, alle erforderlichen Maßnahmen im Hoheitsgebiet der anderen Partei zur Abwehr der gegenwärtigen Gefahr für Leib oder Leben zu ergreifen, insbesondere

1. die Staatsgrenze zu übertreten,
2. den Straßenverkehr am Ort des Geschehens zu regeln oder
3. eine Person vorläufig festzunehmen.

(3) Im Fall des Absatzes 2 sind die Beamten der zuständigen Behörden, die im Hoheitsgebiet der anderen Partei Maßnahmen ergreifen, verpflichtet,

1. der zuständigen Behörde der Partei, in deren Hoheitsgebiet die Gefahr bestand, unverzüglich Informationen über
 - a) diese Gefahr,
 - b) das Übertreten der Staatsgrenze und
 - c) die ergriffenen Maßnahmenzu übermitteln;
2. das innerstaatliche Recht der Partei, in deren Hoheitsgebiet diese Maßnahmen ergriffen werden, zu beachten und die Anweisungen der Beamten der zuständigen Behörden dieser Partei zu befolgen.

Artikel 11

Austausch von Verbindungsbeamten

(1) Zur Verbesserung der Durchführung dieses Abkommens können die zentralen Behörden der Parteien Verbindungsbeamte austauschen.

(2) Die zuständigen Behörden leisten den Verbindungsbeamten jegliche Unterstützung zur Ausführung ihrer Aufgaben.

Artikel 12

Operative Ermittlungsgruppen

(1) Die zuständigen Behörden können bei parallelen Ermittlungen, die untereinander in einem Zusammenhang stehen, der das enge Zusammenwirken zur Verhütung, Aufdeckung bzw. Bekämpfung von Straftaten, insbesondere von Straftaten, die durch kriminelle Vereinigungen begangen werden, begründet, im Wege einer Vereinbarung eine operative Ermittlungsgruppe einrichten.

(2) Die Vereinbarung nach Absatz 1 regelt insbesondere

1. den Gegenstand der Zusammenarbeit,
2. den Zeitraum der Zusammenarbeit und
3. die Zusammensetzung der Gruppe unter Benennung der leitenden Beamten.

(3) Die Zusammenarbeit in einer operativen Ermittlungsgruppe besteht insbesondere in

1. der Durchführung entsprechender Ermittlungshandlungen auf Ersuchen, sofern sie durch das innerstaatliche Recht der ersuchten Partei zugelassen sind,
2. der Durchführung von Arbeitstreffen und Koordinierung der Ermittlungshandlungen.

(4) Bei begründetem Interesse an einer angemessenen Durchführung der parallelen Ermittlungen kann die zuständige Behörde Bedienstete zur Ausführung der Aufgaben in das Hoheitsgebiet der anderen Partei im Rahmen der eingerichteten operativen Ermittlungsgruppe entsenden. Die entsandten Bediensteten haben keine hoheitlichen Befugnisse.

podjęcia wszelkich niezbędnych działań w celu niezwłocznego poinformowania o tym właściwego organu Strony, na której Terytorium to niebezpieczeństwo występuje.

2. W przypadku niecierpiącym zwłoki, funkcjonariusze właściwych organów są uprawnieni do podejmowania wszelkich niezbędnych działań na Terytorium drugiej Strony w celu przeciwdziałania bezpośredniemu niebezpieczeństwu dla życia lub zdrowia, w szczególności:

- 1) przekraczania granicy państwowej;
- 2) kierowania ruchem drogowym na miejscu zdarzenia;
- 3) ujęcia osoby.

3. W przypadku, o którym mowa w ustępie 2, funkcjonariusze właściwych organów podejmujący działania na Terytorium drugiej Strony, są zobowiązani do:

- 1) niezwłocznego przekazania właściwemu organowi Strony, na której Terytorium zaistniało niebezpieczeństwo, informacji o:
 - a) tym niebezpieczeństwie,
 - b) przekroczeniu granicy państwowej,
 - c) podjętych działaniach;
- 2) przestrzegania prawa wewnętrznego Strony, na której Terytorium podejmowane są te działania i wykonywania poleceń funkcjonariuszy właściwych organów tej Strony.

Artykuł 11

Wymiana oficerów łącznikowych

1. W celu usprawnienia realizacji niniejszej Umowy organy centralne Stron mogą wymieniać oficerów łącznikowych.

2. Właściwe organy udzielają oficerom łącznikowym wszelkiej pomocy w celu wykonywania ich zadań.

Artykuł 12

Grupy operacyjno-śledcze

1. Właściwe organy w przypadku równoległego prowadzenia czynności, które pozostają ze sobą w związku uzasadniającym ścisłe współdziałanie w celu zapobiegania, wykrywania lub zwalczania przestępstw, w szczególności przestępstw popełnianych przez zorganizowane grupy, mogą w drodze porozumienia powołać grupę operacyjno-śledczą.

2. Porozumienie, o którym mowa w ustępie 1, reguluje w szczególności:

- 1) przedmiot współpracy;
- 2) okres współpracy;
- 3) skład grupy, z wyznaczeniem funkcjonariuszy kierujących.

3. Współpraca w grupie operacyjno-śledczej polega w szczególności na:

- 1) przeprowadzaniu, na wniosek, odpowiednich czynności, jeżeli są one dozwolone przez prawo wewnętrzne Strony wezwanej;
- 2) przeprowadzaniu spotkań roboczych i koordynowaniu realizowanych czynności.

4. W przypadkach uzasadnionych potrzebami właściwej realizacji czynności, właściwy organ może delegować funkcjonariuszy lub pracowników do wykonywania zadań na Terytorium drugiej Strony w ramach powołanej grupy operacyjno-śledczej. Delegowani funkcjonariusze nie posiadają uprawnień władczych.

(5) Presseerklärungen und Erklärungen in anderen Medien über die Tätigkeit und erzielte Ergebnisse der operativen Ermittlungsgruppe werden nach gemeinsamer Abstimmung abgegeben.

(6) Nach Beendigung der Tätigkeiten der operativen Ermittlungsgruppe erstellen die leitenden Beamten einen gemeinsamen Bericht in den Amtssprachen der Parteien.

Artikel 13

Gemeinsame Ausübung von Dienstpflichten

(1) Die zuständigen Behörden der einen Partei können ihre Bediensteten den zuständigen Behörden der anderen Partei auf Ersuchen zur Unterstützung im Hoheitsgebiet der ersuchenden Partei unterstellen.

(2) Die unterstellten Beamten können unter der Leitung des Beamten der zuständigen Behörde der anderen Partei hoheitliche Befugnisse wahrnehmen.

(3) Die Maßnahmen der unterstellten Bediensteten sind der Partei zuzurechnen, in deren Hoheitsgebiet sie durchgeführt werden.

Artikel 14

Andere Formen der Zusammenarbeit

(1) Die zuständigen Behörden können die Zusammenarbeit nach Artikel 1 vertiefen, indem sie insbesondere

1. gemeinsame Lagebilder erstellen,
2. gemeinsame Leitstellen bilden,
3. gemeinsame Einsatzgruppen bilden oder Vertreter in diese entsenden,
4. ständige Kontaktpersonen benennen,
5. gemeinsame Programme zur Kriminalitätsverhütung planen und durchführen,
6. gegenseitige Studienbesuche ermöglichen und
7. Vertreter der zuständigen Behörden als Beobachter einladen.

(2) Die zuständigen Behörden können bei Bedarf Treffen zur Ausgestaltung der Zusammenarbeit, die auf der Grundlage dieses Abkommens durchgeführt wird, organisieren. An den Treffen können Vertreter des Gemeinsamen Zentrums teilnehmen.

Artikel 15

Zusammenarbeit bei der Aus- und Fortbildung

Die zuständigen Behörden sowie die für die Polizei-, Grenz- und Zollbehörden zuständigen Aus- und Fortbildungseinrichtungen können insbesondere

1. einander Lehrpläne für die Aus- und Fortbildung zur Verfügung stellen,
2. Möglichkeiten zur Teilnahme von Bediensteten der zuständigen Behörden an Aus- und Fortbildungsmaßnahmen schaffen,
3. gemeinsame Konzeptionen für die Aus- und Fortbildung erarbeiten und
4. gemeinsame Schulungen, Seminare, Expertentreffen, Sprachkurse und Übungen durchführen.

Artikel 16

Wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit

Im Rahmen der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit können die zuständigen Behörden insbesondere

1. Erfahrungen über Methoden der Kriminalitätsbekämpfung und über neue Vorgehensweisen von Straftätern austauschen,

5. Oświadczenia prasowe i oświadczenia w innych mediach o działalności i wynikach osiągniętych przez grupę operacyjno-śledczą składane są po wspólnym uzgodnieniu.

6. Po zakończeniu działalności grupy operacyjno-śledczej funkcjonariusze kierujący sporządzają wspólne sprawozdanie w językach urzędowych Stron.

Artykuł 13

Wspólne wykonywanie obowiązków służbowych

1. Właściwe organy jednej Strony, na wniosek właściwych organów drugiej Strony, mogą, w celu udzielenia wsparcia na Terytorium Strony wzywającej, podporządkować im swoich funkcjonariuszy lub pracowników.

2. Podporządkowani funkcjonariusze mogą realizować uprawnienia władcze pod kierownictwem funkcjonariusza właściwego organu drugiej Strony.

3. Czynności podporządkowanych funkcjonariuszy lub pracowników przypisuje się Stronie, na której Terytorium są prowadzone.

Artykuł 14

Inne formy współpracy

1. Właściwe organy mogą pogłębiać współpracę, o której mowa w artykule 1, w szczególności przez:

- 1) sporządzanie wspólnych raportów sytuacyjnych;
- 2) tworzenie wspólnych stanowisk dowodzenia;
- 3) tworzenie wspólnych zespołów zadaniowych lub delegowanie przedstawicieli do nich;
- 4) wyznaczanie osób do stałych kontaktów;
- 5) planowanie i realizowanie wspólnych programów zapobiegania przestępczości;
- 6) wzajemne umożliwianie wizyt studyjnych;
- 7) zapraszanie przedstawicieli właściwych organów w charakterze obserwatora.

2. Właściwe organy mogą, w zależności od potrzeb, organizować spotkania dotyczące kształtu współpracy realizowanej na podstawie niniejszej Umowy. W spotkaniach mogą brać udział przedstawiciele centrum współpracy.

Artykuł 15

Współpraca w zakresie kształcenia i doskonalenia

Właściwe organy oraz ośrodki kształcenia i doskonalenia właściwe dla służb policyjnych, granicznych i celnych mogą w szczególności:

- 1) udostępniać sobie programy kształcenia i doskonalenia;
- 2) stwarzać możliwości uczestnictwa funkcjonariuszy lub pracowników właściwych organów w kształceniu i doskonaleniu;
- 3) wypracowywać wspólne koncepcje kształcenia i doskonalenia;
- 4) przeprowadzać wspólne szkolenia, seminaria, spotkania ekspertów, kursy językowe i ćwiczenia.

Artykuł 16

Współpraca naukowo-techniczna

W ramach współpracy naukowo-technicznej, właściwe organy mogą w szczególności:

- 1) wymieniać doświadczenia dotyczące metod zwalczania przestępczości oraz nowych sposobów działania sprawców przestępstw;

2. gemeinsame Expertentreffen organisieren und
3. gegenseitig Spezialgeräte und spezielle Diensträume bereitstellen.

Artikel 17

Verbesserung der technischen Kommunikation

Die Parteien verbessern durch geeignete technische Mittel und organisatorische Maßnahmen die Kommunikation und den technischen Informationsaustausch zwischen den zuständigen Behörden. Die Parteien gewährleisten eine direkte sichere technische Kommunikation, insbesondere vereinbaren sie gemeinsame Funkfrequenzen.

Kapitel IV

Besondere Formen der Zusammenarbeit

Artikel 18

Personen- und Zeugenschutz

(1) Die zuständigen Behörden der einen Partei können auf Ersuchen der zuständigen Behörden der anderen Partei Unterstützung beim Personen- und Zeugenschutz nach Maßgabe ihres innerstaatlichen Rechts gewähren.

(2) Die Beamten der zuständigen Behörde der einen Partei können Maßnahmen zum Personen- und Zeugenschutz im Hoheitsgebiet der anderen Partei fortsetzen, sofern die zuständige Behörde der anderen Partei dem zugestimmt hat. Die Zustimmung kann von der Erfüllung bestimmter Bedingungen abhängig gemacht werden.

Artikel 19

Zusammenarbeit bei der Verhütung oder Bekämpfung des Terrorismus

Die zuständigen Behörden führen abgestimmte Maßnahmen nach Maßgabe des jeweiligen innerstaatlichen Rechts durch, sofern dies die Verhütung oder Bekämpfung des Terrorismus erfordert.

Artikel 20

Verdeckte Ermittlungen

(1) Auf Ersuchen kann die ersuchte Partei die Bewilligung zur Durchführung verdeckter Ermittlungen durch einen Beamten der ersuchenden Partei, der nach deren innerstaatlichem Recht den Status eines verdeckten Ermittlers hat, in ihrem Hoheitsgebiet erteilen. Die Bewilligung kann von bestimmten Bedingungen abhängig gemacht werden. Dazu kann gehören, dass die ersuchte Partei Maßgaben für die Verwendung der im Rahmen der verdeckten Ermittlungen gewonnenen Erkenntnisse festlegt. Die Bewilligung sowie die Festlegung der Bedingungen erfolgen unter Beachtung der innerstaatlichen Regelungen der ersuchten Partei für den Einsatz verdeckter Ermittler.

(2) Das Ersuchen nach Absatz 1 ist zu richten an

1. auf Seiten der Republik Polen
 - a) den Hauptkommandanten der Polizei,
 - b) den Hauptkommandanten des Grenzschutzes oder
 - c) den Chef der Agentur für Innere Sicherheit;
2. auf Seiten der Bundesrepublik Deutschland
 - a) die Staatsanwaltschaft, die für die Bewilligung zu einer verdeckten Ermittlung zuständig wäre, wenn die verdeckte Ermittlung von den Behörden der ersuchten Partei durchgeführt würde, unter gleichzeitiger Unterrichtung des Bundeskriminalamtes bzw. des Zollkriminalamtes oder direkt an das Bundeskriminalamt bzw. das Zollkriminalamt;

- 2) organizować wspólne spotkania ekspertów;
- 3) udostępniać sobie wzajemnie specjalistyczny sprzęt i specjalistyczne pomieszczenia służbowe.

Artykuł 17

Usprawnianie komunikacji technicznej

Strony usprawniają komunikację i techniczną wymianę informacji pomiędzy właściwymi organami za pomocą odpowiednich środków technicznych i działań organizacyjnych. Strony zapewniają bezpośrednią bezpieczną komunikację techniczną, w szczególności uzgadniają wspólne częstotliwości radiowe.

Rozdział IV

Szczególne formy współpracy

Artykuł 18

Ochrona świadków i osób

1. Właściwe organy jednej Strony mogą na wniosek właściwych organów drugiej Strony udzielać pomocy w zakresie ochrony świadków i osób chronionych zgodnie ze swoim prawem wewnętrznym.

2. Funkcjonariusze właściwego organu jednej Strony mogą kontynuować działania na rzecz ochrony świadków i osób chronionych na Terytorium drugiej Strony, jeżeli właściwy organ drugiej Strony wyraził na to zgodę. Udzielenie zgody może zostać uzależnione od spełnienia określonych warunków.

Artykuł 19

Współpraca w zakresie zapobiegania i zwalczania terroryzmu

Właściwe organy realizują, zgodnie z prawem wewnętrznym, uzgodnione czynności, jeżeli wymaga tego zapobieganie i zwalczanie terroryzmu.

Artykuł 20

Operacja pod przykryciem

1. Strona wezwana może, na wniosek, udzielić zgody na prowadzenie na swoim Terytorium, operacji pod przykryciem przez funkcjonariusza Strony wzywającej mającego zgodnie z jej prawem wewnętrznym status funkcjonariusza pod przykryciem. Udzielenie zgody może zostać uzależnione od określonych warunków. Do nich może należeć określenie przez Stronę wezwaną sposobu wykorzystania informacji i materiałów uzyskanych w ramach operacji pod przykryciem. Udzielenie zgody oraz określenie warunków następuje zgodnie z przepisami prawa wewnętrznego Strony wezwanej dotyczącymi czynności funkcjonariuszy pod przykryciem.

2. Wniosek, o którym mowa w ustępie 1, należy skierować do:

- 1) po stronie Rzeczypospolitej Polskiej:
 - a) Komendanta Głównego Policji,
 - b) Komendanta Głównego Straży Granicznej albo,
 - c) Szefa Agencji Bezpieczeństwa Wewnętrznego;
- 2) po stronie Republiki Federalnej Niemiec:
 - a) prokuratury, która byłaby odpowiedzialna za udzielenie zgody na prowadzenie operacji pod przykryciem, gdyby operacja pod przykryciem była przeprowadzana przez organy Strony wezwanej, z równoczesnym powiadomieniem Federalnego Urzędu Kryminalnego lub Celnego Urzędu Kryminalnego albo bezpośrednio do Federalnego Urzędu Kryminalnego, albo Celnego Urzędu Kryminalnego,

- b) in den Fällen, in denen sich die verdeckten Ermittlungen in der Bundesrepublik Deutschland voraussichtlich auf das Grenzgebiet nach Artikel 3 beschränken, kann das Ersuchen auch an die jeweils zuständigen Landeskriminalämter nach Artikel 2 Absatz 3 Nummer 2 Buchstabe a Anstriche 3 und 4 bzw. Behörden nach Artikel 2 Absatz 3 Nummer 2 Buchstabe a Anstriche 1 und 2 oder die Zollfahndungsämter nach Artikel 2 Absatz 3 Nummer 2 Buchstabe c Anstriche 7 bis 9 gerichtet werden, die auch das Bundeskriminalamt bzw. das Zollkriminalamt unterrichten.
- (3) Die verdeckten Ermittlungen beschränken sich auf einzelne, zeitlich begrenzte Maßnahmen. Diese Maßnahmen werden auf Grundlage enger Abstimmungen zwischen den zuständigen Behörden durchgeführt. Die Leitung des Einsatzes obliegt einem Beamten der ersuchten Partei. Das Handeln der Beamten der ersuchenden Partei ist der ersuchten Partei zuzurechnen.
- (4) Auf Verlangen der Behörde, die die Bewilligung erteilt hat, sind die verdeckten Ermittlungen an die Beamten der Partei, in deren Hoheitsgebiet die verdeckten Ermittlungen stattfinden, zu übergeben oder abubrechen.
- (5) Über die Durchführung und Ergebnisse des Einsatzes verdeckter Ermittler werden die zuständigen Behörden der Partei, in deren Hoheitsgebiet der Einsatz erfolgte, unverzüglich schriftlich unterrichtet.
- (6) Sofern wegen besonderer Dringlichkeit ein Ersuchen nach Absatz 1 nicht gestellt werden kann, dürfen die begonnenen verdeckten Ermittlungen durch einen Beamten, der den Status eines verdeckten Ermittlers nach dem innerstaatlichen Recht seiner Partei hat, ausnahmsweise im Hoheitsgebiet der anderen Partei fortgesetzt werden, wenn die ernsthafte Gefahr besteht, dass die Identität des verdeckten Ermittlers aufgedeckt würde und die verdeckten Ermittlungen im Hoheitsgebiet der anderen Partei sich auf den Schutz der geänderten Identität des verdeckten Ermittlers beschränken. Über die Fortsetzung der verdeckten Ermittlungen ist die in Absatz 2 genannte Behörde der anderen Partei unverzüglich zu benachrichtigen. Ein Ersuchen nach Absatz 1, in dem auch die Gründe dargelegt werden, die den Einsatz ohne vorherige Bewilligung rechtfertigen, ist unverzüglich nachzureichen. Auf Verlangen der ersuchten Partei sind die verdeckten Ermittlungen unverzüglich abubrechen und die zuständige Behörde der anderen Partei über die bis dahin durchgeführten Maßnahmen in deren Hoheitsgebiet zu unterrichten.
- (7) Auf Ersuchen können verdeckte Ermittler der einen Partei im Hoheitsgebiet der anderen Partei nach Artikel 13 Maßnahmen im Rahmen verdeckter Ermittlungen durchführen. In diesem Fall gilt:
1. Absatz 1 Sätze 2 und 4 sowie Absatz 2 finden Anwendung.
 2. Der Einsatz des verdeckten Ermittlers findet auf der Grundlage enger Abstimmungen zwischen den zuständigen Behörden statt.
 3. Der verdeckte Ermittler unterliegt der Leitung der zuständigen Behörde der ersuchenden Partei.
 4. Nach Abschluss des Einsatzes des verdeckten Ermittlers informiert die zuständige Behörde der ersuchenden Partei über den Verlauf des Einsatzes.
- (8) Die zuständige Behörde der einen Partei kann die zuständige Behörde der anderen Partei um Durchführung verdeckter Ermittlungen durch einen verdeckten Ermittler der anderen Partei im Hoheitsgebiet der ersuchten Partei ersuchen. Die Erledigung des Ersuchens kann von der ersuchten Partei nach Maßgabe ihres innerstaatlichen Rechts von Bedingungen abhängig gemacht werden. Absatz 2 findet entsprechend Anwendung.
- (9) Absatz 1 und Absätze 3 bis 6 finden auch Anwendung in Bezug auf verdeckte Ermittlungen zur Verhütung einer Straftat, sofern dies das innerstaatliche Recht der Parteien zulässt.
- b) in den Fällen, in denen sich die verdeckten Ermittlungen in der Bundesrepublik Deutschland voraussichtlich auf das Grenzgebiet nach Artikel 3 beschränken, kann das Ersuchen auch an die jeweils zuständigen Landeskriminalämter nach Artikel 2 Absatz 3 Nummer 2 Buchstabe a Anstriche 3 und 4 bzw. Behörden nach Artikel 2 Absatz 3 Nummer 2 Buchstabe a Anstriche 1 und 2 oder die Zollfahndungsämter nach Artikel 2 Absatz 3 Nummer 2 Buchstabe c Anstriche 7 bis 9 gerichtet werden, die auch das Bundeskriminalamt bzw. das Zollkriminalamt unterrichten.
- (3) Die verdeckten Ermittlungen beschränken sich auf einzelne, zeitlich begrenzte Maßnahmen. Diese Maßnahmen werden auf Grundlage enger Abstimmungen zwischen den zuständigen Behörden durchgeführt. Die Leitung des Einsatzes obliegt einem Beamten der ersuchten Partei. Das Handeln der Beamten der ersuchenden Partei ist der ersuchten Partei zuzurechnen.
- (4) Auf Verlangen der Behörde, die die Bewilligung erteilt hat, sind die verdeckten Ermittlungen an die Beamten der Partei, in deren Hoheitsgebiet die verdeckten Ermittlungen stattfinden, zu übergeben oder abubrechen.
- (5) Über die Durchführung und Ergebnisse des Einsatzes verdeckter Ermittler werden die zuständigen Behörden der Partei, in deren Hoheitsgebiet der Einsatz erfolgte, unverzüglich schriftlich unterrichtet.
- (6) Sofern wegen besonderer Dringlichkeit ein Ersuchen nach Absatz 1 nicht gestellt werden kann, dürfen die begonnenen verdeckten Ermittlungen durch einen Beamten, der den Status eines verdeckten Ermittlers nach dem innerstaatlichen Recht seiner Partei hat, ausnahmsweise im Hoheitsgebiet der anderen Partei fortgesetzt werden, wenn die ernsthafte Gefahr besteht, dass die Identität des verdeckten Ermittlers aufgedeckt würde und die verdeckten Ermittlungen im Hoheitsgebiet der anderen Partei sich auf den Schutz der geänderten Identität des verdeckten Ermittlers beschränken. Über die Fortsetzung der verdeckten Ermittlungen ist die in Absatz 2 genannte Behörde der anderen Partei unverzüglich zu benachrichtigen. Ein Ersuchen nach Absatz 1, in dem auch die Gründe dargelegt werden, die den Einsatz ohne vorherige Bewilligung rechtfertigen, ist unverzüglich nachzureichen. Auf Verlangen der ersuchten Partei sind die verdeckten Ermittlungen unverzüglich abubrechen und die zuständige Behörde der anderen Partei über die bis dahin durchgeführten Maßnahmen in deren Hoheitsgebiet zu unterrichten.
- (7) Auf Ersuchen können verdeckte Ermittler der einen Partei im Hoheitsgebiet der anderen Partei nach Artikel 13 Maßnahmen im Rahmen verdeckter Ermittlungen durchführen. In diesem Fall gilt:
1. Absatz 1 Sätze 2 und 4 sowie Absatz 2 finden Anwendung.
 2. Der Einsatz des verdeckten Ermittlers findet auf der Grundlage enger Abstimmungen zwischen den zuständigen Behörden statt.
 3. Der verdeckte Ermittler unterliegt der Leitung der zuständigen Behörde der ersuchenden Partei.
 4. Nach Abschluss des Einsatzes des verdeckten Ermittlers informiert die zuständige Behörde der ersuchenden Partei über den Verlauf des Einsatzes.
- (8) Die zuständige Behörde der einen Partei kann die zuständige Behörde der anderen Partei um Durchführung verdeckter Ermittlungen durch einen verdeckten Ermittler der anderen Partei im Hoheitsgebiet der ersuchten Partei ersuchen. Die Erledigung des Ersuchens kann von der ersuchten Partei nach Maßgabe ihres innerstaatlichen Rechts von Bedingungen abhängig gemacht werden. Absatz 2 findet entsprechend Anwendung.
- (9) Absatz 1 und Absätze 3 bis 6 finden auch Anwendung in Bezug auf verdeckte Ermittlungen zur Verhütung einer Straftat, sofern dies das innerstaatliche Recht der Parteien zulässt.
- b) w przypadku gdy operacje pod przykryciem w Republice Federalnej Niemiec przypuszczalnie ograniczą się do terenu przygranicznego, o którym mowa w artykułe 3, wniosek może być kierowany także do właściwych krajowych urzędów kryminalnych, o których mowa w artykułe 2 ustęp 3 punkt 2 litera a tirety 3 i 4, albo organów, o których mowa w artykułe 2 ustęp 3 punkt 2 litera a tirety 1 i 2, albo Śledczych Urzędów Celnych, o których mowa w artykułe 2 ustęp 3 punkt 2 litera c tirety 7 – 9, które również powiadamią Federalny Urząd Kryminalny lub Celny Urząd Kryminalny.
3. Operacja pod przykryciem ogranicza się do pojedynczych, ograniczonych czasowo czynności. Czynności te są wykonywane na podstawie ścisłych uzgodnień między właściwymi organami. Czynnościami tymi kieruje funkcjonariusz Strony wezwanej. Czynności funkcjonariuszy Strony wzywającej przypisuje się Stronie wezwanej.
4. Na żądanie organu, który udzielił zgody, funkcjonariusze Strony wzywającej są obowiązani przekazać wykonywanie czynności funkcjonariuszom Strony, na której Terytorium prowadzona jest operacja pod przykryciem, albo przerwać ich wykonywanie.
5. Właściwe organy Strony, na której Terytorium wykonywane były czynności funkcjonariusza pod przykryciem, są niezwłocznie, pisemnie powiadamiane o ich realizacji i wynikach.
6. Jeżeli ze szczególnie pilnych powodów nie jest możliwe wystąpienie z wnioskiem, o którym mowa w ustępie 1, dopuszcza się wyjątkowo kontynuowanie na Terytorium drugiej Strony czynności rozpoczętych przez funkcjonariusza mającego zgodnie z prawem wewnętrznym swojej Strony status funkcjonariusza pod przykryciem, jeśli istnieje poważne niebezpieczeństwo ujawnienia tożsamości funkcjonariusza pod przykryciem, a czynności te ograniczają się do ochrony zmienionej tożsamości funkcjonariusza pod przykryciem. O kontynuowaniu czynności należy niezwłocznie powiadomić organ drugiej Strony, o którym mowa w ustępie 2. Wniosek, o którym mowa w ustępie 1, zawierający również uzasadnienie usprawiedliwiające kontynuowanie czynności bez uzyskania uprzedniej zgody należy dostarczyć niezwłocznie. Na żądanie Strony wezwanej należy niezwłocznie przerwać czynności oraz poinformować właściwy organ drugiej Strony o czynnościach dotychczas wykonanych na jej Terytorium.
7. Na wniosek, funkcjonariusze pod przykryciem jednej Strony mogą wykonywać czynności w ramach operacji pod przykryciem prowadzonej na Terytorium drugiej Strony zgodnie z artykułem 13. W takim przypadku:
- 1) stosuje się ustęp 1 zdania 2 i 4 oraz ustęp 2;
 - 2) czynności funkcjonariusza pod przykryciem następują na podstawie ścisłych uzgodnień pomiędzy właściwymi organami;
 - 3) funkcjonariusz pod przykryciem podlega kierownictwu właściwego organu Strony wzywającej;
 - 4) po zakończeniu czynności funkcjonariusza pod przykryciem właściwy organ Strony wzywającej informuje o przebiegu czynności.
8. Właściwy organ jednej Strony może wystąpić do właściwego organu drugiej Strony z wnioskiem o przeprowadzenie operacji pod przykryciem przez funkcjonariusza pod przykryciem tej drugiej Strony, na Terytorium Strony wezwanej. Realizację wniosku Strona wezwana może uzależnić od spełnienia warunków zgodnie z jej prawem wewnętrznym. Ustęp 2 stosuje się odpowiednio.
9. Ustępy 1 i 3 – 6 stosuje się także w odniesieniu do operacji pod przykryciem prowadzonej w celu zapobieżenia popełnieniu przestępstwa, o ile jest to dozwolone przez prawo wewnętrzne Stron.

In diesem Fall erteilt die Bewilligung zur Durchführung der verdeckten Ermittlungen

1. auf Seiten der Republik Polen
 - a) der Hauptkommandant der Polizei,
 - b) der Hauptkommandant des Grenzschutzes oder
 - c) der Chef der Agentur für Innere Sicherheit;
2. auf Seiten der Bundesrepublik Deutschland
 - a) der Polizeipräsident in Berlin,
 - b) das Polizeipräsidium des Landes Brandenburg,
 - c) das Landeskriminalamt Mecklenburg-Vorpommern,

 - d) das Landeskriminalamt Sachsen oder
 - e) das Landeskriminalamt.

(10) Die Identität des verdeckten Ermittlers wird entsprechend dem innerstaatlichen Recht der ersuchten Partei auch nach Beendigung der verdeckten Ermittlungen geheim gehalten.

(11) Die ersuchte Partei ergreift die erforderlichen Maßnahmen, um die ersuchende Partei im Zusammenhang mit der Durchführung der verdeckten Ermittlungen zu unterstützen, insbesondere um die Beamten der ersuchenden Partei zu schützen.

(12) Zur Durchführung der Maßnahmen nach diesem Artikel sind Beamte

1. auf Seiten der Republik Polen
 - a) der Polizei,
 - b) des Grenzschutzes und
 - c) der Agentur für Innere Sicherheit;
2. auf Seiten der Bundesrepublik Deutschland
 - a) der Polizeien des Bundes,
 - b) der Polizeien der Länder und
 - c) der Zollverwaltung

befugt.

Artikel 21

Kontrollierte Lieferung

(1) Auf Ersuchen kann die ersuchte Partei die kontrollierte Lieferung von Gegenständen, die aus Straftaten herrühren oder zur Begehung von Straftaten bestimmt sind, bewilligen, wenn andernfalls die Ermittlung von Tatbeteiligten oder die Aufdeckung von Verteilerwegen unmöglich oder wesentlich erschwert würde. Die Bewilligung kann von bestimmten Bedingungen abhängig gemacht werden. Die Bewilligung sowie die Festlegung der Bedingungen erfolgen nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts der ersuchten Partei. Die ersuchte Partei kann die Bewilligung zur kontrollierten Lieferung insbesondere dann verweigern bzw. beschränken, wenn sie mit einer besonderen Gefährdung für Leib oder Leben von Personen oder für die Umwelt verbunden ist.

(2) Das Ersuchen nach Absatz 1 ist zu richten an

1. auf Seiten der Republik Polen
 - a) den Hauptkommandanten der Polizei,
 - b) den Hauptkommandanten des Grenzschutzes oder
 - c) den Chef der Agentur für Innere Sicherheit;
2. auf Seiten der Bundesrepublik Deutschland
 - a) die Staatsanwaltschaft, in deren Bezirk der Transport beginnt, unter gleichzeitiger Unterrichtung des Landeskriminalamtes bzw. des Zollkriminalamtes, oder direkt an das Landeskriminalamt bzw. das Zollkriminalamt;

W takim przypadku zgodę na prowadzenie operacji pod przykryciem udziela:

- 1) po stronie Rzeczypospolitej Polskiej:
 - a) Komendant Główny Policji,
 - b) Komendant Główny Straży Granicznej albo,
 - c) Szef Agencji Bezpieczeństwa Wewnętrznego;
- 2) po stronie Republiki Federalnej Niemiec:
 - a) Prezydent Policji w Berlinie,
 - b) Prezydium Policji Kraju Związkowego Brandenburgii,
 - c) Krajowy Urząd Kryminalny Meklemburgii-Pomorza Przedniego,
 - d) Krajowy Urząd Kryminalny Saksonii albo,
 - e) Federalny Urząd Kryminalny.

10. Tożsamość funkcjonariusza pod przykryciem jest utrzymywana w tajemnicy również po zakończeniu operacji pod przykryciem, zgodnie z prawem wewnętrznym Strony wezwanej.

11. Strona wezwana podejmuje niezbędne czynności w celu wspierania Strony wzywającej w związku z wykonywaniem operacji pod przykryciem, w szczególności w celu ochrony funkcjonariuszy Strony wzywającej.

12. Uprawnionymi do wykonywania operacji, o których mowa w niniejszym artykule, są funkcjonariusze:

- 1) po stronie Rzeczypospolitej Polskiej:
 - a) Policji,
 - b) Straży Granicznej,
 - c) Agencji Bezpieczeństwa Wewnętrznego;
- 2) po stronie Republiki Federalnej Niemiec
 - a) policji Federacji,
 - b) policji krajów związkowych,
 - c) administracji celnej.

Artykuł 21

Przesyłka niejawnie nadzorowana

1. Na wniosek Strona wezwana może udzielić zgody na przesyłkę niejawnie nadzorowaną przedmiotów pochodzących z przestępstw lub przeznaczonych do ich popełnienia, jeżeli w inny sposób ustalenie uczestników czynu lub wykrycie dróg dystrybucji nie byłoby możliwe lub znacznie utrudnione. Udzielenie zgody może zostać uzależnione od określonych warunków. Udzielenie zgody oraz określenie warunków następuje zgodnie z prawem wewnętrznym Strony wezwanej. Strona wezwana może odmówić lub ograniczyć na przesyłkę niejawnie nadzorowaną, w szczególności wówczas, gdy wiąże się to ze szczególnym niebezpieczeństwem dla życia lub zdrowia osób albo dla środowiska.

2. Wniosek, o którym mowa w ustępie 1, należy skierować do:

- 1) po stronie Rzeczypospolitej Polskiej:
 - a) Komendanta Głównego Policji,
 - b) Komendanta Głównego Straży Granicznej albo,
 - c) Szefa Agencji Bezpieczeństwa Wewnętrznego;
- 2) po stronie Republiki Federalnej Niemiec:
 - a) prokuratury, w której rejonie rozpoczyna się transport z równoczesnym powiadomieniem Federalnego Urzędu Kryminalnego lub Celnego Urzędu Kryminalnego albo bezpośrednio do Federalnego Urzędu Kryminalnego albo Celnego Urzędu Kryminalnego,

- b) in den Fällen, in denen sich die kontrollierte Lieferung in der Bundesrepublik Deutschland voraussichtlich auf das Grenzgebiet nach Artikel 3 beschränkt, kann das Ersuchen auch an die jeweils zuständigen Landeskriminalämter nach Artikel 2 Absatz 3 Nummer 2 Buchstabe a Anstriche 3 und 4 bzw. Behörden nach Artikel 2 Absatz 3 Nummer 2 Buchstabe a Anstriche 1 und 2 oder die Zollfahndungsämter nach Artikel 2 Absatz 3 Nummer 2 Buchstabe c Anstriche 7 bis 9 gerichtet werden, die auch das Bundeskriminalamt bzw. das Zollkriminalamt unterrichten.

(3) Die ersuchte Partei übernimmt die Überwachung der kontrollierten Lieferung am Ort des Grenzübertritts oder an einem anderen vereinbarten Ort. Die zuständige Behörde der ersuchten Partei stellt die weitere ständige Überwachung der kontrollierten Lieferung in der Form sicher, dass die Möglichkeit des Zugriffs auf die Lieferung und der Festnahme der Täter zu jeder Zeit gegeben ist. Bei Bedarf können die zuständigen Behörden der Parteien vereinbaren, dass die kontrollierte Lieferung durch die Beamten der Behörden beider Parteien durchgeführt wird. In diesem Fall sind die Beamten der Behörden der ersuchenden Partei an das innerstaatliche Recht der ersuchten Partei gebunden und verpflichtet, die Anweisungen von deren Beamten zu befolgen. Auf Verlangen der ersuchten Partei sind die Maßnahmen im Zusammenhang mit der kontrollierten Lieferung unverzüglich abzubauen. Die Verwertung der Ermittlungsergebnisse aus einer kontrollierten Lieferung ist nur in dem Umfang möglich, dem die zuständigen Behörden der ersuchten Partei zugestimmt haben.

(4) Auf Ersuchen kann die ersuchte Partei eine kontrollierte Lieferung nach Absatz 1 in ihrem Hoheitsgebiet durchführen, wenn in Bezug auf diese Lieferung der begründete Verdacht besteht, dass sie in das Hoheitsgebiet der ersuchenden Partei transportiert werden wird. Die Erledigung des Ersuchens kann von der ersuchten Partei von Bedingungen nach Maßgabe ihres innerstaatlichen Rechts abhängig gemacht werden. Absatz 2 findet entsprechend Anwendung. Die Parteien vereinbaren die Einzelheiten der Übernahme der kontrollierten Lieferung.

(5) Sofern wegen besonderer Dringlichkeit ein Ersuchen nach Absatz 1 nicht gestellt werden kann und die Gefahr des Verlustes einer kontrollierten Lieferung besteht, wird ausnahmsweise die Fortsetzung der begonnenen Maßnahmen im Hoheitsgebiet der anderen Partei zugelassen. In diesem Fall gilt:

1. Die zuständige Behörde nach Absatz 2 ist unverzüglich nach Grenzübertritt zu benachrichtigen.
2. Ein Ersuchen nach Absatz 1, das eine Begründung für die besondere Dringlichkeit und die Fortsetzung der Maßnahmen ohne vorherige Bewilligung enthält, ist unverzüglich nachzureichen.

Auf Verlangen der ersuchten Partei sind die Maßnahmen im Zusammenhang mit der kontrollierten Lieferung unverzüglich abzubauen und die zuständige Behörde der anderen Partei über die bis dahin durchgeführten Maßnahmen in deren Hoheitsgebiet zu unterrichten.

(6) Ein Ersuchen um kontrollierte Lieferung, die in einem Drittstaat beginnt oder fortgesetzt wird, wird nur dann bewilligt, wenn das Ersuchen die Zusicherung enthält, dass die Erfüllung der Voraussetzungen gemäß Absatz 3 Sätze 2 und 3 durch den Drittstaat gewährleistet wird.

(7) Zur Durchführung einer kontrollierten Lieferung nach diesem Artikel sind Beamte

1. auf Seiten der Republik Polen
 - a) der Polizei,
 - b) des Grenzschutzes und
 - c) der Agentur für Innere Sicherheit;

- b) in den Fällen, in denen sich die kontrollierte Lieferung in der Bundesrepublik Deutschland voraussichtlich auf das Grenzgebiet nach Artikel 3 beschränkt, kann das Ersuchen auch an die jeweils zuständigen Landeskriminalämter nach Artikel 2 Absatz 3 Nummer 2 Buchstabe a Anstriche 3 und 4 bzw. Behörden nach Artikel 2 Absatz 3 Nummer 2 Buchstabe a Anstriche 1 und 2 oder die Zollfahndungsämter nach Artikel 2 Absatz 3 Nummer 2 Buchstabe c Anstriche 7 bis 9 gerichtet werden, die auch das Bundeskriminalamt bzw. das Zollkriminalamt unterrichten.

3. Strona wezwana przejmuje nadzór nad przesyłką niejawnie nadzorowaną w miejscu przekroczenia granicy lub w innym uzgodnionym miejscu. Właściwy organ Strony wezwanej zapewnia dalszy ciągły nadzór nad przesyłką niejawnie nadzorowaną w takiej formie, by w każdym momencie zapewniona była możliwość jej przechwycenia i zatrzymania sprawców. W razie potrzeby właściwe organy Stron mogą uzgodnić, że przesyłka niejawnie nadzorowana będzie przeprowadzana przez funkcjonariuszy organów obu Stron. W takim przypadku funkcjonariusze organów Strony wzywającej są związani prawem wewnętrznym Strony wezwanej i są zobowiązani do wykonywania poleceń jej funkcjonariuszy. Na żądanie Strony wezwanej należy niezwłocznie przerwać czynności związane z przesyłką niejawnie nadzorowaną. Korzystanie z wyników czynności niejawnego nadzorowania przesyłki możliwe jest tylko w zakresie, na jaki wyraziły zgodę właściwe organy Strony wezwanej.

4. Na wniosek, Strona wezwana może prowadzić przesyłkę niejawnie nadzorowaną, o której mowa w ustępie 1, na jej Terytorium, co do której istnieje uzasadnione podejrzenie, że będzie transportowana na Terytorium Strony wzywającej. Realizację wniosku Strona wezwana może uzależnić od spełnienia warunków zgodnie ze swoim prawem wewnętrznym. Ustęp 2 stosuje się odpowiednio. Strony uzgadniają szczegóły przejęcia nadzoru nad przesyłką niejawnie nadzorowaną.

5. Jeżeli ze szczególnie pilnych powodów nie jest możliwe wystąpienie z wnioskiem, o którym mowa w ustępie 1, i istnieje niebezpieczeństwo utraty przesyłki niejawnie nadzorowanej, dopuszcza się w drodze wyjątku kontynuowanie rozpoczętych czynności na Terytorium drugiej Strony. W takim przypadku:

- 1) niezwłocznie po przekroczeniu granicy, powiadamia się organ właściwy, o którym mowa w ustępie 2;
- 2) niezwłocznie składa się wniosek, o którym mowa w ustępie 1, zawierający uzasadnienie szczególnie pilnych powodów i kontynuowania czynności bez uprzedniej zgody.

Na żądanie Strony wezwanej należy niezwłocznie przerwać czynności związane z przesyłką niejawnie nadzorowaną i poinformować właściwy organ drugiej Strony o czynnościach dotychczas przeprowadzonych na jej Terytorium.

6. Zgoda na wniosek w sprawie przesyłki niejawnie nadzorowanej rozpoczynającej się lub kontynuowanej w państwie trzecim udzielana jest tylko wtedy, gdy wniosek zawiera zapewnienie o spełnieniu przez państwo trzecie warunków, o których mowa w ustępie 3 zdania 2 i 3.

7. Uprawnionymi do prowadzenia przesyłki niejawnie nadzorowanej, o której mowa w niniejszym artykule, są funkcjonariusze:

- 1) po stronie Rzeczypospolitej Polskiej:
 - a) Policji,
 - b) Straży Granicznej,
 - c) Agencji Bezpieczeństwa Wewnętrznego;

2. auf Seiten der Bundesrepublik Deutschland
 - a) der Polizeien des Bundes,
 - b) der Polizeien der Länder und
 - c) der Zollverwaltung

befugt.

Artikel 22

Grenzüberschreitende Observation

(1) Die grenzüberschreitende Observation wird nach Artikel 40 des Schengener Durchführungsübereinkommens mit folgenden Ergänzungen durchgeführt. Die Bewilligung der Durchführung einer grenzüberschreitenden Observation wird erteilt durch

1. auf Seiten der Republik Polen
 - a) den Woiwodschaftskommandanten der Polizei, den Kommandanten der Grenzschutzabteilung oder den Direktor der Zollkammer, wenn die grenzüberschreitende Observation ausschließlich im Gebiet ihrer örtlichen Zuständigkeit durchgeführt werden soll;
 - b) den Hauptkommandanten der Polizei, den Hauptkommandanten des Grenzschutzes oder den Chef des Zolldienstes, wenn die grenzüberschreitende Observation im Gebiet der örtlichen Zuständigkeit von mehreren Grenzbehörden oder im gesamten Hoheitsgebiet durchgeführt werden soll, oder
 - c) den Chef der Agentur für Innere Sicherheit;

2. auf Seiten der Bundesrepublik Deutschland

die Staatsanwaltschaft, in deren Bezirk der Grenzübertritt voraussichtlich erfolgen soll. Sofern bekannt ist, dass eine andere als die in Satz 1 bezeichnete Staatsanwaltschaft in derselben Sache bereits ein Verfahren führt, ist das Ersuchen an diese Staatsanwaltschaft zu richten.

(2) Im Falle einer grenzüberschreitenden Observation wegen besonderer Dringlichkeit nach Artikel 40 Absatz 2 des Schengener Durchführungsübereinkommens

1. ist über den Grenzübertritt unverzüglich zu benachrichtigen
 - a) auf Seiten der Republik Polen
 - der Woiwodschaftskommandant der Polizei, der Kommandant der Grenzschutzabteilung oder der Direktor der Zollkammer, die für den voraussichtlichen Ort des Grenzübertritts zuständig sind, oder
 - der Chef der Agentur für Innere Sicherheit;
 - b) auf Seiten der Bundesrepublik Deutschland
 - das Bundeskriminalamt bzw. das Bundespolizeipräsidium bzw. das Zollkriminalamt oder
 - soweit jeweils der örtliche Zuständigkeitsbereich betroffen ist: das Landeskriminalamt Mecklenburg-Vorpommern bzw. das Polizeipräsidium des Landes Brandenburg bzw. der Polizeipräsident in Berlin bzw. das Landeskriminalamt Sachsen, die auch das Bundeskriminalamt bzw. das Zollkriminalamt unterrichten;

2. wird die grenzüberschreitende Observation abgebrochen, wenn diese nicht innerhalb von zwölf Stunden nach Grenzübertritt bewilligt wurde.

(3) Die grenzüberschreitende Observation kann auch zum Zwecke der Verhinderung einer auslieferungsfähigen Straftat durchgeführt werden, für die Artikel 40 Absätze 1 und 3 des Schengener Durchführungsübereinkommens entsprechend Anwendung finden. In diesem Fall gilt:

1. Die Bewilligung der Durchführung einer grenzüberschreitenden Observation wird erteilt durch

- 2) po stronie Republiki Federalnej Niemiec:
 - a) policji Federacji,
 - b) policji krajów związkowych,
 - c) administracji celnej.

Artykuł 22

Obserwacja transgraniczna

1. Obserwacja transgraniczna prowadzona jest zgodnie z artykułem 40 Konwencji wykonawczej do Układu z Schengen z następującymi uzupełnieniami. Zgodę na prowadzenie obserwacji transgranicznej udziela:

- 1) po stronie Rzeczypospolitej Polskiej:
 - a) Komendant Wojewódzki Policji, Komendant Oddziału Straży Granicznej albo Dyrektor Izby Celnej – w przypadku gdy obserwacja transgraniczna ma być prowadzona wyłącznie na obszarze objętym ich właściwością miejscową,
 - b) Komendant Główny Policji, Komendant Główny Straży Granicznej albo Szef Służby Celnej – w przypadku gdy obserwacja transgraniczna ma być prowadzona na obszarze właściwości miejscowej kilku organów przygranicznych lub na Terytorium całego Państwa albo,
 - c) Szef Agencji Bezpieczeństwa Wewnętrznego,

- 2) po stronie Republiki Federalnej Niemiec:

prokuratura, w której rejonie ma przypuszczalnie nastąpić przekroczenie granicy. Jeżeli wiadomo, że inna prokuratura niż ta, o której mowa w zdaniu 1, prowadzi już w tej samej sprawie postępowanie, wniosek należy kierować do tej prokuratury.

2. W przypadku obserwacji transgranicznej ze szczególnie pilnych powodów, o której mowa w artykule 40 ustęp 2 Konwencji wykonawczej do Układu z Schengen:

- 1) o przekroczeniu granicy należy niezwłocznie powiadomić:
 - a) po stronie Rzeczypospolitej Polskiej:
 - Komendanta Wojewódzkiego Policji, Komendanta Oddziału Straży Granicznej albo Dyrektora Izby Celnej właściwych ze względu na przypuszczalne miejsce przekroczenia granicy państwowej albo,
 - Szefa Agencji Bezpieczeństwa Wewnętrznego,
 - b) po stronie Republiki Federalnej Niemiec:
 - Federalny Urząd Kryminalny, Prezydium Policji Federalnej lub Celny Urząd Kryminalny lub
 - o ile dotyczy to danego obszaru właściwości miejscowej: Krajowy Urząd Kryminalny Meklemburgii-Pomorza Przedniego względnie Prezydium Policji Kraju Związkowego Brandenburgii lub Prezydent Policji w Berlinie, względnie Krajowy Urząd Kryminalny Saksonii, które również powiadamiają Federalny Urząd Kryminalny lub Celny Urząd Kryminalny;

- 2) obserwacja transgraniczna zostaje przerwana, jeśli nie udzielono na nią zgody w ciągu dwunastu godzin od przekroczenia granicy.

3. Obserwacja transgraniczna może być prowadzona także w celu zapobieżenia popełnieniu przestępstwa, mogącego stanowić podstawę do ekstradycji, do której ma odpowiednie zastosowanie artykuł 40 ustępy 1 i 3 Konwencji wykonawczej do Układu z Schengen. W takim przypadku:

- 1) zgodę na prowadzenie obserwacji transgranicznej udziela:

- a) auf Seiten der Republik Polen
- den Woiwodschaftskommandanten der Polizei, den Kommandanten der Grenzschutzabteilung oder den Direktor der Zollkammer, wenn die grenzüberschreitende Observation ausschließlich im Gebiet ihrer örtlichen Zuständigkeit durchgeführt werden soll;
 - den Hauptkommandanten der Polizei, den Hauptkommandanten des Grenzschutzes oder den Chef des Zolldienstes, wenn die grenzüberschreitende Observation im Gebiet der örtlichen Zuständigkeiten von mehreren Grenzbehörden oder im gesamten Hoheitsgebiet durchgeführt werden soll, oder
 - den Chef der Agentur für Innere Sicherheit;
- b) auf Seiten der Bundesrepublik Deutschland
- das Bundeskriminalamt bzw. das Bundespolizeipräsidium bzw. das Zollkriminalamt oder
 - das Landeskriminalamt Mecklenburg-Vorpommern bzw. das Polizeipräsidium des Landes Brandenburg bzw. den Polizeipräsidenten in Berlin bzw. das Landeskriminalamt Sachsen.
2. Sofern wegen besonderer Dringlichkeit nicht um Bewilligung der Durchführung einer solchen grenzüberschreitenden Observation ersucht werden kann, sind die Beamten der einen Partei befugt, diese im Hoheitsgebiet der anderen Partei fortzusetzen. In diesem Fall finden Artikel 40 Absatz 2 des Schengener Durchführungsübereinkommens sowie Absatz 2 dieses Artikels entsprechend Anwendung.
- (4) Die grenzüberschreitende Observation nach den Absätzen 1 bis 3 wird in Ergänzung zu Artikel 40 Absätze 1 und 3 des Schengener Durchführungsübereinkommens nach folgenden Bedingungen durchgeführt:
1. Das Ersuchen um Bewilligung der Durchführung einer grenzüberschreitenden Observation ist zu übermitteln über
- a) auf Seiten der Republik Polen
- das SIRENE-Büro nach Vorschriften der Europäischen Union über die Einrichtung, den Betrieb und die Nutzung des Schengener Informationssystems der zweiten Generation (SIS II), wenn die grenzüberschreitende Observation im Gebiet der örtlichen Zuständigkeiten von mehreren Grenzbehörden oder im gesamten Hoheitsgebiet geführt werden soll oder wenn das Ersuchen an den Chef der Agentur für Innere Sicherheit gerichtet wird;
 - das Gemeinsame Zentrum, wenn die grenzüberschreitende Observation ausschließlich im Gebiet der örtlichen Zuständigkeit einer Grenzbehörde geführt werden soll. In diesem Fall wird das Ersuchen um Bewilligung der Durchführung einer grenzüberschreitenden Observation an das SIRENE-Büro zur Kenntnisnahme übermittelt;
- b) auf Seiten der Bundesrepublik Deutschland
- das Bundeskriminalamt oder das Zollkriminalamt oder
 - in den Fällen, in denen sich die grenzüberschreitende Observation voraussichtlich auf das Grenzgebiet nach Artikel 3 beschränkt, auch direkt an die jeweils zuständigen Landeskriminalämter nach Artikel 2 Absatz 3 Nummer 2 Buchstabe a Anstriche 3 und 4 bzw. Behörden nach Artikel 2 Absatz 3 Nummer 2 Buchstabe a Anstriche 1 und 2, die auch das Bundeskriminalamt unterrichten,
- die die unverzügliche Weiterleitung des Ersuchens an die zuständige Behörde, die für die Bewilligung der Durchführung der grenzüberschreitenden Observation befugt ist, sicherstellen. Die zuständige Behörde der ersuchenden Partei benachrichtigt unverzüglich auch das Gemeinsame Zentrum.
- a) po stronie Rzeczypospolitej Polskiej:
- Komendant Wojewódzki Policji, Komendant Oddziału Straży Granicznej albo Dyrektor Izby Celnej – w przypadku, gdy obserwacja transgraniczna ma być prowadzona wyłącznie na obszarze objętym ich właściwością miejscową,
 - Komendant Główny Policji, Komendant Główny Straży Granicznej albo Szef Służby Celnej – w przypadku, gdy obserwacja transgraniczna ma być prowadzona na obszarze właściwości miejscowej kilku organów przygranicznych lub na Terytorium całego Państwa albo,
 - Szef Agencji Bezpieczeństwa Wewnętrznego,
- b) po stronie Republiki Federalnej Niemiec:
- Federalny Urząd Kryminalny, Prezydium Policji Federalnej lub Celny Urząd Kryminalny lub,
 - Krajowy Urząd Kryminalny Meklemburgii-Pomorza Przedniego względnie Prezydium Policji Kraju Związkowego Brandenburgii lub Prezydent Policji w Berlinie, względnie Krajowy Urząd Kryminalny Saksonii;
- 2) jeżeli ze szczególnie pilnych powodów nie jest możliwe wystąpienie z wnioskiem o udzielenie zgody na prowadzenie takiej obserwacji transgranicznej, funkcjonariusze jednej Strony są uprawnieni do jej kontynuowania na Terytorium drugiej Strony. W takim przypadku stosuje się odpowiednio artykuł 40 ustęp 2 Konwencji wykonawczej do Układu z Schengen oraz ustęp 2 niniejszego artykułu.
4. Obserwacja transgraniczna, o której mowa w ustępach 1 – 3, jako uzupełnienie do artykułu 40 ustępy 1 i 3 Konwencji wykonawczej do Układu z Schengen, prowadzona jest zgodnie z następującymi warunkami:
- 1) Wniosek o udzielenie zgody na prowadzenie obserwacji transgranicznej przekazuje się za pośrednictwem:
- a) po stronie Rzeczypospolitej Polskiej:
- biura Sirene, o którym mowa w przepisach Unii Europejskiej w sprawie utworzenia, funkcjonowania i użytkowania Systemu Informacyjnego Schengen drugiej generacji (SIS II) – w przypadku, gdy obserwacja transgraniczna ma być prowadzona na obszarze właściwości miejscowej kilku organów przygranicznych lub na Terytorium całego Państwa albo gdy wniosek jest kierowany do Szefa Agencji Bezpieczeństwa Wewnętrznego,
 - centrum współpracy – w przypadku gdy obserwacja transgraniczna ma być prowadzona wyłącznie na obszarze objętym właściwością miejscową organu przygranicznego. W takim przypadku wniosek o udzielenie zgody na przeprowadzenie obserwacji transgranicznej przekazuje się do wiadomości biura Sirene,
- b) po stronie Republiki Federalnej Niemiec:
- Federalnego Urzędu Kryminalnego lub Celnego Urzędu Kryminalnego lub,
 - w przypadkach, gdy obserwacja transgraniczna ograniczy się przypuszczalnie do obszaru przygranicznego, o którym mowa w artykule 3, również bezpośrednio do każdorazowo właściwych krajowych urzędów kryminalnych, o których mowa w artykule 2 ustęp 3 punkt 2 litera a tirety 3 i 4, lub organów, o których mowa w artykule 2 ustęp 3 punkt 2 litera a tirety 1 i 2, które również powiadamiają Federalny Urząd Kryminalny,
- które zapewniają niezwłoczne przekazanie wniosku właściwemu organowi uprawnionemu do udzielenia zgody na prowadzenie obserwacji transgranicznej. Właściwy organ Strony wzywającej powiadamia niezwłocznie również centrum współpracy.

2. Die zuständigen Behörden beider Parteien können entscheiden, die grenzüberschreitende Observation gemeinsam durchzuführen. Die im Hoheitsgebiet der anderen Partei observierenden Beamten unterliegen der Leitung der Beamten der zuständigen Behörde der Partei, in deren Hoheitsgebiet die grenzüberschreitende Observation durchgeführt wird.
3. Die im Hoheitsgebiet der anderen Partei observierenden Beamten sind befugt, die observierte Person auf frischer Tat bei der Begehung einer Straftat vorläufig festzunehmen, zu kontrollieren, ob sie Gegenstände mit sich führt, die die Sicherheit, Leib oder Leben von Personen gefährden, solche Gegenstände gegebenenfalls sicherzustellen und die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, die die Flucht einer vorläufig festgenommenen Person verhindern. Die Beamten sind verpflichtet, diese Person unverzüglich den Beamten der anderen Partei zu übergeben und ihnen alle Informationen im Zusammenhang mit der vorläufigen Festnahme zu übermitteln.
4. Abschriften oder Kopien von Materialien, die während der grenzüberschreitenden Observation im Hoheitsgebiet der anderen Partei gewonnen wurden, können der Partei, in deren Hoheitsgebiet die grenzüberschreitende Observation durchgeführt wurde, auf ihr Ersuchen, nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts der ersuchten Partei, übergeben werden.
 - (5) Behörden, die zur Bewilligung eines Ersuchens um Durchführung einer grenzüberschreitenden Observation befugt sind, können ein Ersuchen um Durchführung einer solchen Observation im eigenen Hoheitsgebiet durch Beamte der anderen Partei stellen. In diesem Fall gilt dieses Ersuchen gleichzeitig als Bewilligung des Grenzübertritts und der Durchführung der grenzüberschreitenden Observation für die Beamten der anderen Partei. Das Gemeinsame Zentrum ist unverzüglich über Ort und Zeit des Grenzübertritts durch die Beamten der anderen Partei zu benachrichtigen. Die Absätze 1, 3 und 4 finden entsprechend Anwendung.

(6) Zur Durchführung der grenzüberschreitenden Observation nach diesem Artikel sind Beamte

1. auf Seiten der Republik Polen
 - a) der Polizei,
 - b) des Grenzschutzes,
 - c) des Zolldienstes und
 - d) der Agentur für Innere Sicherheit;
 2. auf Seiten der Bundesrepublik Deutschland
 - a) der Polizeien des Bundes,
 - b) der Polizeien der Länder und
 - c) des Zollfahndungsdienstes
- befugt.

Artikel 23 **Tarnmittel**

(1) Die Beamten haben im Rahmen der Zusammenarbeit nach den Artikeln 20 bis 22 das Recht, während der Durchführung der Maßnahmen Tarnmittel zu verwenden, die von beiden Parteien als Mittel verstanden werden, die die Identifizierung der Beamten sowie der Mittel, die sie während der Durchführung der Maßnahmen einsetzen, insbesondere Tarnpapiere und Tarnkennzeichen, verhindern.

(2) Die zuständigen Behörden der ersuchten Partei gewährleisten nach Maßgabe ihres innerstaatlichen Rechts die Möglichkeit für die ersuchende Partei, die für die Durchführung der Maßnahmen notwendigen Tarnmittel zu erhalten.

(3) Die zuständigen Behörden der ersuchten Partei können die Art und Weise der Nutzung, der Aufbewahrung und der Rückgabe der Tarnmittel sowie das Verfahren im Falle ihres Verlustes oder ihrer Vernichtung festlegen.

- 2) Właściwe organy obu Stron mogą podjąć decyzję o wspólnym prowadzeniu obserwacji transgranicznej. Funkcjonariusze prowadzący obserwację na Terytorium drugiej Strony podlegają kierownictwu funkcjonariuszy właściwego organu Strony, na której Terytorium prowadzona jest obserwacja transgraniczna;
- 3) Funkcjonariusze prowadzący obserwację na Terytorium drugiej Strony są uprawnieni do ujęcia osoby obserwowanej na gorącym uczynku przestępstwa, sprawdzenia, czy nie posiada ona przy sobie przedmiotów zagrażających bezpieczeństwu, życiu lub zdrowiu osób, ewentualnego zabezpieczenia takich przedmiotów i podjęcia niezbędnych działań uniemożliwiających ucieczkę ujętej osoby. Funkcjonariusze są zobowiązani do niezwłocznego przekazania tej osoby funkcjonariuszom drugiej Strony i przekazania im wszelkich informacji związanych z ujęciem;
- 4) Odpisy lub kopie materiałów, pozyskanych w trakcie obserwacji transgranicznej na Terytorium drugiej Strony mogą zostać przekazane Stronie, na której Terytorium prowadzona jest obserwacja transgraniczna, na jej wniosek, zgodnie z prawem wewnętrznym Strony wezwanej.
 5. Organy uprawnione do udzielania zgody na prowadzenie obserwacji transgranicznej mogą występować z wnioskiem o prowadzenie takiej obserwacji na własnym Terytorium przez funkcjonariuszy drugiej Strony. W takim przypadku ten wniosek stanowi dla funkcjonariuszy drugiej Strony równocześnie zgodę na przekroczenie granicy i prowadzenie obserwacji transgranicznej. Informacja o miejscu i czasie przekroczenia granicy przez funkcjonariuszy drugiej Strony przekazywana jest niezwłocznie centrum współpracy. Stosuje się odpowiednio ustępy 1, 3 i 4.
6. Uprawnionymi do wykonywania obserwacji transgranicznej, o której mowa w niniejszym artykule, są funkcjonariusze:
 - 1) po stronie Rzeczypospolitej Polskiej:
 - a) Policji,
 - b) Straży Granicznej,
 - c) Służby Celnej,
 - d) Agencji Bezpieczeństwa Wewnętrznego;
 - 2) po stronie Republiki Federalnej Niemiec:
 - a) policji Federacji,
 - b) policji krajów związkowych,
 - c) Służby Ścigania Celnego.

Artykuł 23 **Środki kamuflujące**

1. W ramach współpracy, o której mowa w artykułach 20 – 22, funkcjonariusze podczas wykonywania czynności mają prawo do stosowania środków kamuflujących, rozumianych przez obie Strony jako środki, które uniemożliwiają identyfikację funkcjonariuszy oraz środków, którymi posługują się podczas wykonywania czynności, w szczególności dokumentów kamuflujących oraz kamuflujących tablic rejestracyjnych.

2. Właściwe organy Strony wezwanej zgodnie ze swoim prawem wewnętrznym zapewniają Stronie wzywającej możliwość pozyskania środków kamuflujących niezbędnych do przeprowadzenia czynności.

3. Właściwe organy Strony wezwanej mogą określić sposób wykorzystania, przechowywania i zwrotu środków kamuflujących oraz procedurę w przypadku ich utraty lub zniszczenia.

Artikel 24**Sondertechnik**

(1) Beamte der zuständigen Behörden einer Partei, die Maßnahmen nach den Artikeln 20 bis 22 durchführen, können erforderliche Sondertechnik im Hoheitsgebiet der anderen Partei einsetzen, sofern

1. auf Grund eines Ersuchens um Bewilligung der Durchführung dieser Maßnahmen die zuständige Behörde der Partei, in deren Hoheitsgebiet diese Maßnahmen durchgeführt werden, die Bewilligung für ihren Einsatz erteilt hat;
2. dies nach dem innerstaatlichen Recht der Partei, in deren Hoheitsgebiet diese Maßnahmen durchgeführt werden, zulässig ist.

(2) Das Ersuchen nach Absatz 1 Nummer 1 enthält eine Liste der Sondertechnik, die von Beamten, die Maßnahmen nach den Artikeln 20 bis 22 im Hoheitsgebiet der anderen Partei durchführen, eingesetzt werden können.

(3) Im Falle besonderer Dringlichkeit nach Artikel 20 Absatz 6, Artikel 21 Absatz 5 oder Artikel 22 Absatz 2 und Absatz 3 Nummer 2 wird ebenfalls über die eingesetzte Sondertechnik benachrichtigt.

Artikel 25**Grenzüberschreitende Nacheile**

(1) Die grenzüberschreitende Nacheile wird nach Artikel 41 des Schengener Durchführungsübereinkommens mit den in diesem Artikel niedergelegten Ergänzungen durchgeführt.

(2) Die Beamten, die die grenzüberschreitende Nacheile im Hoheitsgebiet der anderen Partei durchführen, benachrichtigen spätestens bei Grenzübertritt die zuständigen Behörden dieser Partei über voraussichtlichen Ort und Zeit des Grenzübertritts durch die verfolgte Person und die die grenzüberschreitende Nacheile durchführenden Beamten sowie über die von ihnen mitgeführten Waffen und technische Ausrüstung

1. auf Seiten der Republik Polen
 - a) den für den Ort des Grenzübertritts zuständigen Kommandanten der Grenzschutzabteilung,
 - b) den Hauptkommandanten der Polizei,
 - c) den Chef des Zolldienstes oder
 - d) den Chef der Agentur für Innere Sicherheit;
2. auf Seiten der Bundesrepublik Deutschland
die für den voraussichtlichen Ort des Grenzübertritts zuständigen Polizei- oder Zollbehörden.

Die Beamten, die die grenzüberschreitende Nacheile durchführen, benachrichtigen unverzüglich auch das Gemeinsame Zentrum.

(3) Die grenzüberschreitende Nacheile wird in Ergänzung zu Artikel 41 Absatz 5 des Schengener Durchführungsübereinkommens nach folgenden Bedingungen durchgeführt:

1. Die Beamten der zuständigen Behörden der Partei, in deren Hoheitsgebiet die grenzüberschreitende Nacheile fortgesetzt wird, können an dieser mitwirken. In diesem Fall wird die grenzüberschreitende Nacheile von den Beamten der zuständigen Behörden der Partei, in deren Hoheitsgebiet diese fortgesetzt wird, koordiniert; die Beamten der anderen Partei richten sich nach den Anweisungen der Beamten, die die Koordinierung vornehmen.
2. Die grenzüberschreitende Nacheile wird ohne räumliche und zeitliche Begrenzung, auch über die Luft- und Wassergrenzen, durchgeführt.

Artykuł 24**Środki techniki specjalnej**

1. Funkcjonariusze właściwych organów jednej Strony, którzy prowadzą czynności, o których mowa w artykułach 20 – 22, mogą stosować niezbędne środki techniki specjalnej na Terytorium drugiej Strony, o ile:

- 1) na podstawie wniosku o udzielenie zgody na prowadzenie tych czynności właściwy organ Strony, na której Terytorium prowadzone są te czynności, wydał zgodę na ich stosowanie;
- 2) jest to dopuszczalne w świetle prawa wewnętrznego Strony, na której Terytorium prowadzone będą te czynności.

2. Wniosek, o którym mowa w ustępie 1 punkt 1, zawiera listę środków techniki specjalnej, które będą mogły być stosowane na Terytorium drugiej Strony przez funkcjonariuszy prowadzących czynności, o których mowa w artykule 20 – 22.

3. W szczególnie pilnym przypadku, o którym mowa w artykule 20 ustęp 6, artykule 21 ustęp 5 lub artykule 22 ustęp 2 i ustęp 3 punkt 2 powiadamia się również o stosowanych środkach techniki specjalnej.

Artykuł 25**Pościg transgraniczny**

1. Pościg transgraniczny prowadzony jest zgodnie z artykułem 41 Konwencji wykonawczej do Układu z Schengen, z uzupełnieniami zapisanymi w niniejszym artykule.

2. Najpóźniej w momencie przekraczania granicy funkcjonariusze prowadzący pościg transgraniczny na Terytorium drugiej Strony powiadamiają właściwe organy tej Strony o przypuszczalnym miejscu i czasie przekroczenia granicy przez ściganą osobę i przez funkcjonariuszy prowadzących pościg transgraniczny oraz o posiadanej przez nich broni i wyposażeniu technicznym:

- 1) po stronie Rzeczypospolitej Polskiej:
 - a) Komendanta Oddziału Straży Granicznej właściwego ze względu na miejsce przekroczenia granicy,
 - b) Komendanta Głównego Policji,
 - c) Szefa Służby Celnej lub,
 - d) Szefa Agencji Bezpieczeństwa Wewnętrznego;
- 2) po stronie Republiki Federalnej Niemiec:
organy policyjne lub celne właściwe dla przypuszczalnego miejsca przekroczenia granicy.

Funkcjonariusze prowadzący pościg transgraniczny powiadamiają niezwłocznie również centrum współpracy.

3. Pościg transgraniczny, w uzupełnieniu do artykułu 41 ustęp 5 Konwencji wykonawczej do Układu z Schengen, prowadzony jest zgodnie z następującymi warunkami:

- 1) funkcjonariusze właściwych organów Strony, na której Terytorium kontynuowany jest pościg transgraniczny, mogą współdziałać w tym pościgu. W takim przypadku pościg transgraniczny koordynują funkcjonariusze właściwych organów Strony, na której Terytorium jest on kontynuowany; funkcjonariusze drugiej Strony działają zgodnie z poleceniami funkcjonariuszy, którzy sprawują koordynację;
- 2) pościg transgraniczny prowadzony jest bez ograniczenia w przestrzeni lub w czasie, także przez granicę powietrzną i wodną;

3. Die Beamten, die die grenzüberschreitende Nacheile im Hoheitsgebiet der anderen Partei durchführen, sind zum Anhalten von Fahrzeugen befugt.
4. Wird die verfolgte Person vorläufig festgenommen, ist sie unverzüglich den Beamten der Partei, in deren Hoheitsgebiet die grenzüberschreitende Nacheile fortgesetzt wird, zu übergeben.
(4) Artikel 22 Absatz 6 findet entsprechend Anwendung.
- 3) funkcjonariusze, prowadzący pościg transgraniczny na Terytorium drugiej Strony, są uprawnieni do zatrzymywania pojazdów;
- 4) w przypadku, gdy ścigana osoba zostanie ujęta, jest ona niezwłocznie przekazywana funkcjonariuszom Strony, na której Terytorium kontynuowany jest pościg transgraniczny.
4. Artykuł 22 ustęp 6 stosuje się odpowiednio.

Artikel 26

Überstellung von Personen mit Freiheitsentzug

Die Überstellung von Personen mit Freiheitsentzug, die auf der Grundlage völkerrechtlicher Verträge überstellt werden, kann an entsprechend vorbereiteten Stellen in der Nähe der Festlandgrenze oder auf Flughäfen in der von den zuständigen Behörden vereinbarten Art und Weise erfolgen.

Kapitel V

Zusammenarbeit in den Grenzgebieten

Artikel 27

Gemeinsames Zentrum der Polizei-, Grenz- und Zollzusammenarbeit

(1) Im Hoheitsgebiet einer Partei wird ein Gemeinsames Zentrum der Polizei-, Grenz- und Zollzusammenarbeit eingerichtet, in diesem Abkommen „Gemeinsames Zentrum“ genannt. Das Gemeinsame Zentrum wird durch Bedienstete der zuständigen Behörden besetzt. Die Bediensteten des Gemeinsamen Zentrums unterstehen der Weisungs- und Disziplinargewalt ihrer nationalen Vorgesetzten.

(2) Die Aufgaben des Gemeinsamen Zentrums sind:

1. Austausch, Analyse und Übermittlung von Informationen im Rahmen der Durchführung dieses Abkommens in den Grenzgebieten,
2. Unterstützung bei der Durchführung der Zusammenarbeit nach diesem Abkommen.

(3) Die Bediensteten des Gemeinsamen Zentrums sind nicht zur selbständigen Durchführung operativer Einsätze befugt.

(4) Das Gemeinsame Zentrum ist auf der Grundlage einer Vereinbarung der Parteien tätig, die insbesondere den Umfang sowie die Art und Weise der Zusammenarbeit, darunter die Kosten der Errichtung, der Ausstattung und des Betriebes, festlegt.

Artikel 28

Sonstige Stellen der Zusammenarbeit

Die zuständigen Behörden können Stellen der Zusammenarbeit, insbesondere gemeinsame Dienststellen der Polizei-, Grenz- und Zollbehörden, dauerhaft oder zeitlich befristet einrichten. Die zuständigen Behörden legen dafür insbesondere Umfang und die Art und Weise der Zusammenarbeit, darunter die Kosten der Errichtung, Ausstattung und des Betriebes, fest.

Artikel 29

Vorübergehende Wiedereinführung von Grenzkontrollen

(1) Im Falle der vorübergehenden Wiedereinführung von Grenzkontrollen an den Binnengrenzen nach den Artikeln 23 bis 31 der Verordnung (EG) Nr. 562/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. März 2006 über einen Gemeinschaftskodex für das Überschreiten der Grenzen durch Personen (Schengener Grenzkodex) durch eine oder beide Parteien finden die folgenden Bestimmungen Anwendung:

Artykuł 26

Przekazywanie osób pozbawionych wolności

Przekazywanie osób pozbawionych wolności, przekazywanych na podstawie umów międzynarodowych, może odbywać się w odpowiednio przygotowanych miejscach w pobliżu granicy lądowej lub na lotniskach, w sposób uzgodniony przez właściwe organy.

Rozdział V

Współpraca na terenach przygranicznych

Artykuł 27

Centrum współpracy policyjnej, granicznej i celnej

1. Na Terytorium jednej Strony tworzy się centrum współpracy policyjnej, granicznej i celnej, zwane w niniejszej Umowie „centrum współpracy“. Obsadę centrum współpracy stanowią funkcjonariusze lub pracownicy właściwych organów. Funkcjonariusze i pracownicy działający w centrum współpracy podlegają rozkazom i poleceniom służbowym oraz władzy dyscyplinarnej swoich krajowych przełożonych.

2. Do zadań centrum współpracy należą:

- 1) wymienianie, analizowanie oraz przekazywanie informacji w ramach realizacji niniejszej Umowy na terenach przygranicznych;
- 2) udzielanie wsparcia przy realizacji współpracy zgodnie z niniejszą Umową.
3. Funkcjonariusze i pracownicy centrum współpracy nie są uprawnieni do samodzielnego prowadzenia czynności operacyjnych.

4. Centrum współpracy działa na podstawie porozumienia Stron, określającego w szczególności zakres i sposób współpracy, w tym koszty utworzenia, wyposażenia i funkcjonowania.

Artykuł 28

Inne punkty współpracy

Właściwe organy mogą powołać stałe lub na czas określony punkty współpracy funkcjonariuszy lub pracowników właściwych organów, w szczególności wspólne placówki służb policyjnych, granicznych i celnych. Właściwe organy ustalają w tym celu w szczególności, zakres, sposób i tryb współpracy, w tym koszty utworzenia, wyposażenia i funkcjonowania.

Artykuł 29

Tymczasowe przywrócenie kontroli granicznej

1. W przypadku tymczasowego przywrócenia kontroli granicznej na granicy wewnętrznej, o której mowa w artykułach 23 – 31 rozporządzenia (WE) nr 562/2006 Parlamentu Europejskiego i Rady z dnia 15 marca 2006 ustanawiającego wspólnotowy kodeks zasad regulujący przepływ osób przez granicę (kodeks graniczny Schengen), przez jedną lub obie Strony, stosuje się następujące postanowienia:

1. Im Hoheitsgebiet der anderen Partei können Grenzkontrollstellen eingerichtet werden, sofern
 - a) keine geeignete Örtlichkeit im eigenen Hoheitsgebiet zur Verfügung steht,
 - b) dies zur Durchführung von Grenzkontrollen erforderlich ist und
 - c) die zuständige Behörde der anderen Partei dieser Maßnahme im Einzelfall zugestimmt hat.
 2. Während der Grenzkontrollen im Hoheitsgebiet einer Partei werden von den Beamten der anderen Partei ausschließlich diejenigen Bestimmungen und Befugnisse zur Grenzkontrolle angewandt, die im Hoheitsgebiet der die Grenzkontrollen vorübergehend wieder einführenden Partei gelten und die diese Beamten besitzen. Bei den Grenzkontrollen sind Beamte der anderen Partei anwesend. Maßnahmen, die über die Vornahme der Grenzkontrolle hinausgehen, treffen die Beamten der zuständigen Behörde der Partei, in deren Hoheitsgebiet die Grenzkontrolle durchgeführt wird, nach ihrem innerstaatlichen Recht. Artikel 9 Absätze 2, 3 und 5 finden entsprechend Anwendung.
 3. Die Grenzkontrollen sind auf Verlangen der zuständigen Behörden der Partei, in deren Hoheitsgebiet sie durchgeführt werden, abzubrechen.
 - (2) Die Grenzkontrollstellen sollen sich so nahe wie möglich an der Grenze befinden.
 - (3) Grenzkontrollstellen können auch grenzüberschreitende Strecken des Eisenbahn- und Schiffsverkehrs sein.
 - (4) Die Zustimmung nach Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe c kann mit Bedingungen versehen werden.
 - (5) Die zuständigen Behörden nach Artikel 2 Absatz 2 Nummer 1 Buchstabe d sowie Artikel 2 Absatz 2 Nummer 2 Buchstabe d erstellen Verzeichnisse, in denen die in ihrem Hoheitsgebiet gelegenen und zur Einrichtung von Grenzkontrollstellen geeigneten Orte sowie die grenzüberschreitenden Eisenbahn- und Schiffsverkehrsstrecken benannt und beschrieben sind, tauschen diese Verzeichnisse aus und unterrichten einander unverzüglich über Änderungen.
 - (6) Die mit der Grenzkontrolle und den Grenzkontrollstellen zusammenhängenden Kosten werden von der Partei übernommen, die die Grenzkontrollen vorübergehend wieder einführt. In diesem Fall ist die Partei, in deren Hoheitsgebiet die Grenzkontrollen durchgeführt werden, für eine entsprechende Kennzeichnung der Grenzkontrollstellen sowie für die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung verantwortlich.
- 1) na Terytorium drugiej Strony mogą zostać utworzone punkty kontroli granicznej, o ile:
 - a) na własnym Terytorium nie ma do dyspozycji odpowiedniego miejsca,
 - b) jest to konieczne do przeprowadzenia kontroli granicznej i,
 - c) właściwy organ drugiej Strony wydał zgodę na te czynności w konkretnym przypadku;
 - 2) podczas kontroli granicznej na Terytorium jednej Strony funkcjonariusze drugiej Strony stosują wyłącznie te postanowienia i uprawnienia dotyczące kontroli granicznej, które obowiązują na Terytorium Strony tymczasowo przywracającej kontrolę graniczną i które ci funkcjonariusze posiadają. Przy kontroli granicznej są obecni funkcjonariusze drugiej Strony. Czynności wykraczające poza dokonywanie kontroli granicznej podejmują funkcjonariusze właściwego organu Strony, na której Terytorium prowadzona jest kontrola graniczna według swojego prawa wewnętrznego. Artykuł 9 ustępy 2, 3 i 5 stosuje się odpowiednio;
 - 3) kontrolę graniczną należy przerwać na żądanie właściwych organów Strony, na której Terytorium jest prowadzona.
 2. Punkty kontroli granicznej powinny znajdować się tak blisko granicy, jak to możliwe.
 3. Punktami kontroli granicznej mogą również być transgraniczne trasy ruchu kolejowego i statków.
 4. Zgoda, o której mowa w ustępie 1 punkt 1 litera c, może zawierać warunki.
 5. Właściwe organy, o których mowa w artykule 2 ustęp 2 punkt 1 litera d oraz artykule 2 ustęp 2 punkt 2 litera d, sporządzają wykazy, w których wyznaczone i opisane są miejsca położone na ich Terytorium odpowiednie do utworzenia punktów kontroli granicznej oraz transgraniczne trasy ruchu kolejowego i statków, wymieniają te wykazy i wzajemnie, niezwłocznie powiadamiają się o zmianach.
 6. Koszty związane z kontrolą graniczną i punktami kontroli granicznej ponosi Strona tymczasowo przywracająca kontrolę graniczną. W tym przypadku Strona, na której Terytorium prowadzona jest kontrola graniczna, jest odpowiedzialna za odpowiednie oznakowanie punktów kontroli granicznej oraz za zapewnienie bezpieczeństwa i porządku publicznego.

Kapitel VI

Durchführungs- und Schlussbestimmungen

Artikel 30

Verhältnis zu anderen völkerrechtlichen Verträgen und zum Recht der Europäischen Union

Durch dieses Abkommen werden die sich aus anderen verbindlichen völkerrechtlichen Verträgen, insbesondere über die Rechtshilfe in Strafsachen und über die Amts- und Rechtshilfe in Steuer- und Zollsachen, sowie aus dem Recht der Europäischen Union ergebenden Rechte und Pflichten der Parteien nicht berührt.

Artikel 31

Vereinbarungen

Zur Durchführung dieses Abkommens können die zuständigen Behörden der Parteien Vereinbarungen schließen.

Rozdział VI

Postanowienia wykonawcze i końcowe

Artykuł 30

Stosunek do innych umów międzynarodowych i do prawa Unii Europejskiej

Niniejsza Umowa nie narusza praw i zobowiązań Stron, wynikających z innych wiążących umów międzynarodowych, w szczególności o pomocy prawnej w sprawach karnych, o pomocy administracyjnej i prawnej w sprawach podatkowych i celnych oraz z prawa Unii Europejskiej.

Artykuł 31

Porozumienia

W celu realizacji niniejszej Umowy właściwe organy Stron mogą zawierać porozumienia.

Artikel 32**Übermittlung von Kontaktdaten**

(1) Unverzüglich nach Inkrafttreten dieses Abkommens übermitteln die Parteien einander auf diplomatischem Wege

1. die Kontaktdaten der zuständigen Behörden,
2. Informationen über die örtlichen Zuständigkeiten der Grenzbehörden.

(2) Die Parteien unterrichten sich unverzüglich auf diplomatischem Wege über Änderungen der Angaben nach Absatz 1.

Artikel 33**Kosten**

Sofern dieses Abkommen oder eine Vereinbarung nach Artikel 31 keine anderen Regelungen enthält, trägt jede Partei die ihren Behörden aus der Durchführung dieses Abkommens entstehenden Kosten selbst.

Artikel 34**Entschädigungsansprüche**

(1) Die Parteien verzichten auf alle Entschädigungsansprüche wegen des Verlustes oder der Beschädigung von Vermögen, wenn der Schaden von einem Bediensteten der zuständigen Behörden der anderen Partei bei der Wahrnehmung der im Zusammenhang mit diesem Abkommen stehenden Aufgaben verursacht worden ist.

(2) Die Parteien verzichten auf alle Entschädigungsansprüche aufgrund gesundheitlicher Schäden oder des Todes von Bediensteten der zuständigen Behörden, wenn der Schaden bei der Wahrnehmung der im Zusammenhang mit diesem Abkommen stehenden Aufgaben verursacht worden ist. Schadensersatzansprüche der Bediensteten der zuständigen Behörden oder ihrer Rechtsnachfolger nach innerstaatlichem Recht bleiben unberührt.

(3) Die Absätze 1 und 2 finden keine Anwendung, wenn der Schaden vorsätzlich oder grob fahrlässig herbeigeführt worden ist.

(4) Fügt ein Bediensteter der zuständigen Behörden der einen Partei bei der Wahrnehmung der im Zusammenhang mit diesem Abkommen stehenden Aufgaben im Hoheitsgebiet der anderen Partei einem Dritten Schaden zu, so ist die andere Partei nach den Vorschriften schadensersatzpflichtig, die im Fall eines durch eigene Bedienstete verursachten Schadens anzuwenden wären. Die Partei, deren Bediensteter den Schaden verursacht hat, erstattet der anderen Partei den Gesamtbetrag des Schadensersatzes, den die andere Partei an den Geschädigten oder seinen Rechtsnachfolger geleistet hat. Satz 2 findet keine Anwendung, sofern der Bedienstete der zuständigen Behörde, der den Schaden verursacht hat, unter unmittelbarer Leitung eines Bediensteten der anderen Partei gehandelt hat, es sei denn, er hat den Schaden vorsätzlich verursacht.

(5) Die zuständigen Behörden der Parteien arbeiten eng zusammen, um die Abwicklung von Entschädigungsansprüchen zu erleichtern. Zu diesem Zweck tauschen sie insbesondere alle ihnen zur Verfügung stehenden Informationen über entstandene Schadensfälle aus.

Artikel 35**Verantwortlichkeit der Bediensteten**

(1) Die Bediensteten der zuständigen Behörden der einen Partei, die auf der Grundlage dieses Abkommens Maßnahmen im Hoheitsgebiet der anderen Partei durchführen, werden in Bezug auf durch sie oder gegen sie verübte Straftaten den Bediensteten der anderen Partei gleichgestellt.

(2) Die Bediensteten der zuständigen Behörden unterliegen in disziplinar- und haftungsrechtlicher Hinsicht dem innerstaatlichen Recht ihrer Partei.

Artikel 32**Przekazywanie danych kontaktowych**

1. Niezwłocznie po wejściu w życie niniejszej Umowy Strony przekazują sobie drogą dyplomatyczną:

- 1) dane kontaktowe właściwych organów;
- 2) informacje o właściwościach miejscowych organów przygranicznych.

2. Strony powiadamiają się niezwłocznie drogą dyplomatyczną o zmianach informacji, o których mowa w ustępie 1.

Artikel 33**Koszty**

Jeżeli niniejsza Umowa lub porozumienie, o którym mowa w artkule 31, nie zawiera innych regulacji, każda Strona ponosi koszty powstające dla jej organów przy realizacji niniejszej Umowy.

Artikel 34**Roszczenia odszkodowawcze**

1. Strony rezygnują z wszelkich roszczeń odszkodowawczych z tytułu utraty lub uszkodzenia mienia, jeśli szkoda wyrządzona została przez funkcjonariuszy lub pracowników właściwych organów drugiej Strony podczas wykonywania zadań związanych z realizacją niniejszej Umowy.

2. Strony rezygnują z wszelkich roszczeń odszkodowawczych z tytułu uszczerbku na zdrowiu lub śmierci funkcjonariuszy lub pracowników właściwych organów, jeśli nastąpiło to podczas wykonywania zadań związanych z realizacją niniejszej Umowy. Prawo do roszczeń odszkodowawczych funkcjonariuszy lub pracowników właściwych organów, a także osób uprawnionych do odszkodowania w razie ich śmierci, na podstawie prawa wewnętrznego tej Strony pozostaje tym samym nienaruszone.

3. Ustępów 1 i 2 nie stosuje się, jeśli szkoda wyrządzona została umyślnie lub wskutek rażącego niedbalstwa.

4. Jeśli funkcjonariusze lub pracownicy właściwych organów jednej ze Stron podczas wykonywania zadań związanych z realizacją niniejszej Umowy na Terytorium drugiej Strony wyrządzą szkodę osobie trzeciej, to do odszkodowania zobowiązana jest ta druga Strona, zgodnie z przepisami, które miałyby zastosowanie w przypadku wyrządzenia szkody przez jej własnych funkcjonariuszy lub pracowników. Strona, której funkcjonariusze lub pracownicy wyrządzili szkodę, zwraca drugiej Stronie całą sumę odszkodowania wypłaconego poszkodowanemu lub osobie uprawnionej do odszkodowania po jego śmierci. Zdania 2 nie stosuje się, jeśli funkcjonariusze lub pracownicy właściwych organów, którzy wyrządzili szkodę, działali pod bezpośrednim kierownictwem funkcjonariuszy lub pracowników drugiej Strony, chyba że szkodę wyrządzili umyślnie.

5. Właściwe organy ściśle współpracują ze sobą, aby ułatwić załatwianie roszczeń odszkodowawczych. W tym celu wymieniają one w szczególności wszelkie znajdujące się w ich dyspozycji informacje o przypadkach powstałych szkód.

Artikel 35**Odpowiedzialność funkcjonariuszy i pracowników**

1. Funkcjonariusze lub pracownicy właściwych organów jednej Strony, którzy na podstawie niniejszej Umowy wykonują czynności na Terytorium drugiej Strony, są zrównani z funkcjonariuszami lub pracownikami drugiej Strony, w odniesieniu do przestępstw popełnionych przez nich lub wobec nich.

2. Funkcjonariusze lub pracownicy właściwych organów ponoszą odpowiedzialność dyscyplinarną i cywilną na zasadach określonych w ich prawie wewnętrznym.

Artikel 36**Befugnisse von
Beamten im Hoheitsgebiet der anderen Partei**

(1) Die Beamten der zuständigen Behörden der einen Partei, die auf der Grundlage dieses Abkommens Maßnahmen im Hoheitsgebiet der anderen Partei durchführen, sind an das innerstaatliche Recht der anderen Partei gebunden. Ihnen stehen keine hoheitlichen Befugnisse zu, sofern dieses Abkommen nichts anderes bestimmt.

(2) Die Beamten sind im Rahmen der Durchführung dieses Abkommens im Hoheitsgebiet der anderen Partei befugt,

1. Uniformen oder andere sichtbare Identifizierungszeichen zu tragen;
2. Dienstwaffen, Munition und Ausrüstungsgegenstände mit sich zu führen und von diesen nur im Fall der Notwehr oder der Nothilfe Gebrauch zu machen. Der sachleitende Beamte der Partei, auf deren Hoheitsgebiet der Einsatz erfolgt, kann nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts im Einzelfall einer über Satz 1 hinausgehenden Anwendung von Dienstwaffen, Munition und Ausrüstungsgegenständen zustimmen;
3. Zwangsmittel mit sich zu führen und einzusetzen;
4. Diensthunde und technische Mittel, die für die Verrichtung des Dienstes erforderlich sind, darunter Kommunikationsmittel, mit sich zu führen und einzusetzen;
5. Dienstfahrzeuge, Wasserfahrzeuge oder Luftfahrzeuge einzusetzen, insbesondere unter Inanspruchnahme von Sonder- und Wegerechten.

(3) Die zuständigen Behörden der anderen Partei können die Befugnisse nach Absatz 2 ausschließen oder diese von der Erfüllung zusätzlicher Bedingungen abhängig machen.

(4) Die zuständigen Behörden unterrichten einander über die zulässigen Kategorien von Dienstwaffen und deren Munition sowie Zwangsmittel.

Artikel 37**Vorübergehende Grenzübertritte**

Sofern es aufgrund der Verkehrsinfrastruktur notwendig ist, dürfen die Bediensteten der einen Partei das Hoheitsgebiet der anderen Partei unter Mitführung ihrer Dienstwaffen und Munition befahren, um das eigene Hoheitsgebiet unverzüglich und auf kürzestem Weg wieder zu erreichen. Die Beamten haben keine hoheitlichen Befugnisse.

Artikel 38**Maßnahmen
in Verkehrsmitteln auf grenzüberschreitenden Strecken**

(1) Beamte der zuständigen Behörden der einen Partei dürfen für Maßnahmen, die sie nach Maßgabe ihres innerstaatlichen Rechts im eigenen Hoheitsgebiet auf grenzüberschreitenden Strecken des Eisenbahn- und Passagierschiffsverkehrs durchführen, in das Hoheitsgebiet der anderen Partei mit den erforderlichen Mitteln nach Artikel 36 Absatz 2 einreisen, um in diese Züge oder Passagierschiffe zuzusteigen oder nach Beendigung der Maßnahmen im Hoheitsgebiet der anderen Partei auszusteigen und zurückzukehren. Können im eigenen Hoheitsgebiet nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts begonnene Maßnahmen, insbesondere eine Kontrolle von Personen oder Sachen, nicht bis zur nächstliegenden fahrplanmäßigen Bahnstation, Anlegestelle oder zum nächstliegenden fahrplanmäßigen Hafen im Hoheitsgebiet der anderen Partei abgeschlossen werden, dürfen diese im Hoheitsgebiet der anderen Partei über den ersten fahrplanmäßigen Halt hinaus nur mit Zustimmung der zuständigen Behörden dieser Partei fortgesetzt werden.

Artykuł 36**Uprawnienia
funkcjonariuszy na Terytorium drugiej Strony**

1. Funkcjonariusze właściwych organów jednej Strony, którzy na podstawie niniejszej Umowy, wykonują czynności na Terytorium drugiej Strony, zobowiązani są do przestrzegania prawa wewnętrznego tej drugiej Strony. Nie przysługują im uprawnienia władcze, o ile niniejsza Umowa nie stanowi inaczej.

2. W ramach realizacji niniejszej Umowy funkcjonariusze na Terytorium drugiej Strony, uprawnieni są do:

- 1) noszenia umundurowania lub innych widocznych znaków identyfikacyjnych;
- 2) posiadania broni, amunicji i sprzętu oraz użycia ich jedynie w przypadku uprawnionej obrony siebie lub innych osób. Kierujący czynnościami funkcjonariusz Strony, na której Terytorium są one wykonywane, może w indywidualnym przypadku i zgodnie ze swoim prawem wewnętrznym wyrazić zgodę na użycie broni, amunicji i sprzętu w zakresie przekraczającym cele określone w zdaniu 1;
- 3) posiadania i użycia środków przymusu bezpośredniego;
- 4) posiadania i użycia psów służbowych i środków technicznych niezbędnych do pełnienia służby, w tym środków łączności;
- 5) używania pojazdów służbowych, jednostek pływających lub statków powietrznych, w szczególności korzystania z atrybutów pojazdów uprzywilejowanych.

3. Właściwe organy drugiej Strony mogą wyłączyć uprawnienia, o których mowa w ustępie 2, lub uzależnić je od spełnienia dodatkowych warunków.

4. Właściwe organy informują się o dopuszczalnych rodzajach broni i amunicji do niej oraz środkach przymusu bezpośredniego.

Artykuł 37**Tymczasowe przekraczanie granicy państwowej**

Jeżeli jest to konieczne ze względu na infrastrukturę drogową, funkcjonariusze lub pracownicy jednej Strony mogą wjeżdżać na Terytorium drugiej Strony, posiadając broń i amunicję, w celu niezwłocznego i najkrótszą drogą ponownego wjazdu na swoje Terytorium. Funkcjonariusze nie posiadają uprawnień władczych.

Artykuł 38**Czynności
w środkach komunikacji na trasach transgranicznych**

1. Funkcjonariusze właściwych organów jednej Strony mogą w związku z czynnościami realizowanymi na swoim Terytorium prowadzonymi zgodnie ze swoim prawem wewnętrznym na transgranicznych trasach ruchu kolejowego i statków pasażerskich wjeżdżać na Terytorium drugiej Strony z niezbędnymi środkami, o których mowa w artykule 36 ustęp 2, by dosiadać się do tych pociągów lub statków pasażerskich lub po zakończeniu czynności na Terytorium drugiej Strony wysiadać i powracać na swoje Terytorium. Jeżeli czynności rozpoczęte na swoim Terytorium zgodnie ze swoim prawem wewnętrznym, w szczególności kontrola osób lub rzeczy, nie mogą zostać zakończone do pierwszej zgodnej z rozkładem jazdy stacji kolejowej, przystani lub portu na Terytorium drugiej Strony, mogą być one kontynuowane na Terytorium drugiej Strony poza pierwszym zgodnym z rozkładem jazdy postojem tylko za zgodą właściwych organów tej Strony.

(2) Die zuständigen Behörden der anderen Partei werden vorab über das Gemeinsame Zentrum über den beabsichtigten Grenzübertritt benachrichtigt.

(3) Die im Rahmen der Maßnahmen nach Absatz 1 vorläufig festgenommenen Personen oder sichergestellten Gegenstände werden den zuständigen Behörden der anderen Partei an der nächstliegenden Bahnstation, Anlegestelle oder Hafen im Hoheitsgebiet der anderen Partei, in dem der Zug oder das Schiff regelmäßig hält, überstellt bzw. übergeben.

Artikel 39

Souveränitätsklausel

Ist eine Partei der Ansicht, dass die Erledigung eines Ersuchens oder die Durchführung einer Maßnahme auf der Grundlage dieses Abkommens ihre Souveränität beeinträchtigt, ihre Sicherheit oder sonstige wesentliche Interessen gefährdet, ihr innerstaatliches Recht verletzen könnte oder laufende Ermittlungen oder ein laufendes Strafverfahren erschweren oder die Sicherheit der an diesen Ermittlungen oder diesem Strafverfahren beteiligten Personen gefährden könnte, kann sie die Durchführung der Zusammenarbeit ganz oder teilweise verweigern oder diese von der Erfüllung bestimmter Bedingungen abhängig machen.

Artikel 40

Schutz von Verschlusssachen

(1) Im Rahmen der durch dieses Abkommen vorgegebenen Zusammenarbeit können die zuständigen Behörden Verschlusssachen direkt austauschen.

(2) Im Zusammenhang mit der Durchführung dieses Abkommens wird der Geheimschutz zwischen den Parteien durch die Bestimmungen des am 30. April 1999 in Danzig (Gdańsk) zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Polen unterzeichneten Abkommens über den gegenseitigen Schutz von Verschlusssachen geregelt.

Artikel 41

Datenschutzklausel

Soweit auf der Grundlage dieses Abkommens personenbezogene Daten übermittelt werden, finden zum Schutz dieser Daten die nachstehenden Bestimmungen unter Beachtung des innerstaatlichen Rechts der empfangenden Partei Anwendung:

1. Die zuständige Behörde, die die personenbezogenen Daten empfängt, im Folgenden „empfangende Behörde“ genannt, unterrichtet auf Ersuchen der zuständigen Behörde, die die personenbezogenen Daten übermittelt, im Folgenden „übermittelnde Behörde“ genannt, über die Art und Weise der Verwendung der übermittelten Daten und über die erzielten Ergebnisse.
2. Die Verwendung der Daten durch die empfangende Behörde ist nur zu dem Zweck, zu dem sie nach diesem Abkommen übermittelt wurden, und zu dem durch die übermittelnde Behörde vorgesehenen Bedingungen zulässig. Die Verarbeitungsbeschränkungen, die auf der Grundlage des innerstaatlichen Rechts der übermittelnden Partei gelten, sind durch die empfangende Behörde einzuhalten. Die Verwendung ist mit Zustimmung der übermittelnden Behörde darüber hinaus unter anderen Bedingungen oder zu einem anderen Zweck der Zusammenarbeit nach diesem Abkommen zulässig.
3. Die übermittelnde Behörde achtet auf die Richtigkeit der zu übermittelnden Daten sowie auf die Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit in Bezug auf den Übermittlungszweck. Die Übermittlung der Daten unterbleibt, wenn die übermittelnde Behörde Grund zu der Annahme hat, dass dadurch der Zweck ihres innerstaatlichen Rechts oder schutzwürdige Interessen der betroffenen Personen verletzt würden. Erweist

2. Właściwe organy drugiej Strony powiadamia się uprzednio za pośrednictwem centrum współpracy o planowanym przekroczeniu granicy.

3. Osoby ujęte lub przedmioty zabezpieczone w ramach czynności, o których mowa w ustępie 1, przekazuje się właściwym organom drugiej Strony na najbliższej stacji kolejowej, przystani lub porcie na Terytorium drugiej Strony, na którym pociąg lub statek regularnie się zatrzymuje.

Artykuł 39

Klauzula dotycząca suwerenności

Jeżeli jedna ze Stron uzna, że realizacja wniosku lub przeprowadzenie działania na podstawie niniejszej Umowy może narużyć jej suwerenność, zagrażać jej bezpieczeństwu lub innym istotnym interesom, albo też mogłaby naruszać jej prawo wewnętrzne lub utrudniała prowadzone czynności operacyjno-rozpoznawcze lub toczące się postępowanie karne, albo mogła zagrażać bezpieczeństwu osób biorących udział w tych czynnościach lub w tym postępowaniu, może ona odmówić całkowicie lub częściowo realizacji współpracy lub uzależnić ją od spełnienia określonych warunków.

Artykuł 40

Ochrona informacji niejawnych

1. W ramach współpracy na podstawie niniejszej Umowy, właściwe organy mogą wymieniać informacje niejawne bezpośrednio.

2. Ochrona informacji niejawnych między Stronami w związku z wykonywaniem niniejszej Umowy będzie regulowana postanowieniami Umowy między Rządem Republiki Federalnej Niemiec a Rządem Rzeczypospolitej Polskiej w sprawie wzajemnej ochrony informacji niejawnych, sporządzonej w Gdańsku dnia 30 kwietnia 1999 r.

Artykuł 41

Klauzula o ochronie danych osobowych

Jeżeli na podstawie niniejszej Umowy przekazane zostaną dane osobowe, wówczas do ich ochrony stosuje się poniższe postanowienia z uwzględnieniem prawa wewnętrznego Strony otrzymującej:

- 1) Właściwy organ otrzymujący dane osobowe, zwany dalej „organem otrzymującym” informuje, na wniosek właściwego organu przekazującego dane osobowe, zwanego dalej „organem przekazującym”, o sposobie wykorzystania przekazanych danych i o osiągniętych wynikach;
- 2) Wykorzystanie danych przez organ otrzymujący jest dopuszczalne tylko w celu w jakim zostały przekazane, zgodnie z niniejszą Umową i pod warunkami przewidzianymi przez organ przekazujący. Ograniczenia dotyczące przetwarzania danych obowiązujące na podstawie prawa wewnętrznego organu przekazującego powinny być przestrzegane przez organ otrzymujący. Ponadto ich wykorzystanie jest dopuszczalne na innych warunkach lub w innym celu współpracy zgodnym z niniejszą Umową, za zgodą organu przekazującego;
- 3) Organ przekazujący zwraca uwagę na prawidłowość przekazywanych danych oraz na potrzebę i współmierność w odniesieniu do celu przekazania. Danych nie przekazuje się, jeśli organ przekazujący ma powód by przypuszczać, że naruszałoby to cel jego prawa wewnętrznego lub podlegający ochronie interes osób, których to dotyczy. Jeżeli okaże się, że zostały przekazane dane niewłaściwe lub dane, których nie

sich, dass unzutreffende Daten oder Daten, die nicht hätten übermittelt werden dürfen, übermittelt worden sind, so ist dies der empfangenden Behörde unverzüglich mitzuteilen. Sie ist in diesem Fall verpflichtet, die Daten unverzüglich zu berichtigen oder zu löschen.

4. Der betroffenen Person ist auf ihren Antrag über die zu ihr übermittelten Daten sowie über den vorgesehenen Verwendungszweck Auskunft zu erteilen. Eine Pflicht zur Erteilung dieser Auskunft besteht nicht, soweit das öffentliche Interesse, die Auskunft nicht zu erteilen, das Interesse der betroffenen Person am Erhalten der Auskunft überwiegt. Das Recht der betroffenen Person, über die zu ihr vorhandenen Daten Auskunft zu erhalten, richtet sich nach dem innerstaatlichen Recht der Partei, bei deren Behörde der Antrag auf Auskunft eingegangen ist. Für die Erteilung einer Auskunft auf den Antrag der Person, die die übermittelten Daten betreffen, findet das innerstaatliche Recht der Partei Anwendung, an deren Behörde der Antrag gerichtet ist.
 5. Jede Person, der wegen einer rechtswidrigen Verarbeitung oder einer anderen mit den innerstaatlichen Vorschriften zur Umsetzung von Rechtsvorschriften der Europäischen Union über den Schutz personenbezogener Daten, die im Rahmen der polizeilichen Zusammenarbeit verarbeitet werden, nicht zu vereinbarenden Handlung ein Schaden entsteht, hat Anspruch auf Schadensersatz gegenüber dem für die Verarbeitung Verantwortlichen oder der sonst nach innerstaatlichem Recht zuständigen Stelle. Für die Verarbeitung Verantwortlicher bedeutet die natürliche oder juristische Person, Behörde, Einrichtung oder jede andere Stelle, die allein oder gemeinsam mit anderen über die Zwecke und Mittel der Verarbeitung von personenbezogenen Daten entscheidet. Hat eine zuständige Behörde eines Mitgliedstaats personenbezogene Daten übermittelt, kann der Empfänger sich im Rahmen seiner Haftung nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts gegenüber dem Geschädigten zu seiner Entlastung nicht darauf berufen, dass die übermittelten Daten unrichtig gewesen sind. Leistet der Empfänger Schadensersatz wegen eines Schadens, der durch die Verwendung von unrichtig übermittelten Daten verursacht wurde, so erstattet die übermittelnde zuständige Behörde dem Empfänger den Betrag des geleisteten Schadensersatzes, wobei ein etwaiges Verschulden des Empfängers zu berücksichtigen ist.
 6. Soweit das für die übermittelnde Behörde geltende innerstaatliche Recht in Bezug auf die übermittelten Daten besondere Lösungs- und Prüffristen vorsieht, legt die übermittelnde Behörde diese auch für die empfangende Behörde fest. Unabhängig von diesen Fristen sind diese Daten zu löschen, sobald sie für den Zweck, für den sie übermittelt worden sind, nicht mehr erforderlich sind.
 7. Die übermittelnde Behörde und die empfangende Behörde vermerken in den Akten jeweils die Übermittlung, den Empfang und die Löschung von Daten.
 8. Die übermittelnde Behörde und die empfangende Behörde sind verpflichtet, die übermittelten Daten wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Änderungen und gegen ihre unbefugte Offenlegung zu schützen.
- 4) Osobie, której dotyczą przekazywane dane, należy na jej wniosek udzielić informacji o przekazywanych o niej danych oraz o przewidywanym celu ich wykorzystania. Obowiązek udzielenia tej informacji nie istnieje, jeśli interes publiczny leżący w nieudzieleniu informacji, przeważa nad interesem danej osoby w uzyskaniu informacji. Prawo osoby zainteresowanej do uzyskania informacji o danych, jakie istnieją o niej, zależy od prawa wewnętrznego tej Strony, do którego organu został złożony wniosek o udzielenie informacji. W odniesieniu do udzielania informacji na wniosek osoby, której dotyczą przekazane dane, ma zastosowanie prawo wewnętrzne Strony, do której organu został skierowany wniosek;
 - 5) Każda osoba, która poniosła szkodę w wyniku niezgodnej z prawem operacji przetwarzania danych lub w wyniku innego czynu niezgodnego z prawem wewnętrznym Strony przyjętym zgodnie z prawem Unii Europejskiej dotyczącym ochrony danych osobowych przetwarzanych w ramach współpracy policyjnej, jest uprawniona do otrzymania odszkodowania za wyrządzoną szkodę od administratora danych lub innego organu właściwego zgodnie ze swoim prawem wewnętrznym. Administrator danych oznacza osobę fizyczną lub prawną, organ publiczny, agencję lub inny organ, który samodzielnie lub wspólnie z innymi określa cele i sposób przetwarzania danych osobowych. Jeżeli dane osobowe zostały przekazane przez właściwy organ drugiej Strony, odbiorca, ponosząc zgodnie z prawem krajowym odpowiedzialność wobec poszkodowanego, nie może na swoją obronę powoływać się na zarzut nieścisłości otrzymanych danych. Jeżeli odbiorca wypłaci odszkodowanie za szkodę spowodowaną korzystaniem z nieprawidłowo przekazanych danych, właściwy organ, który dane te przekazał, zwraca odbiorcy kwotę wypłaconego odszkodowania, uwzględniając ewentualne błędy leżące po stronie odbiorcy;
 - 6) Jeżeli prawo wewnętrzne obowiązujące organ przekazujący przewiduje szczególne terminy usuwania oraz okresowego przeglądu przekazanych danych osobowych, wówczas organ przekazujący ustala je organowi otrzymującemu. Niezależnie od tych terminów dane te należy usunąć jak tylko przestaną być potrzebne do celu, w jakim zostały przekazane;
 - 7) Organ przekazujący i organ otrzymujący odnotowują w aktach fakt przekazania, odbioru i usunięcia danych;
 - 8) Organ przekazujący i organ otrzymujący są zobowiązane do skutecznej ochrony przekazanych danych przed nieuprawnionym dostępem, nieuprawnionym dokonywaniem zmian oraz przed ich nieuprawnionym ujawnianiem.

Artikel 42

Evaluierung des Abkommens

Vertreter der zuständigen Behörden der Parteien treffen mindestens alle drei Jahre zum Zwecke der Evaluierung dieses Abkommens zusammen.

Artikel 43

Sprachen

Bei der Durchführung dieses Abkommens verwenden die zuständigen Behörden der Parteien die deutsche, die polnische oder die englische Sprache.

Artykuł 42

Ewaluacja umowy

Przedstawiciele właściwych organów Stron co najmniej co trzy lata spotykają się w celu ewaluacji niniejszej Umowy.

Artykuł 43

Języki

Właściwe organy Stron przy realizacji niniejszej Umowy posługują się językiem niemieckim, polskim lub angielskim.

Artikel 44**Schlichtung von Streitigkeiten**

(1) Streitigkeiten bezüglich der Auslegung oder Durchführung dieses Abkommens werden im Wege von direkten Verhandlungen zwischen den zuständigen Behörden der Parteien beigelegt.

(2) Wird nach Absatz 1 keine Einigung erzielt, werden die Streitigkeiten auf diplomatischem Wege beigelegt.

Artikel 45**Verhältnis zu geltenden Abkommen und Vereinbarungen**

(1) Am Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens treten folgende Abkommen außer Kraft:

1. Abkommen vom 29. Juli 1992 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über Erleichterungen der Grenzabfertigung,
2. Abkommen vom 6. November 1992 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Polen über Grenzübergänge und Arten des grenzüberschreitenden Verkehrs,
3. Abkommen vom 18. Februar 2002 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Polen über die Zusammenarbeit der Polizeibehörden und der Grenzschutzbehörden in den Grenzgebieten,
4. Abkommen vom 18. Juni 2002 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Polen über die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der Organisierten Kriminalität und anderer schwerer Straftaten.

(2) Vereinbarungen, die auf der Grundlage der in Absatz 1 Nummern 3 und 4 genannten Abkommen geschlossen wurden, bleiben für die Geltungsdauer dieses Abkommens oder bis zu dem Zeitpunkt ihres Ersetzens durch neue Vereinbarungen auf der Grundlage dieses Abkommens in Kraft.

Artikel 46**Inkrafttreten**

(1) Die Parteien teilen einander auf diplomatischem Weg mit, dass die innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten des Abkommens erfüllt sind. Das Abkommen tritt nach Ablauf von drei Monaten nach Eingang der letzten Note in Kraft.

(2) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Es kann von jeder Partei durch Notifikation gekündigt werden. Die Kündigung wird drei Monate nach dem Tag des Eingangs der Kündigungsnote bei der anderen Partei wirksam.

Geschehen zu Zgorzelec am 15. Mai 2014 in zwei Urschriften, jede in deutscher und polnischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Artikel 44**Rozwiązywanie sporów**

1. Spory dotyczące interpretacji lub realizacji niniejszej Umowy będą rozwiązywane w drodze bezpośrednich rokowań między właściwymi organami Stron.

2. Jeżeli porozumienie nie zostanie osiągnięte w trybie, o którym mowa w ustępie 1, spory będą rozwiązywane w drodze dyplomatycznej.

Artikel 45**Stosunek do obowiązujących umów i porozumień**

1. Z dniem wejścia w życie niniejszej Umowy tracą moc następujące Umowy:

- 1) Umowa między Republiką Federalną Niemiec a Rzeczpospolitą Polską o ułatwieniach w odprawie granicznej, sporządzona w Warszawie dnia 29 lipca 1992 roku;
- 2) Umowa między Rządem Republiki Federalnej Niemiec a Rządem Rzeczypospolitej Polskiej o przejściach granicznych i rodzajach ruchu granicznego, podpisana w Bonn w dniu 6 listopada 1992 roku;
- 3) Umowa między Rządem Republiki Federalnej Niemiec a Rządem Rzeczypospolitej Polskiej o współpracy policji i straży granicznych na terenach przygranicznych, podpisana w Berlinie dnia 18 lutego 2002 roku;
- 4) Umowa między Rządem Republiki Federalnej Niemiec a Rządem Rzeczypospolitej Polskiej o współpracy w zakresie zwalczania przestępczości zorganizowanej oraz szczególnie niebezpiecznych przestępstw, podpisana we Wrocławiu dnia 18 czerwca 2002 roku.

2. Porozumienia, zawarte na podstawie umów wskazanych w ustępie 1 punkty 3 i 4, zachowują moc na okres obowiązywania niniejszej Umowy albo do czasu zastąpienia ich nowymi porozumieniami zawartymi na podstawie niniejszej Umowy.

Artikel 46**Wejście w życie**

1. Umowa niniejsza wejdzie w życie po upływie trzech miesięcy od dnia otrzymania noty późniejszej informującej o zakończeniu wewnętrznych procedur niezbędnych dla jej wejścia w życie.

2. Umowa niniejsza jest zawarta na czas nieokreślony. Może być ona wypowiedziana w drodze notyfikacji przez każdą ze Stron. W takim wypadku utraci moc po upływie trzech miesięcy od dnia otrzymania noty informującej o wypowiedzeniu.

Sporządzono w Zgorzelcu, dnia 15 maja 2014 roku w dwóch egzemplarzach, każdy w językach niemieckim i polskim, przy czym obydwa teksty są jednakowo autentyczne.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Z upoważnienia Rządu Republiki Federalnej Niemiec

Rolf Nickel
Thomas de Maizière

Für die Regierung der Republik Polen
Z upoważnienia Rządu Rzeczypospolitej Polskiej

Bartłomiej Sienkiewicz

Denkschrift

I. Allgemeines

Die Bundesrepublik Deutschland hat mit ihren Nachbarstaaten bilaterale Abkommen über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in strafrechtlichen Angelegenheiten und zur Gefahrenabwehr geschlossen, die fortlaufend weiterentwickelt werden. Zweck dieser Fortentwicklung ist die ständige Verbesserung der Zusammenarbeit in diesen Bereichen und eine stetige Anpassung an aktuelle Sicherheitserfordernisse und Rechtsentwicklungen.

Dementsprechend wird nun das am 18. Februar 2002 in Berlin unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Polen über die Zusammenarbeit der Polizeibehörden und der Grenzschutzbehörden in den Grenzgebieten (BGBl. 2003 II S. 218, 219) durch das vorliegende Abkommen, das am 15. Mai 2014 in Zgorzelec, der polnischen Nachbarstadt von Görlitz, unterzeichnet wurde, ersetzt. Der Polizeivertrag von 2002 stammt noch aus der Zeit vor dem Beitritt der Republik Polen zur Europäischen Union (EU) (1. Mai 2004) und der vollständigen Anwendung des Schengen-Besitzstandes durch die Republik Polen (21. Dezember 2007). Das Abkommen musste daher an den damit auch für die Republik Polen geltenden europäischen Rechtsrahmen angepasst werden, um die damit gegebenen neuen Möglichkeiten bestmöglich für die grenzüberschreitende polizeiliche Zusammenarbeit zu nutzen. Zudem war es Ziel, auch darüber hinausgehende Möglichkeiten der Zusammenarbeit einvernehmlich zu regeln.

Das neue Abkommen verbessert und erweitert die rechtlichen Grundlagen für eine engere grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen den Polizei-, Grenz- und Zollbehörden beider Länder. Insbesondere werden neue Möglichkeiten hinsichtlich des Handelns im Hoheitsgebiet der jeweils anderen Partei geschaffen. So werden in Zukunft gemeinsame Streifen mit Ausübung hoheitlicher Befugnisse im Nachbarstaat in Anwesenheit und unter Leitung eines Beamten des Gebietsstaates nach dessen Recht (Artikel 9) und die Unterstellung von Beamten zur Unterstützung von Großereignissen (Artikel 13) möglich sein. Zudem werden erweiterte Möglichkeiten der Zusammenarbeit zu präventiven Zwecken geschaffen, indem zum Beispiel Grenzübertritte zur Abwehr einer gegenwärtigen Gefahr für Leib oder Leben (Artikel 10) oder grenzüberschreitende Observationen zur Verhütung von Straftaten möglich werden (Artikel 22 Absatz 3). Auch wird der Zoll stärker als bisher in das neue Abkommen mit einbezogen.

Das Abkommen berücksichtigt den bestehenden europäischen Rechtsrahmen, insbesondere den Schengen-Besitzstand, und fügt sich in den durch das nationale Recht gesetzten Rahmen ein.

Das Abkommen ist das Ergebnis intensiver Verhandlungen der Innenministerien beider Länder, an denen neben dem Zoll auch die an der deutsch-polnischen Grenze liegenden Bundesländer Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und der Freistaat Sachsen sowie Berlin mitgewirkt haben.

Mit dem Inkrafttreten des Abkommens treten der geltende Polizeivertrag von 2002 sowie die folgenden drei bilateralen Abkommen außer Kraft: das Abkommen vom 6. November 1992 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Polen über Grenzübergänge und Arten des grenzüberschreitenden Verkehrs (BGBl. 1993 II S. 3), das Abkommen vom 29. Juli 1992 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über Erleichterungen der Grenzabfertigung (BGBl. 1994 II S. 265, 266) und das Abkommen vom 18. Juni 2002 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Polen über die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der Organisierten Kriminalität und anderer schwerer Straftaten (BGBl. 2004 II S. 868, 869).

II. Besonderes

Das Abkommen besteht aus 46 Artikeln und ist in sechs Kapitel unterteilt. Kapitel I regelt Gegenstand und Anwendungsbereich des Abkommens und definiert die zuständigen Behörden und das Grenzgebiet. Kapitel II enthält allgemeine Bestimmungen. Kapitel III enthält die Regelungen zu allgemeinen Formen der Zusammenarbeit und Kapitel IV die Regelungen zu besonderen Formen der Zusammenarbeit. Kapitel V enthält spezifische Vorschriften zur Zusammenarbeit in den Grenzgebieten. In Kapitel VI finden sich die allgemeinen Durchführungs- und Schlussbestimmungen.

Im Abkommen werden die Begriffe „Beamte“ und „Bedienstete“ verwendet. Der Begriff der Bediensteten wird im Sinne eines Oberbegriffes verwendet und umfasst sowohl Beamte als auch Beschäftigte im öffentlichen Dienst. Wird der Begriff des „Beamten“ verwendet, so sind tatsächlich nur Beamte im Sinne des Beamtenrechts gemeint.

Zu den Bestimmungen des Abkommens im Einzelnen:

Kapitel I

Gegenstand und Anwendungsbereich des Abkommens

Zu Artikel 1 – Umfang der Zusammenarbeit

Absatz 1 bestimmt den Vertragsgegenstand. Dieser umfasst die bilaterale Zusammenarbeit bei der Verhütung, Aufdeckung und Bekämpfung von Straftaten und Verfolgung der Täter von Straftaten nach dem innerstaatlichen Recht beider Parteien, die gegenseitige Hilfeleistung zu diesem Zweck durch die zuständigen Behörden sowie das Zusammenwirken bei der Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung. Die Zusammenarbeit erstreckt sich grundsätzlich auf das gesamte Bundesgebiet, sofern einzelne Bestimmungen sich nicht allein auf die Grenzgebiete beziehen.

Absatz 2 stellt klar, dass die zuständigen Behörden auch bei der Fahndung nach vermissten Personen und bei Ermittlungen zur Identifizierung von Personen mit

unbekannter Identität und von unbekanntem Toten zusammenarbeiten.

Mit Absatz 3 erstreckt sich die Zusammenarbeit nunmehr erstmals auch auf einen abgeschlossenen Katalog von Ordnungswidrigkeiten. Umfasst werden Tatbestände, die entweder nach deutschem Recht als Straftat und nach polnischem Recht als Ordnungswidrigkeit oder in beiden Ländern als Ordnungswidrigkeit eingestuft sind. Die Nummern 1 bis 10 sind Tatbeständen aus dem polnischen Gesetz über Ordnungswidrigkeiten nachgebildet. Unter die Nummern 1 und 2 fallen z. B., je nach Fallkonstellation, Eigentums- bzw. Vermögensdelikte bei Sachen von geringem Wert, wie Diebstahl (§ 242 des Strafgesetzbuchs (StGB)), Sachbeschädigung (§ 303 StGB) und Betrug (§ 263 StGB). Denn unterhalb einer bestimmten Geringwertigkeitsgrenze werden die oben genannten Delikte nach polnischem Recht als Ordnungswidrigkeiten qualifiziert. Nummer 3 umfasst u. a. das unerlaubte Entfernen vom Unfallort (§ 142 StGB) und den gefährlichen Eingriff in den Straßenverkehr (§ 315b StGB). Von Nummer 10 werden Steuerstraftaten bzw. -ordnungswidrigkeiten im Zusammenhang mit der Einfuhr oder dem vorschriftswidrigen Verbringen von Waren unter Verletzung von Zoll- oder Verbrauchsteuervorschriften umfasst.

Zu Artikel 2 – Zuständige Behörden

Absatz 1 legt die für die Zusammenarbeit zuständigen Behörden fest. Es wird zwischen den zentralen Behörden und den Grenzbehörden unterschieden.

Absatz 2 enthält für beide Parteien den Katalog der zuständigen zentralen Behörden, und zwar unter Nummer 1 die auf Seiten der Republik Polen und unter Nummer 2 die auf Seiten der Bundesrepublik Deutschland. Die benannten Behörden sind nur im Rahmen ihrer Zuständigkeiten nach innerstaatlichem Recht „zentrale Behörde“ im Sinne des Abkommens.

Absatz 3 führt die Grenzbehörden beider Parteien auf, und zwar unter Nummer 1 die auf Seiten der Republik Polen und unter Nummer 2 die auf Seiten der Bundesrepublik Deutschland. Grenzbehörden auf deutscher Seite sind die Polizeibehörden von Bund und Ländern und die Behörden der Zollverwaltung.

Absatz 4 benennt die zuständigen Behörden für die Zusammenarbeit im Bereich von Ordnungswidrigkeiten gemäß Artikel 1 Absatz 3, und zwar unter Nummer 1 die auf Seiten der Republik Polen und unter Nummer 2 die auf Seiten der Bundesrepublik Deutschland.

Zu Artikel 3 – Grenzgebiete

Dieser Artikel definiert die Grenzgebiete der Parteien. In Nummer 1 ist das Grenzgebiet für die polnische Seite durch den örtlichen Zuständigkeitsbereich der in Artikel 2 Absatz 3 Nummer 1 aufgelisteten Grenzbehörden definiert. Für die deutsche Seite ist das Grenzgebiet in Nummer 2 definiert. Es umfasst die Bundesländer Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und den Freistaat Sachsen sowie Berlin. Auf die in dieser Vorschrift definierten Grenzgebiete wird an verschiedener Stelle innerhalb des Abkommens inhaltlich Bezug genommen (z. B. Artikel 4 Absatz 2, Artikel 8 Satz 3, Artikel 27 Absatz 2 Nummer 1).

Kapitel II

Allgemeine Bestimmungen

Zu Artikel 4 – Unmittelbare Zusammenarbeit

In Absatz 1 wird unterstrichen, dass eine Zusammenarbeit zwischen den zentralen Behörden stets möglich ist.

Absatz 2 ermöglicht unter engen Voraussetzungen einen Direktverkehr zwischen den zuständigen Grenzbehörden der Parteien nach Maßgabe ihres jeweiligen innerstaatlichen Rechts. Für die deutsche Seite wird damit auf die Ausnahmen vom gesetzlich geregelten Dienstweg im internationalen polizeilichen Dienstverkehr, insbesondere § 3 Absatz 3 Satz 1 des Gesetzes über das Bundeskriminalamt und die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in kriminalpolizeilichen Angelegenheiten (BKAG), Bezug genommen. Für die Grenzbehörden auf deutscher Seite ist zusätzlich die Pflicht zur unverzüglichen Unterrichtung des Bundeskriminalamtes gemäß § 3 Absatz 3 Satz 2 BKAG zu beachten. Für die Zollverwaltung ist das Zollkriminalamt Zentralstelle der Bundeszollverwaltung für den Amts- und Rechtshilfeverkehr nach § 3 Absatz 6 des Zollfahndungsdienstgesetzes (ZfDG).

Zu Artikel 5 – Ersuchen

Absatz 1 legt den für das gesamte Abkommen geltenden Grundsatz fest, wonach die Zusammenarbeit auf Ersuchen erfolgt.

Nach Absatz 2 werden Ersuchen im Regelfall schriftlich erstellt, es sei denn, es ist ein Fall besonderer Dringlichkeit gegeben. In diesem Fall ist ein schriftliches Ersuchen unverzüglich nachzureichen.

Absatz 3 legt die Mindestanforderungen an den Inhalt eines Ersuchens fest.

Nach Absatz 4 kann von einer Übersetzung des Ersuchens und der diesbezüglichen Antwort abgesehen werden, wenn das Ersuchen auf abgestimmten zweisprachigen Formularen oder unter Vermittlung des Gemeinsamen Zentrums, einer sonstigen Stelle der Zusammenarbeit nach Artikel 28 (z. B. eine Gemeinsame Dienststelle) oder einer Grenzbehörde nach Artikel 2 Absatz 3 übermittelt wird.

Absatz 5 regelt das Verfahren bei der Übermittlung eines Ersuchens an eine für dessen Bearbeitung unzuständige Behörde. Es werden ausdrücklich die in Kapitel IV genannten Justizbehörden, d. h. also die Staatsanwaltschaften, mit einbezogen.

Nach Absatz 6 ist die ersuchende Behörde unverzüglich darüber zu unterrichten, falls die Bearbeitung des Ersuchens ganz oder teilweise unmöglich ist.

Absatz 7 enthält eine Regelung zur Beweisverwertbarkeit von auf polizeilichem Weg übermittelten Informationen im Strafverfahren. Sie folgt dem Prinzip, das durch Rahmenbeschluss 2006/960/JI des Rates vom 18. Dezember 2006 über die Vereinfachung des Austauschs von Informationen und Erkenntnissen zwischen den Strafverfolgungsbehörden der Mitgliedstaaten der Europäischen Union, sogenannte „Schwedische Initiative“ (ABl. L 386 vom 29.12.2006, S. 89, L 75 vom 15.3.2007, S. 26), vorgegeben und im deutschen Recht, insbesondere in § 92 Absatz 2 und § 92b des Gesetzes über die internationale Rechtshilfe in Strafsachen (IRG), umgesetzt ist.

Für Informationen von Polizeibehörden des Bundes und der Länder bedeutet dies, dass die Verwendung als Beweismittel in einem Gerichtsverfahren für polnische Behörden dann zulässig ist, wenn die für Entscheidungen über Ersuchen nach dem Fünften Teil des IRG zuständige Bewilligungsbehörde ihre Zustimmung erteilt hat. Die entsprechenden Bewilligungsbefugnisse sind für den polizeilichen Rechtshilfeverkehr auf der Grundlage von § 74 Absatz 2 IRG – mit Ausnahmen – auf das Bundeskriminalamt und im Wege von Delegationserlassen der Länder auf Polizeibehörden (in der Regel Landeskriminalämter) delegiert. Im Lichte des § 92 Absatz 2 IRG ist auch eine nachträgliche Zustimmung auf Ersuchen denkbar.

Kapitel III

Allgemeine Formen der Zusammenarbeit

Zu Artikel 6 – Informationsaustausch

Absatz 1 Nummer 1 bis 10 regelt den Informationsaustausch auf Ersuchen im Rahmen der Zusammenarbeit nach Artikel 1 Absatz 1 und 2. Der Begriff „unentgeltlich“ bedeutet, dass beide Parteien jeweils auf eine Erstattung möglicher Kosten in diesem Zusammenhang verzichten. Es werden beispielhafte Sachverhalte umschrieben, die typischerweise einen Informationsaustausch zwischen den zuständigen Behörden der Parteien erforderlich machen. Die Regelung ist folglich nicht abschließend. Sofern von erforderlichen Informationen die Rede ist, schließt dies die Möglichkeit zur Übermittlung von personenbezogenen Daten ein. Artikel 6 erfasst lediglich die polizeiliche Zusammenarbeit. Die Regelungen und Verfahren der justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen bleiben hiervon unberührt (siehe Artikel 30). Für die Frage der Beweisverwertbarkeit von auf polizeilichem Wege übermittelten Informationen im Strafverfahren wird auf die Ausführungen zu Artikel 5 Absatz 7 verwiesen.

Nach Absatz 2 sind auch Spontanübermittlungen möglich, sofern das innerstaatliche Recht eine Rechtsgrundlage für die Übermittlung enthält. Dies schließt auch zwischenstaatliche Regelungen ein, die unmittelbar anwendbares deutsches Recht sind oder im deutschen Recht umgesetzt wurden (z. B. Schengener Durchführungsübereinkommen (SDÜ) (BGBl. 1993 II S. 1010, 1013), Rahmenbeschluss 2006/960/JI, sogenannte „Schwedische Initiative“ (Fundstellen siehe Ausführungen zu Artikel 5 Absatz 7), EU-Prüm-Beschlüsse (Beschluss 2008/615/JI des Rates vom 23. Juni 2008 zur Vertiefung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, insbesondere zur Bekämpfung des Terrorismus und der grenzüberschreitenden Kriminalität (ABl. L 210 vom 6.8.2008, S. 1) und Beschluss 2008/616/JI des Rates vom 23. Juni 2008 zur Durchführung des Beschlusses 2008/615/JI (ABl. L 210 vom 6.8.2008, S.12)) und das Übereinkommen über die Rechtshilfe in Strafsachen zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU-RhÜbk) (BGBl. 2005 II S. 650, 651).

Absatz 3 regelt das Verfahren im Falle der Übermittlung von unrichtigen Informationen.

Absatz 4 regelt das Verfahren im Falle der unrechtmäßigen Übermittlung von Informationen.

Zu Artikel 7 – Informationsaustausch in Ordnungswidrigkeitsangelegenheiten

Dieser Artikel regelt den Informationsaustausch in Ordnungswidrigkeitsangelegenheiten auf Ersuchen im Rahmen der Zusammenarbeit nach Artikel 1 Absatz 3 (Satz 1). Auf die Ausführungen zu Artikel 6 Absatz 1 wird verwiesen. Soweit sich der Dienstverkehr aus deutscher Sicht auf Straftaten bezieht, die in Polen gegebenenfalls nur als Ordnungswidrigkeit qualifiziert sind, sind die regulären Dienstwege einschlägig. Soweit jedoch aus deutscher Sicht eine Ordnungswidrigkeit zugrunde liegt, hat das Bundeskriminalamt keine originäre Zentralstellenfunktion. Satz 2 legt fest, dass die Informationen erfasst werden, die sich bereits im Besitz der ersuchten Partei befinden. Für den Fall der Übermittlung von unrichtigen Informationen oder der unrechtmäßigen Übermittlung von Informationen findet Artikel 6 Absatz 3 und 4 entsprechend Anwendung (Satz 3).

Zu Artikel 8 – Informationsaustausch zwischen den Zollbehörden

Dieser Artikel enthält eine spezielle Regelung für den Informationsaustausch zwischen den Zollbehörden. Die Bestimmung in Satz 1 stellt keine eigenständige Rechtsgrundlage dar. Der Informationsaustausch zwischen den Zollbehörden findet vielmehr auf der Grundlage und unter Beachtung des Abkommens selbst bzw. des jeweils geltenden EU- und nationalen Rechts der Parteien statt. Auf die Ausführungen zu Artikel 6 Absatz 1 zum Vorbehalt der justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen wird Bezug genommen. In Erweiterung von Artikel 27 ist nach Satz 3 der Informationsaustausch zwischen den Zollbehörden, der über das Gemeinsame Zentrum erfolgt, nicht auf das Grenzgebiet beschränkt.

Zu Artikel 9 – Gemeinsame Streifen

Dieser Artikel regelt die Durchführung gemeinsamer Streifen.

Erfasst werden von Absatz 1 nicht nur die klassische Doppelstreife, sondern auch temporäre Kontroll- und Fahndungsgruppen, die als „zusammengesetzte Streifen“ anzusehen sind.

Absatz 2 regelt, dass einer gemeinsamen Streife im Sinne dieser Vorschrift mindestens ein Beamter jeder Partei angehören muss. Damit wird – im Vergleich zur bisher geltenden Rechtslage – die Möglichkeit eröffnet, gemeinsame Streifen auch paritätisch im Format 1:1 zu besetzen. Zwingend erforderlich ist das jedoch nicht. Während der Durchführung der gemeinsamen Streife unterstehen die handelnden Beamten der Leitung eines Beamten des Gebietsstaates.

Absatz 3 räumt den handelnden Beamten im Hoheitsgebiet des Gebietsstaates die Ausübung hoheitlicher Befugnisse ein, die im Einzelnen aufgelistet sind. Dies sind insbesondere die Identitätsfeststellung (Nummer 1), die Kontrolle mitgeführter Identitätsnachweise, Führer- und Fahrzeugscheine und anderer Dokumente (Nummer 2) sowie die Befugnis zur vorläufigen Festnahme einer Person (Nummer 4). Weitere Befugnisse können nur auf Weisung des Beamten des Gebietsstaates ausgeübt werden. Die Möglichkeit der Ausübung hoheitlicher Befugnisse gilt auch im Rahmen der Durchführung von zollrechtlichen Kontrollen (Nummer 3).

Nach Absatz 4 kann die Staatsgrenze während der Durchführung gemeinsamer Streifen an beliebiger Stelle übertreten werden.

Absatz 5 regelt den Austausch von Informationen zwischen den Beamten während der Durchführung einer gemeinsamen Streife.

Zu Artikel 10 – Maßnahmen in besonderen Gefahrensituationen

Dieser Artikel sieht in besonderen Gefahrensituationen, d. h. bei gegenwärtiger Gefahr für Leib oder Leben oder das Vermögen, ein grenzüberschreitendes Tätigwerden von Beamten einer Partei ohne vorherige Zustimmung der anderen Partei vor.

Nach Absatz 1 müssen zunächst alle erforderlichen Maßnahmen getroffen werden, damit die zuständige Behörde des betroffenen Gebietsstaates umgehend über die besondere Gefahrensituation informiert wird.

Bei Gefahr in Verzug sind die Beamten der einen Partei auch befugt, die Grenze zur anderen Partei, auf deren Hoheitsgebiet die Verwirklichung der Gefahr droht, ohne vorherige Zustimmung des Gebietsstaates zu überschreiten, um die erforderlichen vorläufigen Gefahrenabwehrmaßnahmen zu ergreifen (Absatz 2). Mögliche zu ergreifende Maßnahmen sind in den Nummern 1 bis 3 beispielhaft aufgelistet. Hierzu kann auch die vorläufige Festnahme einer Person zählen. Ein Handeln im jeweils anderen Hoheitsgebiet ist nur dann zulässig, wenn bei einem Abwarten hinsichtlich des Einschreitens eine Verwirklichung der Gefahr drohen würde.

Absatz 3 Nummer 1 legt die unverzüglichen Unterrichtspflichten für die handelnden Beamten gegenüber dem Gebietsstaat fest. Nach Nummer 2 sind die handelnden Beamten hinsichtlich der vorläufigen Gefahrenabwehrmaßnahmen an das Recht und die Anweisungen der Beamten des Gebietsstaates gebunden. Die Maßnahmen der einschreitenden Beamten werden dem Gebietsstaat zugerechnet.

Zu Artikel 11 – Austausch von Verbindungsbeamten

Dieser Artikel ermöglicht den Austausch von Verbindungsbeamten.

Absatz 1 erfasst Verbindungsbeamte, die zwischen den zentralen Behörden (z. B. jeweiliges Innenministerium) oder an Botschaften ausgetauscht werden. Dagegen fallen Verbindungsbeamte, die im Rahmen polizeilicher Einsatzlagen ausgetauscht werden, unter Artikel 14. Die Verbindungsbeamten sollen einer verbesserten Durchführung des Abkommens dienen.

Nach Absatz 2 ist den Verbindungsbeamten jegliche Unterstützung zur Erfüllung ihrer Aufgaben zu leisten.

Zu Artikel 12 – Operative Ermittlungsgruppen

Dieser Artikel enthält eine Regelung zur Einrichtung operativer Ermittlungsgruppen.

Nach Absatz 1 können diese bei parallelen Ermittlungen, d. h. solchen, die in einem sachlichen Zusammenhang stehen, im Wege einer Vereinbarung eingerichtet werden, um im Wege sogenannter „Spiegelverfahren“ die Ermittlungshandlungen in beiden Ländern, die auf der Grundlage des jeweils geltenden nationalen Rechts statt-

finden, zu koordinieren (vgl. auch Nummer 142b der Richtlinien für den Verkehr mit dem Ausland in strafrechtlichen Angelegenheiten vom 8. Dezember 2008 (RiVAST), zuletzt geändert mit Wirkung vom 1. Januar 2013 durch Bekanntmachung vom 5. Dezember 2012, BAnz AT 19.12.2012 B2). Der Begriff der operativen Ermittlungsgruppe umfasst nicht die sogenannten gemeinsamen Ermittlungsgruppen gemäß Artikel 1 des Rahmenbeschlusses des Rates vom 13. Juni 2002 über gemeinsame Ermittlungsgruppen (ABl. L 162 vom 19.6.2002, S. 1) oder gemäß Artikel 13 des Übereinkommens über die Rechtshilfe in Strafsachen zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union (Fundstelle siehe Ausführungen zu Artikel 6 Absatz 2), die unter der Leitung von Justizbehörden stehen.

Absatz 2 listet beispielhaft die Regelungsinhalte der Vereinbarung nach Absatz 1 auf; insbesondere hat jede Behörde einen leitenden Beamten zu benennen. Die eingesetzten Beamten der zuständigen Behörde werden nach dem für sie jeweils geltenden nationalen Recht tätig, d. h. es besteht kein Verhältnis der Unterstellung zu dem leitenden Beamten des Gebietsstaates.

Absatz 3 legt dar, welche Maßnahmen die Zusammenarbeit im Rahmen einer operativen Ermittlungsgruppe beispielhaft umfassen kann.

Sofern ein Beamter im Rahmen einer operativen Ermittlungsgruppe in das Hoheitsgebiet des Nachbarstaates entsendet wird, stehen diesem keine hoheitlichen Befugnisse zu (Absatz 4).

Kontakte mit den Medien über die Arbeit einer operativen Ermittlungsgruppe sind gemeinsam abzustimmen (Absatz 5).

Die leitenden Beamten haben am Ende ihrer Tätigkeit einen gemeinsamen, abschließenden Bericht zu erstellen (Absatz 6).

Zu Artikel 13 – Gemeinsame Ausübung von Dienstpflichten

Dieser Artikel hat in den bisherigen vertraglichen Beziehungen der Parteien zueinander keine Entsprechung.

Absatz 1 erlaubt auf Ersuchen die Unterstellung von Beamten der zuständigen Behörden der einen Partei unter die zuständigen Behörden der anderen Partei zur Bewältigung polizeilicher Einsatzlagen im Hoheitsgebiet der ersuchenden Partei.

Absatz 2 stellt klar, dass unterstellte Beamte hoheitliche Befugnisse wahrnehmen können, allerdings nur unter Leitung von Beamten der Partei, in deren Hoheitsgebiet die Maßnahmen durchgeführt werden. Aus der allgemeinen Regelung des Artikels 36 Absatz 1 Satz 1 ergibt sich, dass die Ausübung hoheitlicher Befugnisse im Gebietsstaat nach dem dort geltenden nationalen Recht erfolgt.

Absatz 3 legt fest, dass das Handeln der unterstellten Bediensteten der Partei, in deren Hoheitsgebiet der Einsatz stattfindet, zugerechnet wird.

Zu Artikel 14 – Andere Formen der Zusammenarbeit

Dieser Artikel regelt sonstige mögliche Formen der Zusammenarbeit.

In Absatz 1 werden diese in einem nicht abschließenden Katalog aufgelistet. Dazu gehören z. B. gemeinsame

Einsatzgruppen (Nummer 3). Das können beispielsweise zusammengesetzte gemeinsame Streifen sein, für die ebenso Artikel 9 Anwendung findet. Die sogenannten gemeinsamen Ermittlungsgruppen fallen nicht unter den Begriff der „gemeinsamen Einsatzgruppe“ (siehe die Ausführungen zu Artikel 12 Absatz 1). Auch die Benennung ständiger Kontaktpersonen ist möglich (Nummer 4).

Nach Absatz 2 können die zuständigen Behörden bei Bedarf gemeinsame Besprechungen durchführen, an denen auch Vertreter des Gemeinsamen Zentrums (Artikel 27) teilnehmen können.

Zu Artikel 15 – Zusammenarbeit bei der Aus- und Fortbildung

Dieser Artikel regelt Art und Umfang der Zusammenarbeit der zuständigen Behörden der Parteien bei der Aus- und Fortbildung. Ausdrücklich mit umfasst werden die für die Polizei-, Grenz- und Zollbehörden zuständigen Aus- und Fortbildungseinrichtungen, wie z. B. auf deutscher Seite die Deutsche Hochschule der Polizei oder die Bundespolizeiakademie. Die Zusammenarbeit erfolgt grundsätzlich nur im Rahmen der zur Verfügung stehenden Ressourcen und Kapazitäten.

Zu Artikel 16 – Wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit

Dieser Artikel sieht die Möglichkeit der Zusammenarbeit im wissenschaftlich-technischen Bereich vor. Dies kann insbesondere im Rahmen von Expertentreffen geschehen oder auch durch die gegenseitige Bereitstellung von Spezialgeräten oder speziellen Diensträumen. Die Zusammenarbeit erfolgt grundsätzlich nur im Rahmen der zur Verfügung stehenden Ressourcen und Kapazitäten.

Zu Artikel 17 – Verbesserung der technischen Kommunikation

Nach diesem Artikel verbessern die Parteien durch geeignete technische Mittel und organisatorische Maßnahmen die Kommunikation und den Informationsaustausch und gewährleisten zudem eine direkte sichere technische Kommunikation, was insbesondere die Vereinbarung von gemeinsamen Funkfrequenzen mitumfasst.

Kapitel IV

Besondere Formen der Zusammenarbeit

Zu Artikel 18 – Personen- und Zeugenschutz

Dieser Artikel regelt die Zusammenarbeit im Bereich des Personen- und Zeugenschutzes.

Nach Absatz 1 können sich die zuständigen Behörden der Parteien auf Ersuchen gegenseitig in diesem Bereich unterstützen. Nach nationalem Recht bestehende Pflichten zur Beteiligung der Zentralstellen (Bundeskriminalamt, Landeskriminalämter und Zollkriminalamt) sind zu berücksichtigen.

Nach Absatz 2 können Beamte der einen Partei Maßnahmen des Personen- und Zeugenschutzes auch auf dem Hoheitsgebiet der anderen Partei mit deren Zustimmung fortführen. Die Zustimmung kann von Bedingungen abhängig gemacht werden. Die generellen Befugnisse, die in Artikel 36 niedergelegt sind, finden Anwendung (insbesondere die Waffentrageerlaubnis).

Zu Artikel 19 – Zusammenarbeit bei der Verhütung oder Bekämpfung des Terrorismus

Dieser Artikel sieht die Möglichkeit der Durchführung von abgestimmten Maßnahmen zur Verhütung und Bekämpfung des Terrorismus vor. Die Regelung stellt keine eigenständige Rechtsgrundlage dar, sondern hat lediglich deklaratorischen Charakter.

Zu Artikel 20 – Verdeckte Ermittlungen

Dieser Artikel regelt den grenzüberschreitenden Einsatz von Beamten, die nach dem Recht der ersuchenden Partei die Stellung eines verdeckten Ermittlers haben. Eine vergleichbare Regelung ist bereits im Polizeivertrag von 2002 enthalten. Neu sind Absatz 6 (verdeckte Ermittlungen im Falle besonderer Dringlichkeit), die Fallkonstellationen in den Absätzen 7 und 8 sowie Absatz 9 (Durchführung verdeckter Ermittlungen zu präventiven Zwecken).

Mit dieser Bestimmung wird eine vor allem im Bereich der organisierten Kriminalität immer weiter an Bedeutung gewinnende Maßnahme geregelt. Es sind verschiedene Zulässigkeitsvoraussetzungen und Schranken zu beachten:

Absatz 1 legt die grundsätzlichen Prinzipien fest. Grenzüberschreitende verdeckte Ermittlungen finden nur auf Ersuchen statt und müssen, vorbehaltlich eines Falles besonderer Dringlichkeit (siehe Absatz 6), von der ersuchten Partei vorab bewilligt werden. Dabei erstreckt sich die erteilte Bewilligung zur Durchführung verdeckter Ermittlungen auf das gesamte Hoheitsgebiet der ersuchten Partei. Die ersuchte Partei kann die Bewilligung der Maßnahme von der Einhaltung bestimmter Bedingungen abhängig machen, wie z. B. konkrete räumliche oder zeitliche Beschränkungen. Für die Bewilligung und die Festlegung möglicher Bedingungen ist das innerstaatliche Recht der ersuchten Partei maßgebend (insbesondere § 110a ff. der Strafprozessordnung (StPO)).

Absatz 2 bestimmt die jeweiligen Bewilligungsbehörden beider Parteien und regelt die Beteiligung der Zentralstellen.

Nach Absatz 3 beschränken sich die verdeckten Ermittlungen auf einzelne, zeitlich begrenzte Maßnahmen. Die zuständigen Behörden haben sich eng miteinander abzustimmen. Die Leitung des Einsatzes obliegt einem Beamten der ersuchten Partei. Das Handeln des Beamten der ersuchenden Partei wird der ersuchten Partei, d. h. also der Partei, auf deren Hoheitsgebiet die verdeckten Ermittlungen stattfinden, zugerechnet.

Nach Absatz 4 können die jeweiligen Bewilligungsbehörden jederzeit verlangen, dass die verdeckten Ermittlungen übergeben oder abgebrochen werden.

Absatz 5 regelt die Pflicht, die zuständigen Behörden über die Durchführung und Ergebnisse des Einsatzes verdeckter Ermittler unverzüglich und schriftlich zu unterrichten.

Absatz 6 enthält eine Regelung zur Zulässigkeit eines Einsatzes verdeckter Ermittler im Falle besonderer Dringlichkeit. Der eingesetzte Beamte muss – ebenso wie im Normalfall nach Absatz 1 – den Status eines verdeckten Ermittlers nach dem innerstaatlichen Recht der Partei haben, die entscheidet, den Einsatz über die Grenze hinweg fortzuführen. Die Fortsetzung des Einsatzes ohne vorheriges Ersuchen ist nur bei kumulativem Vorliegen zweier

Voraussetzungen zulässig, nämlich wenn die ernsthafte Gefahr bestünde, dass die wahre Identität des verdeckten Ermittlers aufgedeckt werden könnte, und wenn sich der fortgesetzte Einsatz auf Maßnahmen beschränkt, die gerade dem Schutz der Identität des eingesetzten verdeckten Ermittlers dienen. Über die Fortsetzung der verdeckten Ermittlungen ist der Gebietsstaat unverzüglich zu unterrichten (Satz 2). Ein Ersuchen im Sinne von Absatz 1, inklusive rechtfertigender Begründung für die besondere Dringlichkeit, ist unverzüglich nachzureichen (Satz 3). Die Bewilligung und die Festlegung der Bedingungen erfolgen nach der allgemeinen Regelung des Absatzes 1 unter Beachtung der innerstaatlichen Regelungen der ersuchten Partei. Zudem kann die Partei, auf deren Hoheitsgebiet der Einsatz wegen besonderer Dringlichkeit fortgeführt wird, jederzeit den Abbruch der Maßnahme verlangen.

Absatz 7 regelt eine Fallkonstellation, die der Polizeivertrag von 2002 nicht enthält. Danach können verdeckte Ermittler auf Ersuchen auch im Wege der Unterstellung nach Artikel 13 auf dem Hoheitsgebiet der ersuchenden Partei tätig werden. Die näheren Bedingungen für einen solchen Einsatz sind in den Nummern 1 bis 4 niedergelegt.

Absatz 8 enthält ebenfalls eine Fallkonstellation, die bisher nicht geregelt war. Danach kann die eine Partei die andere Partei ersuchen, verdeckte Ermittlungen auf dem Hoheitsgebiet der ersuchten Partei durch verdeckte Ermittler der ersuchten Partei durchzuführen.

Absatz 9 ermöglicht die Durchführung verdeckter Ermittlungen auch zu präventiven Zwecken, soweit es das jeweilige innerstaatliche Recht vorsieht. Diese Möglichkeit kann beispielsweise im Bereich der Terrorismusbekämpfung Bedeutung haben. Für die Durchführung verdeckter Ermittlungen zu präventiven Zwecken finden die Absätze 1 und 3 bis 6 dieses Artikels entsprechende Anwendung. Insbesondere besteht also das Erfordernis der vorherigen Bewilligung durch die ersuchte Partei. Festgelegt werden zudem die jeweiligen Bewilligungsbehörden beider Parteien.

Nach Absatz 10 besteht für die Parteien die Pflicht, die Identität des verdeckten Ermittlers nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts der ersuchten Partei auch nach Beendigung der Maßnahme geheim zu halten. Nach der geltenden deutschen Rechtslage bedeutet dies, dass die Geheimhaltungspflicht insofern keine absolute Geltung hat. Denn gemäß § 110b Absatz 3 StPO können die Staatsanwaltschaft und das Gericht, die für die Entscheidung über die Zustimmung zu dem Einsatz zuständig sind, die Offenbarung der Identität eines verdeckten Ermittlers ihnen gegenüber verlangen.

Absatz 11 enthält eine generelle Verpflichtung für die ersuchte Partei, die ersuchende Partei bei grenzüberschreitenden verdeckten Ermittlungen zu unterstützen und deren eingesetzte verdeckte Ermittler zu schützen. Diese Verpflichtung findet ihre Grenzen in den Vorgaben des jeweiligen nationalen Rechts der Parteien. Eine Kompetenzerweiterung für die nationalen Behörden ist mit diesem Absatz nicht intendiert.

Absatz 12 legt fest, welche Beamten welcher Behörden beider Parteien jeweils zur Durchführung von verdeckten Ermittlungsmaßnahmen befugt sind.

Zu Artikel 21 – Kontrollierte Lieferung

Eine vergleichbare Regelung ist bereits im Polizeivertrag von 2002 enthalten. Neu sind die Absätze 4 (kontrollierte Lieferung auf Ersuchen einer Partei im Hoheitsgebiet der ersuchten Partei) und 5 (kontrollierte Lieferung im Falle besonderer Dringlichkeit).

Kontrollierte Lieferungen sind nach Absatz 1 in Bezug auf alle Kriminalitätsbereiche möglich. Das Ersuchen muss darlegen, dass ohne die kontrollierte Lieferung die Ermittlung von Tatbeteiligten oder die Aufdeckung von Verteilerwegen zumindest wesentlich erschwert würde. Eine kontrollierte Lieferung erfolgt auf Ersuchen, und zwar nach dem innerstaatlichen Recht der ersuchten Partei (vgl. auch Nummer 29a ff. der Richtlinien für das Strafverfahren und das Bußgeldverfahren vom 1. Januar 1977 (RiStBV), zuletzt geändert mit Wirkung vom 1. September 2014 durch Bekanntmachung vom 23. Juli 2014, BAnz AT 18.08.2014 B1). Die Bewilligung erstreckt sich auf das gesamte Hoheitsgebiet der ersuchten Partei. Aus Satz 3 ergibt sich vom Sinn und Zweck der Vorschrift her, dass in dem Ersuchen auch Anhaltspunkte für eine besondere Gefährdung für Leib oder Leben von Personen oder für die Umwelt aufgeführt werden müssen, sofern sie zu diesem Zeitpunkt bereits bekannt sind.

Absatz 2 legt die Bewilligungsbehörden für beide Seiten fest und regelt die Beteiligung der Zentralstellen.

Absatz 3 regelt die besonderen Kontroll- und Überwachungspflichten der ersuchten Partei. Die Parteien können vereinbaren, die kontrollierte Lieferung gemeinsam durchzuführen (Satz 2). In diesem Fall unterliegen die Beamten der ersuchenden Partei dem Recht und den Anweisungen der Beamten der ersuchten Partei (Satz 3). Die ersuchte Partei kann jederzeit den Abbruch der kontrollierten Lieferung verlangen. Nach Satz 4 unterliegt die Verwertung der aus einer kontrollierten Lieferung gewonnenen Ermittlungsergebnisse der Zustimmung der zuständigen Behörden der ersuchten Partei.

Absatz 4 regelt eine Fallkonstellation, die im Polizeivertrag von 2002 nicht enthalten ist. Danach kann eine Partei ersucht werden, eine kontrollierte Lieferung im Hoheitsgebiet der ersuchten Partei durchzuführen, wenn aus Sicht der ersuchenden Partei der begründete Verdacht besteht, dass die Lieferung auf ihr Hoheitsgebiet transportiert werden wird. Diese Konstellation kann zum Tragen kommen, wenn der ersuchenden Partei ein Zugriff auf die kontrollierte Lieferung auf ihrem eigenen Hoheitsgebiet wichtig ist.

Absatz 5 regelt den Fall der kontrollierten Lieferung im Falle besonderer Dringlichkeit. Die Fortsetzung der kontrollierten Lieferung im Einsatzstaat wird gemäß Satz 1 nur zugelassen, sofern – erstens – ein Ersuchen nach Absatz 1 nicht rechtzeitig gestellt werden kann, und – zweitens – die Gefahr des Verlustes der kontrollierten Lieferung besteht. Für diesen Fall gelten gemäß Satz 2 folgende Regelungen: Die zuständige Behörde der Partei, in deren Hoheitsgebiet die kontrollierte Lieferung ohne vorherige Zustimmung fortgeführt wird, ist unverzüglich nach Grenzübertritt zu informieren (Nummer 1). Ein Ersuchen, das eine Begründung für die besondere Dringlichkeit und für die Fortsetzung der Maßnahme ohne vorherige Bewilligung enthalten muss, ist unverzüglich nachzureichen (Nummer 2). Die Bewilligung und die Festlegung der Bedingungen erfolgen nach der allgemeinen

Regelung des Absatzes 1 unter Beachtung der innerstaatlichen Regelungen der ersuchten Partei. Zudem kann die ersuchte Partei, in deren Hoheitsgebiet die kontrollierte Lieferung fortgeführt wird, jederzeit den Abbruch der Maßnahmen verlangen, wobei sie von der anderen Partei über die bis dahin durchgeführten Maßnahmen in ihrem Hoheitsgebiet zu unterrichten ist (Satz 3).

Bei kontrollierten Lieferungen, die auch das Territorium eines Drittstaates betreffen, verlangt Absatz 6, dass die Erfüllung der Kontroll- und Überwachungsaufgaben nach Absatz 3 Satz 2 und 3 durch diesen Staat gewährleistet ist. Die ersuchende Partei hat dies sicherzustellen und in ihrem Ersuchen ausdrücklich darzulegen.

Absatz 7 legt fest, welche Beamten welcher Behörden beider Parteien jeweils zur Durchführung von kontrollierten Lieferungen befugt sind.

Zu Artikel 22 – Grenzüberschreitende Observation

Dieser Artikel ergänzt die nach Artikel 40 SDÜ eingeräumte Möglichkeit der grenzüberschreitenden Observation zum Zwecke der Strafverfolgung. Eine vergleichbare Regelung ist bereits im Polizeivertrag von 2002 enthalten. Neu sind Absatz 3 (grenzüberschreitende Observation zu präventiven Zwecken) und die Regelung in Absatz 5.

Absatz 1 benennt die Bewilligungsbehörden beider Parteien.

Absatz 2 Nummer 1 regelt, welche Behörde im Falle der grenzüberschreitenden Observation wegen besonderer Dringlichkeit nach Artikel 40 Absatz 2 SDÜ jeweils unverzüglich über den Grenzübertritt zu benachrichtigen ist. Mit Nummer 2 wird die in Artikel 40 Absatz 2 Satz 2 SDÜ für den Abbruch der Maßnahme maßgebende Frist von fünf Stunden auf zwölf Stunden erweitert, um den Anforderungen der Praxis gerecht zu werden und zu vermeiden, dass eine Observation aus rein zeitlichen Gründen frühzeitig abgebrochen werden muss.

In Absatz 3 ist in Erweiterung des SDÜ die grenzüberschreitende Observation zur Verhinderung einer Straftat geregelt, wobei Nummer 1 die für diesen Fall zuständigen Bewilligungsbehörden beider Parteien festschreibt. Nummer 2 regelt den Fall der besonderen Dringlichkeit einer präventiven grenzüberschreitenden Observation und benennt die für diesen Fall entsprechend anwendbaren Bestimmungen.

Absatz 4 enthält die gemeinsamen Bestimmungen, die für alle Konstellationen der grenzüberschreitenden Observation Geltung haben, und zwar in Ergänzung zu Artikel 40 Absatz 3 SDÜ. Nummer 1 legt die Übermittlungswege für das zu stellende Ersuchen und sonst zu unterrichtende Stellen fest. Nach Nummer 2 können die Parteien vereinbaren, die grenzüberschreitende Observation gemeinsam durchzuführen, wobei die Leitung den Beamten der Partei obliegt, in deren Hoheitsgebiet die Maßnahme stattfindet. In Nummer 3 wird den observierenden Beamten in Erweiterung von Artikel 40 Absatz 3 Buchstabe f SDÜ ein Recht zur vorläufigen Festnahme bei Betreffen auf frischer Tat, zur Kontrolle im Hinblick auf eventuell mitgeführte gefährliche Gegenstände und deren Sicherstellung sowie zur Verhinderung der Flucht der vorläufig festgenommenen Person eingeräumt. Eine vorläufig festgenommene Person muss unverzüglich – zusammen mit allen vorhandenen Informationen – an Beamte der anderen Partei übergeben werden. Gemäß Nummer 4 kön-

nen Abschriften und Kopien von im Rahmen der grenzüberschreitenden Observation gewonnenen Materialien auf Ersuchen der Partei, in deren Hoheitsgebiet die Maßnahme durchgeführt wurde, und nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts der ersuchten Partei übergeben werden.

Absatz 5 regelt eine Konstellation, die im Polizeivertrag von 2002 nicht enthalten ist. Danach kann eine Partei um Durchführung einer grenzüberschreitenden Observation auf ihrem Hoheitsgebiet durch Beamte der anderen Partei ersuchen. In diesem Fall gilt das Ersuchen gleichzeitig als Bewilligung des Grenzübertritts (Satz 2). Das Gemeinsame Zentrum ist unverzüglich über Ort und Zeit des Grenzübertritts zu benachrichtigen. Die Absätze 1, 3 und 4 finden entsprechend Anwendung. Dies hat insbesondere Bedeutung für die einzuhaltenden Geschäftswege.

Absatz 6 legt fest, welche Beamten welcher Behörden beider Parteien jeweils zur Durchführung der grenzüberschreitenden Observation befugt sind.

Zu Artikel 23 – Tarnmittel

Diese Vorschrift findet im Polizeivertrag von 2002 keine Entsprechung.

Absatz 1 legt fest, dass im Rahmen verdeckter Ermittlungen, kontrollierter Lieferungen und grenzüberschreitender Observationen Tarnmittel eingesetzt werden können. Gemeint sind in erster Linie Tarnpapiere und Tarnkennzeichen.

Die ersuchte Partei gewährleistet nach Maßgabe ihres innerstaatlichen Rechts der ersuchenden Partei die Möglichkeit, die für die Durchführung der Maßnahmen nach den Artikeln 20 bis 22 notwendigen Tarnmittel zu erhalten (Absatz 2).

Art und Weise der Nutzung der zur Verfügung gestellten Tarnmittel, deren Aufbewahrung und Rückgabe sowie das Verfahren bei Verlust oder Vernichtung werden von den Behörden der ersuchten Partei festgelegt (Absatz 3).

Zu Artikel 24 – Sondertechnik

Auch diese Vorschrift findet keine Entsprechung im Polizeivertrag von 2002.

Absatz 1 legt den Grundsatz fest, dass bei verdeckten Ermittlungen, kontrollierten Lieferungen und grenzüberschreitenden Observationen auch Sondertechnik eingesetzt werden darf, sofern die ersuchte Partei deren Einsatz bewilligt hat und der Einsatz der Technik nach dem Recht der Partei, auf deren Hoheitsgebiet sie eingesetzt werden soll, zulässig ist. Von dieser Vorschrift werden nur solche technischen Lösungen erfasst, die speziell bei verdeckten Maßnahmen verwendet werden. Im Gegensatz dazu fallen dienstliche Führungs- und Einsatzmittel unter Artikel 36 Absatz 2 Nummer 4.

Absatz 2 stellt klar, dass das Ersuchen um Bewilligung der Maßnahme bereits eine Liste der möglicherweise zum Einsatz kommenden Sondertechnik enthalten muss.

Nach Absatz 3 ist bei der Benachrichtigung der zuständigen Behörde über den Einsatz wegen besonderer Dringlichkeit auch über die eingesetzte Sondertechnik zu informieren. Das Mitführen und der Einsatz von dienstlichen Führungs- und Einsatzmitteln, die der Absicherung

des handelnden Beamten bzw. des Einsatzes dienen, ist dagegen von Artikel 36 Absatz 2 Nummer 4 erfasst.

Zu Artikel 25 – Grenzüberschreitende Nacheile

Dieser Artikel ergänzt die nach Artikel 41 SDÜ eingeräumte Möglichkeit der grenzüberschreitenden Nacheile zum Zwecke der Strafverfolgung.

Absatz 2 legt fest, welche Behörden im Falle der Nacheile spätestens bei Grenzübertritt über diesen und über mitgeführte Waffen und technische Ausrüstung zu benachrichtigen sind.

Absatz 3 enthält die gemeinsamen Bestimmungen, die in Ergänzung zu Artikel 41 Absatz 5 SDÜ bei der grenzüberschreitenden Nacheile Geltung haben.

Die Beamten der Partei, in deren Hoheitsgebiet die Nacheile fortgesetzt wird, können an dieser mitwirken (Nummer 1). In diesem Fall übernehmen die Beamten des Gebietsstaates die Koordinierung des Einsatzes, wobei sich die nacheilenden Beamten an deren Anweisungen zu halten haben. Andersherum muss eine Nacheile also nicht allein deshalb abgebrochen werden, weil Beamte des Gebietsstaates nicht zugegen sind. Nummer 2 sieht die Nacheile ohne räumliche oder zeitliche Begrenzung vor und hebt – in Erweiterung des SDÜ – die Beschränkung des Artikels 41 Absatz 5 Buchstabe b SDÜ (Nacheile nur über die Landgrenze) auf. Dies bedeutet, dass nunmehr auch eine grenzüberschreitende Nacheile über die Wasser- und Luftgrenzen möglich ist. Die nacheilenden Beamten sind ausdrücklich auch zum Anhalten von Fahrzeugen befugt (Nummer 3). Nummer 4 sieht das Recht zur vorläufigen Festnahme vor, wobei eine vorläufig festgenommene Person unverzüglich den Beamten des Gebietsstaates zu übergeben ist.

In Absatz 4 werden durch einen Verweis auf Artikel 22 Absatz 6 die Beamten der Behörden beider Parteien festgelegt, die zur Durchführung der grenzüberschreitenden Nacheile befugt sind. In der Bundeszollverwaltung haben ausschließlich Beamte des Zollfahndungsdienstes die Befugnis zur Nacheile, während auf Seiten des polnischen Zolls alle Beamten des Zolldienstes (also auch vergleichbar Bedienstete der Kontrolleinheiten) diese Befugnis haben.

Zu Artikel 26 – Überstellung von Personen mit Freiheitsentzug

Dieser Artikel sieht die Möglichkeit der Überstellung von in Gewahrsam befindlichen Personen an dafür entsprechend vorbereiteten Örtlichkeiten in Grenznähe oder auf Flughäfen vor.

Kapitel V

Zusammenarbeit in den Grenzgebieten

Zu Artikel 27 – Gemeinsames Zentrum der Polizei-, Grenz- und Zollzusammenarbeit

Absatz 1 enthält die Rechtsgrundlage für die Einrichtung bzw. für den Erhalt eines Gemeinsamen Zentrums der Polizei- und Zollzusammenarbeit. Damit ist die Möglichkeit ausgeschlossen, ein weiteres Gemeinsames Zentrum – neben dem bereits existierenden in Swiecko – einzurichten. Das Gemeinsame Zentrum ist mit Vertretern der zuständigen (Polizei-, Grenz und Zoll-)Behörden der

Parteien besetzt. Diese bleiben in ihre nationalen Behörden eingebunden und unterstehen der Weisungs- und Disziplinargewalt ihrer jeweiligen Herkunftsbehörden. Die im Gemeinsamen Zentrum tätigen Beamten arbeiten im Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeiten räumlich unmittelbar und unter Beachtung der gesetzlich geregelten Dienstwege (vgl. Erläuterungen zu Artikel 4) zusammen. Das Gemeinsame Zentrum selbst ist keine eigenständige Behörde.

Absatz 2 enthält eine abschließende Aufgabenbeschreibung für das Gemeinsame Zentrum: Es soll die zuständigen Behörden der Parteien bei der Erfüllung ihrer Aufgaben auf der Grundlage des Abkommens unterstützen und Informationen im Rahmen der Durchführung des Abkommens austauschen, analysieren und weiterleiten.

Absatz 3 verdeutlicht, dass das Gemeinsame Zentrum keine selbstständigen operativen Aufgaben wahrnimmt, sondern lediglich eine unterstützende Funktion im Hinblick auf die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen den national zuständigen Behörden ausübt.

Die Einzelheiten der Zusammenarbeit im Gemeinsamen Zentrum sind von den Parteien in einer gesonderten Vereinbarung festzulegen (Absatz 4).

Zu Artikel 28 – Sonstige Stellen der Zusammenarbeit

Dieser Artikel sieht vor, dass die Parteien sonstige Stellen der Zusammenarbeit in Ergänzung zum Gemeinsamen Zentrum nach Artikel 27 einrichten können. Dies kann dauerhaft oder für einen begrenzten Zeitraum geschehen. Beispielhaft sind gemeinsame Dienststellen der Parteien erwähnt. Es bleibt den zuständigen Behörden der Parteien vorbehalten, wo und wie viele sonstige Stellen der Zusammenarbeit eingerichtet werden, und die Einzelheiten der Zusammenarbeit, darunter insbesondere auch die Kostenverteilung, festzulegen (Satz 2). In der Praxis wird zu diesem Zweck in aller Regel eine gesonderte (Behörden-)Vereinbarung geschlossen werden. Dies ist aber nach dem Wortlaut des Abkommens nicht zwingend erforderlich. Gemeinsame Ermittlungsgruppen sind nicht von dieser Vorschrift mit umfasst (siehe auch die Ausführungen zu den Artikeln 12 und 14).

Zu Artikel 29 – Vorübergehende Wiedereinführung von Grenzkontrollen

Dieser Artikel findet keine Entsprechung im Polizeivertrag von 2002. Eine Bestimmung über die Einrichtung von Bedarfskontrollstellen im Falle der vorübergehenden Wiedereinführung von Grenzkontrollen an der deutsch-polnischen Binnengrenze auf der Grundlage des Schengener Grenzkodexes (SGK) ist deshalb erforderlich, weil mit dem vorliegenden Abkommen das Abkommen vom 6. November 1992 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Polen über Grenzübergänge und Arten des grenzüberschreitenden Verkehrs (BGBl. 1993 II S. 3) und das Abkommen vom 29. Juli 1992 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über Erleichterungen der Grenzabfertigung (BGBl. 1994 II S. 265, 266) außer Kraft treten werden (siehe Artikel 45).

Absatz 1 legt die wesentlichen Bedingungen fest, unter denen die vorübergehende Wiedereinführung von Grenzkontrollen auf der Grundlage der Artikel 23 bis 31 SGK erfolgen kann. Nummer 1 normiert die drei kumula-

tiven Voraussetzungen, unter denen die Einrichtung von Grenzkontrollstellen auf dem Hoheitsgebiet der anderen Partei zulässig ist: Das Fehlen einer geeigneten Örtlichkeit auf eigenem Hoheitsgebiet (Buchstabe a), die Erforderlichkeit der Einrichtung von Grenzkontrollstellen für die Durchführung von Grenzkontrollen (Buchstabe b) und die Zustimmung der anderen Partei (Buchstabe c). Nummer 2 beschreibt die Art und Weise der Durchführung der Grenzkontrollen an den eingerichteten Grenzkontrollstellen auf dem Hoheitsgebiet der jeweils anderen Partei. Die Durchführung der Grenzkontrollen richtet sich nach nationalem Recht der Partei, die die Grenzkontrollen vorübergehend wiedereingeführt hat. Beamte der anderen Partei sind bei den Grenzkontrollen anwesend. Sie treffen sämtliche Maßnahmen, die über die Vornahme der Grenzkontrollen im eigentlichen Sinne hinausgehen, und zwar auf der Grundlage des nationalen Rechts der Partei, in deren Hoheitsgebiet die Grenzkontrollen durchgeführt werden. Einzelne Bestimmungen zur Durchführung gemeinsamer Streifen finden entsprechende Anwendung (Satz 3). Nach Nummer 3 sind die Grenzkontrollen auf Verlangen des Gebietsstaates abzubrechen.

Absatz 2 beschreibt die geographische Lage der Grenzkontrollstellen, die möglichst grenznah liegen sollen.

Absatz 3 stellt klar, dass Grenzkontrollstellen auch grenzüberschreitende Strecken des Eisenbahn- und des Schiffsverkehrs sein können.

Nach Absatz 4 kann die Zustimmung nach Absatz 1 Buchstabe c mit Bedingungen verknüpft werden.

Die Hauptkommandantur des polnischen Grenzschutzes und das Bundespolizeipräsidium haben die Pflicht, Verzeichnisse der für die Einrichtung von Grenzkontrollstellen in ihrem jeweiligen Hoheitsgebiet geeigneten Orte sowie Strecken des Eisenbahn- und des Schiffsverkehrs zu erstellen und diese auszutauschen (Absatz 5). Bei Änderungen ist die jeweils andere Partei unverzüglich zu informieren.

Absatz 6 regelt die Kostentragung im Falle der vorübergehenden Wiedereinführung von Binnengrenzkontrollen. Die Partei, die die vorübergehende Wiedereinführung von Grenzkontrollen entschieden hat, trägt die Kosten für die Einrichtung von Grenzkontrollstellen und die Durchführung der Kontrollmaßnahmen. Die Partei, in deren Hoheitsgebiet die Grenzkontrollen durchgeführt werden, trägt dagegen die für die angemessene Kennzeichnung der Grenzkontrollstellen und die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung angefallenen Kosten.

Kapitel VI

Durchführungs- und Schlussbestimmungen

Zu Artikel 30 – Verhältnis zu anderen völkerrechtlichen Verträgen und zum Recht der Europäischen Union

Dieser Artikel stellt klar, dass sonstige völkerrechtliche Abkommen, insbesondere im Bereich der Rechtshilfe in Strafsachen – innerhalb der Europäischen Union damit auch die Instrumentarien der justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen – und des Steuer- und Zollrechts, sowie unionsrechtliche Rechte und Pflichten der Parteien durch dieses Abkommen nicht berührt werden.

Zu Artikel 31 – Vereinbarungen

Dieser Artikel ermöglicht die Festlegung untergeordneter Bestimmungen, wie z. B. technische Details, die die verwaltungsmäßige Durchführung des Abkommens bezwecken, und zwar in direkter Absprache zwischen den zuständigen Behörden der Parteien auf der Grundlage und im Rahmen des Abkommens (z. B. Behördenvereinbarung zur Durchführung gemeinsamer Streifen oder im Hinblick auf gemeinsame Fortbildungsmaßnahmen).

Zu Artikel 32 – Übermittlung von Kontaktdaten

Absatz 1 normiert die Pflicht der Parteien, sich unmittelbar nach Inkrafttreten des Abkommens gegenseitig über die Kontaktdaten der zuständigen Behörden und über die örtlichen Zuständigkeiten der Grenzbehörden auf diplomatischem Wege zu unterrichten.

Absatz 2 enthält die Verpflichtung, sich unverzüglich über Änderungen der Angaben nach Absatz 1 auf diplomatischem Wege zu unterrichten.

Zu Artikel 33 – Kosten

Dieser Artikel regelt die Verteilung der Kosten. Danach trägt jede Partei die ihren Behörden aus der Durchführung des Abkommens entstehenden Kosten selbst, es sei denn, das Abkommen oder andere auf der Grundlage von Artikel 31 geschlossene Vereinbarungen enthalten anderslautende Bestimmungen.

Zu Artikel 34 – Entschädigungsansprüche

Dieser Artikel regelt Haftungs- und Entschädigungsfragen.

Nach Absatz 1 verzichten die Parteien im Grundsatz auf die Geltendmachung von Entschädigungsansprüchen wegen des Verlustes oder der Beschädigung von Vermögen, wenn ihre Bediensteten den Schaden bei der Durchführung des Abkommens verursacht haben.

Gleiches gilt nach Absatz 2 für gesundheitliche Schäden oder für den Tod der Bediensteten. Die Ansprüche der Bediensteten und ihrer Rechtsnachfolger bleiben hiervon unberührt.

Der generelle Verzicht auf die Geltendmachung von Entschädigungsansprüchen gilt nach Absatz 3 allerdings nicht für den Fall, dass der Schaden vorsätzlich oder grob fahrlässig herbeigeführt worden ist.

Sofern ein Bediensteter einer Partei bei der Durchführung dieses Abkommens einem Dritten im Hoheitsgebiet der anderen Partei einen Schaden zugefügt hat, ist der Gebietsstaat so schadensersatzpflichtig, als wenn ein eigener Bediensteter den Schaden verursacht hätte (Absatz 4). In diesem Fall gibt es einen Regressanspruch des Gebietsstaates gegenüber der Partei, deren Bediensteter den Schaden verursacht hat (Satz 2). Dies gilt nur dann nicht, wenn der Bedienstete, der den Schaden verursacht hat, unter unmittelbarer Leitung eines Beamten des Gebietsstaates gehandelt hat (Satz 3). Die Ausgleichspflicht bleibt jedoch auch in diesem Fall bestehen, wenn der Bedienstete, der den Schaden verursacht hat, vorsätzlich gehandelt hat.

Absatz 5 sieht eine enge Zusammenarbeit und einen umfassenden Informationsaustausch zwischen den zuständigen Behörden der Parteien vor, um die Abwicklung von Entschädigungsansprüchen zu erleichtern.

Zu Artikel 35 – Verantwortlichkeit der Bediensteten

Nach Absatz 1 sind die Bediensteten einer Partei in strafrechtlicher Hinsicht den Bediensteten der anderen Partei, auf deren Hoheitsgebiet sie tätig werden, gleichgestellt.

Absatz 2 stellt klar, dass die Bediensteten in disziplinar- und haftungsrechtlicher Sicht dem innerstaatlichen Recht ihrer Partei unterliegen. Dies gilt auch dann, wenn sie im Hoheitsgebiet der anderen Partei tätig werden. Für die deutsche Seite wird klarstellend darauf hingewiesen, dass gegen Beamte disziplinarrechtliche Maßnahmen eingeleitet werden können, während gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst nur im Rahmen arbeitsrechtlicher Schritte vorgegangen werden kann.

Zu Artikel 36 – Befugnisse von Beamten im Hoheitsgebiet der anderen Partei

Dieser Artikel enthält umfassende Regelungen zu den Befugnissen der Beamten, die auf der Grundlage dieses Abkommens für einzelne Maßnahmen auf dem Hoheitsgebiet der anderen Partei tätig werden.

Absatz 1 legt fest, dass die einschreitenden Beamten an das Recht der Partei gebunden sind, auf deren Hoheitsgebiet Maßnahmen auf der Grundlage dieses Abkommens durchgeführt werden. Dieser Grundsatz wird im Abkommen an mehreren Stellen zum Zwecke der Verdeutlichung wiederholt. Zudem wird in Satz 2 unterstrichen, dass den handelnden Beamten auf dem jeweils anderen Hoheitsgebiet keine hoheitlichen Befugnisse zustehen, sofern im Abkommen nichts anderes bestimmt ist.

Absatz 2 regelt die Befugnisse im Einzelnen. Die Nummern 1 und 2 gestatten das Tragen der nationalen Dienstkleidung oder anderer sichtbarer Identifizierungszeichen (z. B. für die deutsche Seite Armbinden und Warnwesten mit der Aufschrift „Polizei“ oder „Zoll“).

Nummer 2 gestattet das Mitführen von Dienstwaffen, Munition und sonstigen Ausrüstungsgegenständen. Der Einsatz dieser dienstlichen Führungs- und Einsatzmittel unterliegt besonderen vertraglichen Beschränkungen. Sie dürfen nur in Fällen der Notwehr und Nothilfe eingesetzt werden, es sei denn, der sachleitende Beamte des Gebietsstaates stimmt im Einzelfall einer über Nummer 2 Satz 1 hinausgehenden Anwendung zu.

Nummer 3 gestattet die Anwendung von Zwangsmitteln. Dazu gehört z. B. das Mitführen von Hilfsmitteln zur Anwendung körperlicher Gewalt (z. B. Handfesseln, Reizstoffsprüngerät, Schlagstock).

Nummer 4 enthält eine separate Regelung für den Einsatz von Diensthunden und technischen Mitteln. Zu den technischen Mitteln gehören sowohl solche, die zur technischen Standardausrüstung des Beamten zählen (z. B. Funkgerät, Taschenlampe, Anhaltestab), als auch solche, die nur anlassbezogen zum Einsatz kommen, wie z. B. mobile Kennzeichenerfassungssysteme, Geschwindigkeitsmessanlagen oder spezielle Alkoholmessgeräte. Die technischen Mittel, die im polizeilichen Alltag zur Anwendung kommen, sind von der Sondertechnik für verdeckte Maßnahmen zu unterscheiden (siehe Artikel 24).

Nummer 5 gestattet den Einsatz von Dienst-, Wasser- und Luftfahrzeugen bei grenzüberschreitenden Einsätzen und erweitert die Einsatzmöglichkeiten damit über die

Landwege hinaus, und zwar unter Inanspruchnahme von Sonder- und Wegerechten, wie sie in der Straßenverkehrsordnung (StVO) geregelt sind (insbesondere § 35 StVO).

Absatz 3 berechtigt jede Partei, die Befugnisse nach Absatz 2 auszuschließen oder von der Erfüllung bestimmter Bedingungen abhängig zu machen.

Absatz 4 beinhaltet eine Unterrichtungspflicht hinsichtlich der zulässigen Kategorien von Dienstwaffen und deren Munition sowie Zwangsmittel.

Zu Artikel 37 – Vorübergehende Grenzübertritte

Dieser Artikel gestattet das verkehrsbedingt notwendige Befahren des Hoheitsgebietes der anderen Partei, um das eigene Hoheitsgebiet unverzüglich und auf kürzestem Weg wieder zu erreichen. Diese Möglichkeit kann z. B. auf Autobahnen bei nicht vorhandener Wendemöglichkeit von Relevanz sein. Dienstwaffen und Munition dürfen mitgeführt werden; den Beamten stehen aber ausdrücklich keine hoheitlichen Befugnisse zu.

Zu Artikel 38 – Maßnahmen in Verkehrsmitteln auf grenzüberschreitenden Strecken

Im Rahmen dieses Artikels wird – neben Zügen – explizit nur auf Passagierschiffe Bezug genommen, und zwar im Unterschied zu Artikel 29 Absatz 3, in dem auf den Schiffsverkehr insgesamt Bezug genommen wird.

Nach Absatz 1 dürfen die zuständigen Beamten einer Partei zum einen mit allen erforderlichen Mitteln in das Hoheitsgebiet der anderen Partei einreisen, um dort auf grenzüberschreitenden Strecken des Eisenbahn- und Passagierschiffsverkehrs zuzusteigen, mit dem Ziel, Maßnahmen auf solchen Strecken im eigenen Hoheitsgebiet nach dort geltendem Recht durchzuführen. Des Weiteren dürfen die zuständigen Beamten einer Partei im eigenen Hoheitsgebiet begonnene Maßnahmen auf solchen grenzüberschreitenden Strecken im Hoheitsgebiet der anderen Partei fortführen, wenn diese vorher nicht abgeschlossen werden konnten. Die Fortführung dieser Maßnahmen ist bis zur nächstliegenden fahrplanmäßigen Bahnstation, Anlegestelle oder zum nächstliegenden fahrplanmäßigen Hafen erlaubt. Eine darüber hinausgehende Fortführung der Maßnahmen ist nur nach vorheriger Zustimmung des Gebietsstaates zulässig. Im Falle der Fortführung von Maßnahmen können die handelnden Beamten nach Beendigung dieser aussteigen und selbstständig in das eigene Hoheitsgebiet zurückkehren.

Das Gemeinsame Zentrum ist vorab über den Grenzübertritt zu informieren (Absatz 2).

Auf dem Hoheitsgebiet der jeweils anderen Partei vorläufig festgenommene Personen oder sichergestellte Gegenstände sind den Beamten des Gebietsstaates an den dafür vorgesehenen Stellen zu übergeben (Absatz 3).

Zu Artikel 39 – Souveränitätsklausel

Dieser Artikel gestattet es jeder Partei, einzelne Maßnahmen der Zusammenarbeit auf der Grundlage dieses Abkommens aus den in dieser Vorschrift genannten Gründen ganz oder teilweise zu verweigern oder unter Bedingungen zu stellen. Das gilt dann, wenn die Erledigung des Ersuchens oder die Durchführung einer Maßnahme die Souveränität einer Partei beeinträchtigt, ihre

Sicherheit oder sonstige wesentliche Interessen gefährdet, ihr innerstaatliches Recht verletzt werden könnte oder laufende Ermittlungen oder ein laufendes Strafverfahren erschweren oder die Sicherheit der an diesen Ermittlungen oder diesem Strafverfahren beteiligten Personen gefährden könnte. Die Regelung sieht damit einen umfassenden Zurückweisungsgrund vor. Als übergeordnete Ausnahmeklausel ist diese Vorschrift jedoch restriktiv auszulegen.

Zu Artikel 40 – Schutz von Verschlusssachen

Diese Vorschrift findet keine Entsprechung im Polizeivertrag von 2002.

Absatz 1 ermöglicht den direkten Austausch von Verschlusssachen zwischen den im Rahmen des Abkommens zuständigen Behörden.

Absatz 2 stellt klar, dass die Bestimmungen des Abkommens vom 30. April 1999 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Polen über den gegenseitigen Schutz von Verschlusssachen (BGBl. 2002 II S. 1867, 1868) auch im Rahmen des vorliegenden Abkommens Anwendung finden.

Zu Artikel 41 – Datenschutzklausel

Dieser Artikel regelt den Schutz personenbezogener Daten. Er stützt sich inhaltlich maßgeblich auf den EU-Rahmenbeschluss Datenschutz (Rahmenbeschluss 2008/977/JI des Rates vom 27. November 2008 über den Schutz personenbezogener Daten, die im Rahmen der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen verarbeitet werden, ABl. L 350 vom 30.12.2008, S. 60). Der Artikel ist im Zusammenhang mit dem grundsätzlichen Vorbehalt des innerstaatlichen Rechts aus Artikel 1 Absatz 1 zu lesen, d. h. die Regelungen dieser Vorschrift gelten zusätzlich zu dem ohnehin für jede Partei geltenden innerstaatlichen Rechtsrahmen.

Nach Nummer 1 unterrichtet die empfangende Behörde auf Ersuchen die übermittelnde Behörde über die Verwendung der übermittelten Daten und die erzielten Ergebnisse.

Nummer 2 enthält den allgemeinen datenschutzrechtlichen Grundsatz der Zweckbindung. Satz 2 greift inhaltlich Artikel 12 Absatz 1 des EU-Rahmenbeschlusses Datenschutz auf. Es dürfen also nur solche Daten übermittelt werden, die für den zugrunde liegenden Zweck auch rechtmäßig erhoben werden dürfen. Damit ist sichergestellt, dass Voraussetzungen und Grenzen, die das nationale Strafverfahrensrecht bezüglich der Erhebung und Verwendung von sensiblen Daten, etwa aus einer Telekommunikationsüberwachung, vorsieht, auch im grenzüberschreitenden Verkehr beachtet werden.

Die Nummern 3 bis 8 enthalten darüber hinaus übliche datenschutzrechtliche Bestimmungen im Hinblick auf den

Grundsatz der Erforderlichkeit und der Verhältnismäßigkeit, Berichtigung und Löschung, Auskunft, Schadensersatz, Löschungs- und Prüffristen, Protokollierung und IT-Sicherheit.

Zu Artikel 42 – Evaluierung des Abkommens

Dieser Artikel sieht vor, dass die Parteien mindestens alle drei Jahre zum Zwecke der Evaluierung des Abkommens zusammentreffen. In diesem Rahmen können insbesondere die Umsetzung, Ergänzung und mögliche Fortentwicklung des Abkommens erörtert werden.

Zu Artikel 43 – Sprachen

Dieser Artikel legt das Sprachenregime für die Durchführung des Abkommens fest.

Zu Artikel 44 – Schlichtung von Streitigkeiten

Dieser Artikel enthält eine übliche Streitbeilegungsklausel.

Nach Absatz 1 werden Streitigkeiten bei der Auslegung einzelner Bestimmungen dieses Abkommens zwischen den zuständigen Behörden der Parteien festgelegt. Eine verbindliche Auslegung von vertraglichen Regelungen obliegt allein den jeweils zuständigen Ministerien der Parteien.

Für den Fall, dass keine Einigung erzielt werden kann, werden die Streitigkeiten auf diplomatischem Wege beigelegt (Absatz 2).

Zu Artikel 45 – Verhältnis zu geltenden Abkommen und Vereinbarungen

Absatz 1 Nummer 1 bis 4 legt fest, welche bilateralen Abkommen mit dem Inkrafttreten dieses Abkommens außer Kraft treten.

Nach Absatz 2 behalten Vereinbarungen, die auf der Grundlage von Absatz 1 Nummer 3 und 4 geschlossen wurden, für die Geltungsdauer des Abkommens oder bis zu dem Zeitpunkt ihres Ersetzens mit einer neuen Vereinbarung ihre Gültigkeit. Dies hat insbesondere Bedeutung für die Errichtungsvereinbarung für das Gemeinsame Zentrum in Swiecko (Notenwechsel vom 22. September 2010/17. Februar 2011 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Polen über die Einrichtung eines Gemeinsamen Zentrums der deutsch-polnischen Polizei- und Zollzusammenarbeit, BGBl. 2011 II S. 731, 732).

Zu Artikel 46 – Inkrafttreten

Absatz 1 enthält Regelungen zum Inkrafttreten des Abkommens.

In Absatz 2 wird die unbefristete Dauer des Abkommens normiert und beiden Parteien ein ordentliches Kündigungsrecht eingeräumt.